

V. Familie im Kontext

**Kinder – ein blinder
Fleck in der inter-
nationalen Debatte?**

„Kinder und Kindheit sind in der internationalen Wohlfahrtsstaat-Debatte weit gehend ein blinder Fleck. Sie werden in den modernen Wohlfahrtsstaaten auch heute noch – wenngleich in unterschiedlichen Ausprägungen – weniger als autonome und handlungsfähige Individuen, sondern eher als abhängige Mitglieder des Familienverbandes und damit als den Eltern zugehörig betrachtet und in den Binnenraum der Privatfamilie abgedrängt“ (Olk 2004, 81 bis 101). Diese Einschätzung von Olk wird auch von anderen Autoren geteilt (vgl. Hofferth 1998); sie gilt nicht nur für die öffentlichen Debatten über die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates, sondern lässt sich auch auf die Diskussion um die regionale und lokale Veränderung von Infrastrukturen übertragen. Beispielsweise wird von einigen Autoren der bessere Ausbau eines Betreuungsangebots für Kinder vor allem mit einer verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf begründet (McKinsey 2003; Prognos AG 2004), obwohl eine Infrastruktur für Kinder auch an den Entwicklungschancen und Zukunftsperspektiven der Kinder selbst gemessen werden sollte.

**Eltern als wichtigste
Ressource für
die kindliche
Entwicklung**

Kinder können sich dann am besten entwickeln, wenn sie in einer Familie aufwachsen, in der die Eltern ihnen die Möglichkeit zu engen und vertrauensvollen Bindungen mitgeben und ihnen gleichzeitig die Chancen eröffnen, schrittweise, entsprechend ihrer eigenen Entwicklung, die Welt der Familie, der Freunde, der Nachbarschaft und der Gemeinde zu entdecken. In diesem Sinne stellen Eltern die wichtigste Ressource für die kindliche Entwicklung dar (Children and Welfare Reform: Analysis and Recommendations; Shields/Behrman 2002; National Research Council 2000; Amato 2004; Grossmann/Grossmann 2004).

Schon frühzeitig hat Urie Bronfenbrenner (1979, 1986) betont, dass die Eltern-Kind-Interaktion in die Lebensumwelt der Eltern und der ganzen Familie eingebettet ist, weil im kindlichen Entwicklungsprozess auch die Geschwister und andere Menschen, die sich kontinuierlich um das Kind kümmern, Einfluss auf die kindliche Entwicklung nehmen. In diesem Prozess ist das Kind selbst eine aktiv agierende Persönlichkeit, die zur Entwicklung von Bindungen und zur Entdeckung der Umwelt eben auch Zeit und Kontinuität braucht.

Zur Beschreibung dieser Wechselwirkungen zwischen Entwicklung des Kindes, seinen Eltern, seinen Geschwistern und der Umwelt dieses fa-

miliaren Beziehungssystems konzipiert er ein sozial-ökologisches Modell der menschlichen Entwicklung (Bronfenbrenner 1981). Dieses grenzt die Interaktion und Beziehungen der Familie und der Peers als Mikroebene von der unmittelbaren Lebensumwelt der Nachbarschaft und Gemeinde als Mesoebene ab. Diese ist eingebettet in das Exosystem mit den institutionellen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Strukturen einer Gesellschaft

In diesem Interaktionsprozess zwischen kindlicher Persönlichkeit und sozialer Umwelt werden aber nicht nur stabile Beziehungen und Bindungen entwickelt, sondern auch soziale Kompetenzen, Fähigkeiten zum Problemlösen, zum Lernen und zum Wissenserwerb. Um die menschliche Entwicklung und das menschliche Leben als fortschreitenden Prozess der Interaktion zwischen dem sich entwickelnden Individuum und seiner konkreten Lebensumwelt zu begreifen, hat Bronfenbrenner (Bronfenbrenner/Ceci 1994; Bronfenbrenner 1995) das sozial-ökologische Modell zu einem bio-ökologischen Modell erweitert. Es wurde zur Grundlage für eine Vielzahl von Arbeiten, um die kindlichen Entwicklungsprozesse, sowohl in ihrer biologischen und neurologischen Bedingtheit (Spitzer 2002; Expertise Roth 2004; Expertise Pauen 2004), aber eben auch in ihrer Abhängigkeit von den sozialen Bedingungen der kindlichen Lebensumwelt zu begreifen.

**Ein bio-ökologisches
Modell der Kindes-
entwicklung**

Die Erweiterung des sozial-ökologischen Konzepts zu einem bio-ökologischen Modell eröffnet auch die Möglichkeit, die Entwicklungsbedingungen für die Gesundheit eines Kindes, etwa die Ernährung, ebenso zu berücksichtigen wie direkte und indirekte Effekte sozio-ökonomischer Deprivation auf kindliche und familiäre Entwicklungsprozesse. Durch die Lebensbedingungen, in denen das Kind aufwächst, werden direkt und indirekt die Möglichkeiten, die in ihm stecken, gefördert oder aber auch behindert. Diese Bedingungen hemmen oder fördern aber nicht nur die Entwicklungspotenziale, sondern eröffnen dem Kind und dem Jugendlichen als Entdecker seiner Umwelt auch die Chance, jene Kompetenzen und Fähigkeiten auszubilden, die in den Gelegenheitsstrukturen seiner Umwelt angeboten werden. Das Erlernen einer Fremdsprache, etwa Deutsch für ein Kind mit nicht-deutschem Hintergrund, setzt eben auch Freunde, welche diese Sprache sprechen, und eine entsprechende

Förderung voraus, wie das Erlernen eines Musikinstruments entsprechende Angebote in einem musikbezogenen Kontext voraussetzt.

Alle diese Entwicklungsprozesse, sowohl auf der sozialen und intellektuellen wie auch auf der biologischen und neurologischen Ebene, verlaufen mindestens bis zur Pubertät (Spitzer 2004) und lassen sich in dieser Zeit auch immer ausgleichen. Nicht alle Kompetenzen und Interessen sind auf Frühförderung angewiesen. Kargan (2003) hält einen sich gleichzeitig ausbreitenden „Kindheitsdeterminismus“ für einen der Grundirrtümer der Psychologie. Die Konzeption von einem Entwicklungsprozess, in dem das Kind oder der Jugendliche in aktiver Auseinandersetzung mit der Umwelt immer wieder Übergänge bewältigt, stellt ein Modell des Erwachsenwerdens dar, das die klassische Dichotomie von Natur versus Erziehung ersetzt durch ein dynamisch-interaktives Entwicklungsmodell (Moen u. a. 2001). Diese Einsicht ist von großer sozial-, jugendhilfe- und familienpolitischer Bedeutung und hat in den USA viele der großen Bildungsprogramme der 60er und 70er Jahre wie „Head Start“ beeinflusst (Brooks-Gunn 2003). Auch in jüngster Zeit wurde sowohl in England (Sylva u. a. 2004) wie aber auch in den USA (Shonkoff 2000) die alleinige Zentrierung auf die frühe Kindheit ersetzt durch die Vorstellung einer entwicklungsorientierten Förderung von Kindern und Jugendlichen unter Einbeziehung von Eltern, Nachbarschaft, kindlichen Betreuungseinrichtungen, Schule und auch der Förderung und Unterstützung der Eltern (Wilson 2003). Eine solche Perspektive, wenn sie in der Kinder- und Jugendhilfepolitik eingenommen wird, stellt eine notwendige Ergänzung der Familienpolitik dar.

Die amerikanische Akademie der Wissenschaften und das amerikanische Institut für Medizin (Shonkoff/Meisels/Zigler 2000) weisen deswegen explizit darauf hin, dass Kinder, selbst wenn sie – aus welchen Gründen auch immer – nicht jene zentralen Beziehungen zu ihren Eltern aufbauen konnten, die für ihre Entwicklung so wichtig sind, in vielen Fällen selbst gravierende Entwicklungsstörungen kompensieren können. Sie betonen, dass unter einer solchen Perspektive auch die Veränderungen der einzelnen Lebensumwelten der Kinder nicht nur sorgfältig hinsichtlich der kindlichen Entwicklung untersucht werden müssen, sondern gerade auch in ihren Konsequenzen für die kindliche Entwicklung thematisiert werden müssen:

- Die kindliche Entwicklung hängt nicht nur von den Beziehungen des Kindes zu den Eltern ab, sondern auch davon, dass die Eltern selbst gesund sind, sich dem Kind emotional zuwenden und in ihrer Lebenssituation das

Gefühl haben, diese auch selbst bewältigen zu können.

- Die Wohnverhältnisse, die Umweltbelastungen, die Spielmöglichkeiten, die Beziehungen in der Nachbarschaft und die Unterstützungsleistungen, auf die sich eine Familie verlassen kann, beeinflussen ebenso wie die ökonomische Situation der Familie das elterliche und das kindliche Wohlbefinden in erheblichem Umfang.
- Die Geschwistergruppe wie natürlich auch die Spielgruppe und im späteren Lebensalter die Peer-Gruppe sind von erheblicher Bedeutung für die kindliche Entwicklung wie auch die Rahmenbedingungen in Kinderkrippe, Kindergarten bzw. Kindertagesstätte, Schule und die Lebensumwelt des Kindes in der unmittelbaren Nachbarschaft. Dieses „sozial- und bio-ökologische“ Modell macht deutlich, dass die alleinige Betonung der Eltern-Kind-Beziehungen dazu führen kann, dass die Bedeutung dieser anderen Faktoren unterschätzt wird und die Gestaltung dieser Umweltbedingungen des Kindes als nachrangig behandelt werden. Erst durch die Integration und die Balance zwischen der elterlichen Unterstützung für die kindliche Entwicklung und einem qualitativ guten außerfamilialen Angebot seitens der Gemeinde, der Betriebe oder der Schule, d. h. einer Vermischung von Akteuren und Institutionen, wird jene Entwicklungsumwelt für Kinder geschaffen, die sie für ihre stabile emotionale und kognitive Entwicklung benötigen.
- Diese Balance muss heute neu geschaffen werden, weil aufgrund der sich auflösenden klassischen Arbeitszeitmodelle und der gemeinsamen Partizipation der Eltern am Erwerbsleben Elternzeit, Betreuungszeit und Zeit für Kinder in ganz neuer Weise aufeinander bezogen werden müssen, was sich in der Regel auf lokaler Ebene organisieren lässt.
- Diese Perspektive mit ihrer Betonung der engen Wechselwirkung zwischen kindlicher Entwicklung, Eltern, Geschwistern, Nachbarschaft, Gemeinde und Infrastruktur für Kinder hat erhebliche politische Implikationen. Im deutschen institutionellen Gefüge wird Familienpolitik in Vielem auf der Ebene des Bundes entschieden. Bei den Ländern liegt in der Regel die Zuständigkeit für die Schulpolitik, während die Kommunen mit der Jugendhilfezuständigkeit für familienunterstützende Maßnahmen und die Infrastruktur für Kinder verantwortlich sind. Es stellt sich heute die Frage, ob diese Struktur tatsächlich dem hier skizzierten integrativen sozial-ökologischen Modell entspricht. Wir werden im Folgenden an einigen Beispielen deutlich machen, dass

Nicht alle Ausbildungen von Kompetenzen sind auf Frühförderung angewiesen

Bedeutung von Geschwistern, Peers und Nachbarn

Wechselspiel zwischen biologischen, psychologischen und sozialen Entwicklungsprozessen

Familie mit Kindern als wichtige Ressource für eine kommunale Sozial- und Wirtschaftspolitik

die geforderte neue Balance zwischen Familie, Eltern und Kindern auf der einen Seite und Nachbarschaft und Gemeinde sowie Infrastruktur für Kinder auf der anderen Seite letztlich die Begründung für eine kommunale Familienpolitik liefert und damit auch eine Neuausrichtung auf Bundesebene zur Konsequenz hat.

Die Investitionen der Kommunen und der Länder in solche integrativen Modelle sind Zukunftsinvestitionen für die Städte und Länder. Kommunale Familienpolitik ist im Interesse der Kommunen selbst, weil möglicherweise mit dieser Strategie die Schrumpfung vieler Städte abzumildern ist. Familien mit Kindern sind eine wichtige Ressource für eine kommunale Sozial- und Wirtschaftspolitik (vgl. Kap.V.6). Kommunen müssen erkennen, dass Eltern Investoren in die Zukunft einer Gesellschaft und damit auch in die Zukunft einer Kommune sind.

Die Debatte um die Entwicklung von Mathematik- und Lesekompetenzen von fünfzehnjährigen Schülern und Schülerinnen hat allerdings auch deutlich gemacht, dass diese Unterstützungsleistungen durch die Eltern in unserer Gesellschaft nicht nur sozial sehr unterschiedlich verteilt sind, sondern darüber hinaus noch große regionale Variationen aufweisen (Baumert u. a. 2002). Diese Unterschiede sind sicherlich, unter anderem, auch den unterschiedlichen Unterrichtsmethoden und der unterschiedlichen Ausbildung der Lehrer und der Ausstattung der Schulen in Deutschland geschuldet. Trotzdem weisen diese Variationen auch darauf hin, dass der nachbarschaftliche, gemeindliche und auch regionalstaatliche Kontext die Fähigkeit der Eltern beeinflusst, für ihre Kinder jene Ressourcen zu mobilisieren, die für die kindliche Entwicklung förderlich sind. Gleichzeitig sind diese Ergebnisse natürlich auch ein Hinweis darauf, dass in einer hoch ausdifferenzierten Gesellschaft wie der Bundesrepublik Deutschland die Hoffnung, allein die Ausweitung des Bildungsangebots könnte die unterschiedlichen Kompetenzen von Eltern zur Unterstützung ihrer Kinder ausgleichen, ein Trugschluss ist.

Regionale Vielfalt der Entwicklungsbedingungen

Modell Bronfenbrenner Grundlage für eine kommunale Familienpolitik

Der Zusammenhang zwischen sozialen Beziehungen, Elternhaus, Nachbarschaft und Gemeinde entspricht den Beziehungen zwischen Mikro- und Mesosystem in Bronfenbrenners Modell. Dieses Modell liefert eine konsistente und plausible Begründung für eine kommunale Familienpolitik. Die Relation zwischen kommunaler oder gemeindlicher Entwicklung und den institutionellen, politischen und wirtschaftlichen Strukturen, das heißt die Beziehung zwischen Exo- und Mesosystem, wird nicht allein durch den bundesstaatlichen verfassungsmäßigen Rahmen hergestellt, vielmehr wird es in großen Ge-

sellschaften immer darüber hinaus gehende erhebliche regionale Differenzierungen geben, die sich durch einen bundesstaatlichen Rahmen kaum ausgleichen lassen. Das gilt insbesondere für die Bundesrepublik Deutschland, die aufgrund der historischen Entwicklungen der Lebensverhältnisse, der wirtschaftlichen Entwicklungen und der kulturellen Orientierungsmuster vermutlich weiter ausdifferenziert ist als viele andere Gesellschaften. Auf der anderen Seite betont das Bronfenbrennersche Modell auch, dass das Mikro- und Mesosystem, in dem Familien verhaftet sind, in die Strukturen einer Gesellschaft eingebunden sind, die diese maßgeblich beeinflussen. Soll die Wirkungsweise dieses „sozial- und bio-ökologischen Systems“ optimiert werden, so muss aus ökonomischer Sicht z. B. auch die Frage danach gestellt werden, wie es gewährleistet sein kann, dass die Investitionen, welche die Länder und Kommunen in Familien mit Kindern tätigen, auch als Ertrag auf dieser Ebene ankommen. Oder anders formuliert, muss danach gefragt werden, welcher Ertrag auf Makroebene anzusiedeln ist, der es sinnvoll erscheinen lässt, auch diese Ebene an den Investitionen in das System zu beteiligen (vgl. dazu Kapitel V.6).

Hinsichtlich der demografischen Entwicklung ist ebenfalls eine starke Ausdifferenzierung festzustellen. Hier haben die alten Bundesländer (Birg 2001; Expertise Bucher 2004), wie viele andere europäische Länder, eine erhebliche kulturelle Ausdifferenzierung erfahren, weil Familien mit unterschiedlicher ethnischer Herkunft die Erziehungs- und Lebensvorstellungen ihrer Heimatländer mit den Lebensvorstellungen der Bundesrepublik verbinden und damit notwendigerweise zu einer Ausdifferenzierung der Lebenssituationen von Kindern und kindlichen Entwicklungsprozessen in Deutschland beitragen (BMFSFJ 2000b). Darüber hinaus führen die demografischen Entwicklungen in den neuen Bundesländern zu erheblichen demografischen Differenzierungen zwischen einzelnen Teilen und Regionen. Die vorhersehbare demografische Entwicklung wird vermutlich zu einer noch größeren Differenzierung (Prewitt 2002) führen. Diese Differenziertheit ist selbst auch in erheblichem Umfang in der regional unterschiedlichen wettbewerblichen Entwicklung der Bundesrepublik begründet. Diese durch Zuwanderung und innerdeutsche Mobilität verursachte zunehmende Ausdifferenzierung Deutschlands wird weiterhin dadurch verstärkt, dass zumindest ein Teil der Bevölkerung gegenwärtig nicht über jene notwendigen Qualifikationen verfügt, um in einer Wissensgesellschaft eine bezahlte Erwerbsarbeit zu finden. Solche Entwicklungen tragen mit dazu bei, dass bestimmte Bevölkerungsteile aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden, weil die

Kulturelle Ausdifferenzierung der alten Bundesländer

Demografische Differenzierungen zwischen einzelnen Regionen in neuen Bundesländern

sozialen Integrationsmechanismen in unserer Gesellschaft im Wesentlichen über die Berufstätigkeit erfolgen. Dabei verkennen heute noch manche Länder und Kommunen, dass Familien für Regionen und Kommunen eine soziale und ökonomische Ressource darstellen.

V.1 Familie und ihre Ressourcen

Bronfenbrenner unterscheidet bei den familialen Ressourcen die psychischen, sozialen und materiellen Ressourcen. Familienzusammenhalt, Familienregeln, familiäre Kommunikationsstrukturen, dyadisches Coping, gemeinsames Problemlösen und wechselseitige Unterstützung sind psychische Ressourcen, die ein wesentliches Element der Fürsorge (Care) der Familienmitglieder füreinander darstellen. Materielle Ressourcen wie das Familieneinkommen, die Wohnung, aber auch langlebige Konsumgüter und die alltägliche Grundversorgung entfalten ihre Wirkung in der Regel nur im Kontext der psychischen Ressourcen. Aber auch soziale Ressourcen wie etwa die Einbindung in die Nachbarschaft, Verwandtschaft und andere soziale Beziehungen sind von erheblicher Bedeutung. In der Literatur wird dies auch häufig als Sozialkapital bezeichnet (Bourdieu 1983; Coleman 1990; Portes 1998; Wellman/Berkowirz 1988).

Eine gute Ernährung der Kinder ist sowohl von dem Einkommen der Familie abhängig als auch von den Kenntnissen der Eltern zur Ernährung und von den Familienregeln zu gemeinsamen Mahlzeiten. Ressourcentheoretische Analysen finden sich bei der Beschreibung von prekären Lebenslagen seit der Studie „Die Arbeitlosen von Marienthal“ (Jahoda/Lazarsfeld/Zeisel 1929). Häufig wird der Ressourcenbegriff jedoch sehr eng gefasst und es werden nur die materiellen Ressourcen, d. h. die Einkommens- und Vermögenssituation von Personen oder Haushalten herangezogen, um die Ressourcenverteilung unterschiedlicher Haushaltsgruppen oder Personengruppen und damit auch von Familien und Familienmitgliedern zu charakterisieren.

In diesem Bericht verwenden wir den Ressourcenbegriff in der sozialökologischen Tradition, die auf die Herstellung gemeinsamer Leistungen zur Bewältigung der Herausforderung der Umwelt abhebt und die psychischen, sozialen und materiellen Möglichkeiten von Familien, sich und ihre Mitglieder zu entwickeln, umfasst. Ressourcen können über objektive Indikatoren dargestellt werden, über die subjektive Zufriedenheit der betroffenen Personen mit bestimmten Ressourcen, aber natürlich auch über subjektive Einschätzungen der Unterstützung der Familie durch die einzelnen Mitglieder bewertet werden.

Im Folgenden werden einige wichtige Ressourcen von Familien wie Bildung, Gesundheit, Zeit,

Sozialkapital, Region, Wohnen sowie Einkommen beschrieben, die in diesem Bericht an verschiedenen Stellen in ihrer Bedeutung für Familie und Familienentwicklung thematisiert wurden. Hier wird versucht, die Verfügbarkeit über die jeweilige Ressource und/oder auch die Herstellung der jeweiligen Ressourcen an Hand repräsentativer Mikrodaten zu illustrieren. Als Datenquellen dienen der Mikrozensus und das Sozio-oekonomische Panel (SOEP)⁷³. Auf der Basis des Mikrozensus wird die Einkommenssituation von Familien dargestellt, während es auf der Basis des SOEP möglich ist, weitere Ressourcen zu untersuchen.

Bei der Beschreibung werden Personen in Haushalten mit Kindern (bis zum Alter von 21 Jahren) jenen Personen gegenübergestellt, die nicht mit Kindern (unter 21 Jahren) in einem Haushalt leben. Damit kann verdeutlicht werden, inwiefern in „Familienhaushalten“ spezifische Ressourcen vorliegen bzw. hergestellt werden. Außerdem wird die Ressourcenausstattung von Personen in Haushalten mit Kindern für unterschiedliche Haushaltstypen beschrieben. Ferner wird nach Haushalten in verschiedenen Lebensphasen differenziert. Diese Lebensphasen werden über das Alter der Kinder beschrieben.

Bei der Darstellung der unterschiedlichen Ressourcen wird versucht, eine weitgehend einheitliche Struktur zu Grunde zu legen. Nach einer kurzen Einführung in die spezifische Ressource und ihrer Bedeutung für Familien wird die Verfügbarkeit über diese Ressource zunächst deskriptiv und im Vergleich mit Haushalten ohne Kinder beschrieben. Danach erfolgt – sofern im Kontext sinnvoll – eine deskriptive Differenzierung für unterschiedliche Haushaltstypen mit Kindern. Anschließend werden die Ergebnisse multivariater Analysen⁷⁴ kurz zusammengefasst, um Zusammenhänge und Abhängigkeiten der Ressourcen untereinander darzustellen. Multivariate Analysen erlauben es, die Interaktion mehrerer Indikatoren – in diesem Falle auch mehrerer Ressourcen gleichzeitig – abzubilden.

Ressource „Bildung“. Es ist in allen sozialwissenschaftlichen Disziplinen seit langem unumstritten, dass Familien eine hohe Bedeutung (wenn nicht sogar die höchste Bedeutung) bei der Herstellung des Humanvermögens (siehe u. a. auch der 5. Familienbericht, BMFuS) einer Gesellschaft zukommt; oder anders ausgedrückt:

Ressource Bildung – Familien leisten einen wichtigen Beitrag

⁷³ Das SOEP ist ein für die Bundesrepublik Deutschland repräsentativer Haushalts- und Personendatensatz, bei dem inzwischen fast 24 000 Personen jährlich befragt werden, vgl. <http://www.diw.de/soep>. Die empirischen Ergebnisse beziehen sich auf das Jahr 2002.

⁷⁴ Dabei handelt es sich in Abhängigkeit der zu erklärenden Größen um dichotome Wahrscheinlichkeitsmodelle oder lineare Regressionsmodelle.

Sozialkapital als wichtige Ressource, die von Familien hergestellt wird

Ressourcenbegriff in der sozialökologischen Tradition

Familien leisten einen großen Beitrag bei der Produktion des gemeinsamen Gutes Bildung. Familien investieren in Bildung und produzieren sie. Nicht zuletzt ist dies die Begründung für wichtige Teilbereiche der deutschen Familienpolitik, wie z. B. den Familienleistungsausgleich.

Eine Unterscheidung zwischen Personen in Haushalten mit Kindern und solchen ohne Kinder zeigt, dass bei der Ressource „formale Bildung“ – die über das Konstrukt der Bildungsjahre oder auch des höchsten berufsbildenden Abschlusses gemessen wurde – kaum Unterschiede zwischen Familienhaushalten und Nichtfamilienhaushalten auszumachen sind. Multivariate Analysen für Personen in Haushalten mit Kindern zeigen, dass allein Erziehende eine höhere formale Bildung aufweisen als Personen in Paarhaushalten. Die formale Bildung von Personen mit mehr als zwei Kindern ist geringer als die von Personen mit einem Kind. Es sind die bekannten Zusammenhänge festzustellen, dass mit steigendem Einkommen die Wahrscheinlichkeit für einen höheren Bildungsabschluss zunimmt. Personen, die in städtischen Regionen leben, haben ebenfalls ein höheres Humanvermögen.

Obwohl die Herstellungsleistung Bildung in einer Familie sehr viel mehr umfasst als die direkte oder auch indirekte Mitwirkung an dem Erwerb von formalen Bildungsabschlüssen, zeigen diese vereinfachten Analysen bereits, dass der monetären Ressource „Einkommen“ hierbei eine größere Bedeutung zukommt.

Ressource Gesundheit – Familien als aktive Mitgestalter

Ressource „Gesundheit“. Die Herstellungsleistung von Familien umfasst auch die Mitwirkung an der Gesundheit von Haushaltsmitgliedern. Auch dabei kommt Familien eine hohe Bedeutung zu, die nicht nur in der direkten Unterstützung im Krankheitsfall besteht, sondern auch im alltäglichen Miteinander, das das subjektive Wohlbefinden von Menschen beeinflussen kann. Familienmitglieder wirken also zum einen bei der Herstellung der Ressource Gesundheit mit, sie investieren in Gesundheit; zum anderen nehmen sie selbst Gesundheitsdienstleistungen in Anspruch.

Wird die Ressource Gesundheit über objektive Gesundheitsindikatoren – wie der Anzahl der Arztbesuche und Krankenhausaufenthalte – erfasst, so ist festzustellen, dass Personen, die in Haushalten ohne Kinder leben, im Durchschnitt eine höhere Inanspruchnahme von diesen Gesundheitsdienstleistungen aufweisen als Personen in Haushalten mit Kindern. Dies dürfte allerdings stark damit in Zusammenhang stehen, dass Personen in Haushalten ohne Kinder im Durchschnitt älter sind. Bei der subjektiven Gesundheitszufriedenheit können keine großen Unterschiede zwischen Familienhaushalten und Nichtfamilienhaushalten festgestellt werden.

Multivariate Analysen für Personen in Haushalten mit Kindern bestätigen den bekannten Alterseffekt bei der Inanspruchnahme von Gesundheitsdienstleistungen: Mit zunehmendem Alter nimmt die Häufigkeit von Arztbesuchen und Krankenhausaufenthalten zu. Ein höheres Haushaltseinkommen führt zu mehr Arztbesuchen. Allein Erziehende neigen bei diesem objektiven Gesundheitsindikator zu einer höheren Inanspruchnahme, der sich wieder reduziert, je älter das jüngste Kind ist und umso mehr Kinder im Haushalt leben. Multivariate Analysen der subjektiven Gesundheitszufriedenheit, die auf einer Skala von 0 bis 10 erfasst wurde, zeigen, dass mit dem Alter die Zufriedenheit mit der eigenen Gesundheit abnimmt. Personen mit einer höheren formalen Bildung oder auch einem höheren Einkommen haben eine höhere Wahrscheinlichkeit, mit der eigenen Gesundheit zufrieden zu sein, als ihre Referenzgruppen. Das Alter und die Anzahl der Kinder hat dabei keine signifikante Bedeutung. Auch hier zeigt sich ein starker Zusammenhang zwischen der monetären Ressource „Einkommen und formale Bildung“ und der subjektiven Bewertung der eigenen Gesundheit.

Ressource „Zeit“. Sehr ausführlich ist im Kapitel VI dargestellt, wie wichtig die Ressource „Zeit“ für Familien ist, welche Restriktionen und auch Chancen sie Familien gibt. Für ein breites Ressourcenverständnis ist es zentral, dass auch dieser zeitliche Aspekt Teil einer Ressourcenbetrachtung ist. So wird die Zeit häufig als eine zentrale Investition in die Entwicklung von Kindern, aber auch in das Wohlbefinden anderer Familienmitglieder bezeichnet.

Ressource Zeit – Voraussetzung für das Wohlbefinden in der Familie

Als wichtige Indikatoren zur Erfassung und Bewertung der Ressource Zeit können die Zufriedenheit mit der frei verfügbaren Zeit, der so genannten „freien“ Zeit und der Zeit, die mit Kindern verbracht wird, betrachtet werden. Die Zeit mit Kindern ist gleichzeitig auch ein wichtiger Beitrag für die Herstellung des Humanvermögens in Familien.

Personen in Haushalten ohne Kinder sind mit ihrer freien Zeit im Durchschnitt eher zufrieden, als Personen in Familienhaushalten. Multivariate Analysen für Personen in Haushalten mit Kindern belegen, dass mit zunehmendem Alter des jüngsten Kindes die Zufriedenheit mit der freien Zeit zunimmt, mit dem eigenen Alter nimmt sie allerdings ab. Personen aus Familienhaushalten in ländlichen Regionen haben eine höhere Zufriedenheit mit ihrer freien Zeit, während eine höhere formale Bildung zu einer geringeren Zufriedenheit mit der freien Zeit beiträgt. Die Stunden, die eine Person an einem Werktag mit der Betreuung von Kindern verbringt, nehmen mit zunehmendem Alter des Kindes und der Anzahl der Kinder ab. Männer verbringen deutlich

weniger Zeit mit der Betreuung von Kindern als Frauen. Mit steigendem Einkommen nimmt die Zeit für die Betreuung der Kinder zu. Sie nimmt allerdings mit dem formalen Bildungsgrad ab. Auch Personen, die in ländlichen Regionen leben, verbringen im Durchschnitt weniger Zeit mit „Kinderbetreuung“ als Personen in Städten. Insgesamt lässt sich festhalten, dass monetäre Ressourcen auf der einen Seite zu mehr Zeit mit Kindern führen, während auf der anderen Seite die Zeit für Kinder mit dem formalen Bildungsstand abnimmt.

Ressource „Sozialkapital“. Die Herstellung des Sozialkapitals einer Gesellschaft ist eine weitere wichtige Herstellungsleistung, die in Familien und auch außerhalb von Familien erbracht wird. Wie in diesem Familienbericht an unterschiedlichen Stellen dargestellt, leisten Familien ihren sehr spezifischen Beitrag zur Herstellung dieser wichtigen gesamtgesellschaftlichen Ressource.

Ressource Sozialkapital – Herstellungsleistung der Familien

Empirisch kann eine kleine Facette des Sozialkapitals einer Gesellschaft zum Beispiel über das ehrenamtliche Engagement von Personen erfasst werden. Analysen auf der Basis des SOEP und des Freiwilligensurveys zeigen, dass Personen, die in Haushalten mit Kindern leben, im Durchschnitt mit einem höherem Anteil ehrenamtlich aktiv sind als Personen, die nicht mit Kindern zusammen leben und allein Erziehende. Mit dem Alter des jüngsten Kindes und der Anzahl der Kinder steigt die Wahrscheinlichkeit einer ehrenamtlichen Tätigkeit. Außerdem ergibt die Analyse, dass Personen in Familienhaushalten mit steigendem Einkommen und einem höheren Grad an formaler Bildung mit größerer Wahrscheinlichkeit ein Ehrenamt bekleiden. Einmal mehr verdeutlicht dies, wie wichtig Familien für die Herstellung des Sozialkapitals einer Gesellschaft sind. Die Analyse verdeutlicht aber auch, dass mehr monetäre Ressourcen und ein größeres Humanvermögen Familien zur Herstellung von mehr Sozialkapital befähigen.

Neben den dargestellten Ressourcen, über die Familien verfügen, kommt dem „Wohnen“ und auch der „Region“, in der Familien leben, eine wichtige Bedeutung zu. So bestimmt das direkte Wohnungsumfeld und auch das breitere Wohnumfeld, wie Familien leben, wie sie andere Herstellungsleistungen erbringen können und welche Optionen ihnen offen stehen. Die Nachbarschaft und die Kommune sind dabei – wie an anderen Stellen dieses Kapitels verdeutlicht – ebenfalls von großer Relevanz.

Ressource „Wohnen“. Die Wohnung oder das Haus, in dem Familien leben, bestimmt das Wohlbefinden von Familien und deren Lebensqualität. Hinzu kommt, dass die finanziellen Ressourcen, die für das Wohnen aufgebracht werden

müssen, den finanziellen Spielraum von Familien stark beeinflussen.

Im Durchschnitt zahlen Personen mit Kindern im Haushalt höhere Mieten als Personen in Nichtfamilienhaushalten. Wird zusätzlich eine Bewertung des Hauseigentums von Personen berücksichtigt⁷⁵, die Hausbesitzer sind, so haben Personen in Haushalten ohne Kinder im Durchschnitt eine höhere Mietbelastung. Eindeutig ist der so genannte „Crowding Effekt“, der besagt, dass in einem Haushalt mehr Personen leben, als Wohnräume vorhanden sind: 16 Prozent der Personen in Haushalten mit Kindern leben in solchen Haushalten und nur 1 Prozent der Personen in Haushalten ohne Kinder. In beengten Wohnverhältnissen⁷⁶ leben 40 Prozent der Personen in Haushalten mit Kindern, aber nur 26 Prozent der Personen in Haushalten ohne Kinder. Vor dem Hintergrund dieser objektiven Indikatoren über die Wohnverhältnisse ist es interessant, dass sich die Zufriedenheit mit den Wohnverhältnissen zwischen Personen in Haushalten mit Kindern und solchen Haushalten ohne Kinder nicht stark unterscheiden; vielmehr entsprechen sie im Durchschnitt den Einschätzungen auf einer Zufriedenheitsskala von 0 bis 10 nahezu.

Ressource Wohnen – für Familien wesentlich für ihre Zufriedenheit

Multivariate Analysen für Personen in Haushalten mit Kindern belegen, dass beengte Wohnverhältnisse insbesondere für Familienhaushalte mit älteren und mehreren Kindern ein Problem sind. Auch jüngere, ausländische und weniger formal gebildete Personen haben eine höhere Wahrscheinlichkeit, in beengten Wohnverhältnissen zu leben als die jeweiligen Referenzgruppen. Dies trifft auch auf Personen zu, die in Verdichtungsräumen leben. Allein Erziehende, Migranten und Männer sind mit ihren Wohnverhältnissen unzufriedener als ihre jeweiligen Referenzgruppen. Die Wahrscheinlichkeit einer Zufriedenheit mit den eigenen Wohnverhältnissen steigt – so das Ergebnis multivariater Analysen – mit dem Einkommen und ist für Personen, die außerhalb von Verdichtungsräumen leben, größer. An diesem Beispiel wird besonders deutlich, wie wichtig es ist, neben den objektiven Ressourcen auch die subjektive Bewertung der Ressourcenverfügbarkeit mit einzubeziehen. Objektiv betrachtet leben Familienmitglieder eher in beengten Wohnverhältnissen als Personen ohne Kinder. Die subjektive Zufriedenheit der

⁷⁵ Dies erfolgt im Rahmen des sogenannten „imputed rent“-Ansatzes, bei dem der geldwerte Nettovorteil des selbstgenützten Wohneigentums berechnet wird.

⁷⁶ Von einer „beengten Wohnfläche“ wird dann gesprochen, wenn ein Haushalt – je nach Zahl der dort lebenden Personen – folgende Quadratmeter an Wohnfläche nicht zur Verfügung hat: 46 (eine Person), 72 (zwei Personen), 84 (drei Personen), 102 (vier Personen), 112 (fünf Personen) und 120 (sechs Personen) (vgl. Joachim Frick 1995, 3ff).

Betroffenen zeigt jedoch, dass dies nicht unbedingt nur negativ zu bewerten ist. Sie zeigt aber auch, dass mit einem Mehr an monetären Ressourcen die Bewertung auch dieser Ressource besser ausfällt, d. h. einkommensreichere Personen zufriedener mit ihren Wohnverhältnissen sind als einkommensärmere.

Ressource „Region“. Das breitere Wohnumfeld ist für Familien von ebenso großer Bedeutung wie das unmittelbare Wohnumfeld. Dies hängt u. a. damit zusammen, dass unterschiedliche Regionen und Regionstypen mit unterschiedlichen Optionen verbunden sind, sei es mit Optionen im Infrastrukturbereich oder in der Verfügbarkeit über familiäre Netzwerke. So kann man für Deutschland nach wie vor feststellen, dass ländliche Regionen im Allgemeinen weniger Infrastrukturangebote aufzuweisen haben, während die dort lebenden Personen i. d. R. über bessere familiäre oder soziale Netzwerke verfügen.

Multivariate Analysen für Personen in Haushalten mit Kindern zeigen, dass insbesondere allein Erziehende und Personen mit weniger Kindern und eher jüngeren Kindern in Verdichtungsräumen leben. Mit dem Einkommen und dem formalen Bildungsstand steigt die Wahrscheinlichkeit, in einem Verdichtungsraum zu wohnen. Mit zunehmenden monetären Ressourcen steigt somit die Wahrscheinlichkeit für Familienhaushalte, auf der einen Seite in Regionen mit mehr Infrastrukturangeboten zu leben, auf der anderen Seite aber auch in Regionen mit größeren familialen Netzwerken.

Zwischenfazit. Bei den vielfältigen Ressourcen, über die Familien verfügen, zeigt sich, dass eine Kumulation in der Verfügbarkeit über Ressourcen stattfindet. Bei Personen, die sowohl über gute monetäre Ressourcen verfügen, ist auch eine überdurchschnittliche Verfügbarkeit bei anderen Ressourcen festzustellen. Mit zunehmendem Humanvermögen verfügen Personen über mehr Ressourcen.

Die Vielfalt von Ressourcen, über die Familien verfügen bzw. an deren Herstellung sie sich beteiligen, zeigt aber auch, dass Familien bei der Bereitstellung von Ressourcen Unterstützung brauchen. Diese Unterstützung ist sowohl in monetärer Hinsicht, in zeitlicher Hinsicht und in Hinblick auf ergänzende Infrastrukturangebote notwendig. Bevor wir im Bericht darauf weiter eingehen, soll zunächst differenzierter und ausführlicher die Ressource Einkommen dargestellt werden und auf die spezifische Situation von prekären Einkommenslagen eingegangen werden.

Ressource „Einkommen“. Für die Darstellung der monetären Einkommenssituation von Personen ist es von zentraler Bedeutung, diese im Haushaltskontext vorzunehmen. Erst über die

Einbindung des Einzelnen in einen je spezifischen Haushaltskontext werden z. B. unterschiedliche Chancen am Arbeitsmarkt letztlich zu faktisch ungleichen Lebenschancen und Lebenslagen von Frauen und Männern, Müttern und Vätern, Eltern und Kindern, Eltern und kinderlosen Paaren. Ob eine 35-jährige Bürokauffrau allein stehend ist, ob sie mit einem Softwareingenieur in einer ehelichen oder nichtehelichen Lebensgemeinschaft ohne Kinder lebt oder ihren Alltag als allein erziehende Mutter mit zwei minderjährigen Kindern gestalten muss, hat ganz gravierende Konsequenzen für ihre Wohlstandsposition⁷⁷. Diese Perspektive macht deutlich, dass sich die Einkommenslagen von Paaren mit Kindern bei der Betrachtung der Pro-Kopf-Einkommen zwar überdurchschnittlich häufig in den mittleren Einkommensklassen befinden. Im Vergleich zu den kinderlosen Paaren und allein stehenden Männern weisen Paare mit Kindern allerdings vergleichsweise benachteiligte Lebenslagen auf. Die niedrigsten Wohlstandspositionen (gemessen über das Einkommen) zwischen 50 Prozent und 59 Prozent nehmen allein erziehende Frauen ein. Sie haben Kinder unter drei Jahren und sind zumeist jünger als 35 Jahre. Am unteren Ende der Einkommenskala stehen aber auch allein erziehende Mütter und Väter mit drei und mehr Kindern. Demgegenüber haben nicht verheiratete und verheiratete zusammenlebende Paare mit bis zu 153 Prozent die insgesamt höchsten Wohlstandspositionen inne, wenn man dies am Einkommen fest macht. Es handelt sich um kinderlose und zumeist jüngere Paare, bei denen die Frau unter 45 Jahre alt ist. Zu den in dieser Hinsicht mit monetären Ressourcen gut ausgestatteten Haushaltsformen gehören auch nicht eheliche Lebensgemeinschaften mit volljährigen Kindern. Um das gleiche Niveau monetärer Ressourcen kinderloser Paare zu erreichen, müssten Eltern und ihren Kindern pro Kopf und Monat bis zu 600 Euro oder 50 Prozent mehr zur Verfügung stehen. Besonders deutlich ist das Einkommensgefälle zwischen kinderlosen Paaren und Paaren mit Kindern in Lebensphasen, in denen die Entscheidungen für das erste Kind oder für weitere Kinder grundsätzlich fallen (Expertise Eggen 2005): Allein stehende Männer und allein stehende Frauen zwischen 35 und 44 Jahren erreichen mit 113 Prozent und 108 Prozent ebenfalls überdurchschnittlich hohe Einkommenspositionen.

Eine stetig steigende Zahl von Familienhaushalten in Deutschland muß ihren Alltag in prekären

Paare mit Kindern weisen im Vergleich zu kinderlosen Paaren benachteiligte Lebenslagen auf

Steigende Zahl von Familienhaushalten in prekären Einkommenslagen

⁷⁷ Relative Wohlstandspositionen beschreiben Einkommensunterschiede zwischen verschiedenen Lebensformen. Sie verdeutlichen die Abweichungen der durchschnittlichen Einkommen einzelner Lebensformen vom durchschnittlichen Einkommen aller Lebensformen. Dabei wird das durchschnittliche gewichtete Pro-Kopf-Einkommen der Lebensformen gleich 100 Prozent gesetzt.

Ressource Region – für Familien entscheidend für die Infrastrukturangebote

Ressource Einkommen – für Familien Voraussetzung für Entwicklung von Lebenschancen

Einkommenslagen gestalten. Besonders niedrig sind die Einkommen von jungen Familien, also von Familien mit Kindern unter drei Jahren oder von Müttern unter 35 Jahren. Oftmals sind die Pro-Kopf-Einkommen auch in späteren Lebensphasen mit Kindern kaum höher. So zeigt etwa eine phasenspezifische Betrachtung der Pro-Kopf-Einkommen der Ehepaare mit Kindern, dass die grundsätzlich steigenden Nettoeinnahmen nicht mit dem wachsenden Bedarf der Familien standhalten.

Nach dem hier zugrunde gelegten Schwellenwert für Niedrigeinkommen wachsen in Deutschland 1,4 Millionen minderjähriger Kinder unter ökonomisch schwierigen Bedingungen auf. Nach der hier verwendeten und weithin verbreiteten Definition verfügen Haushalte über ein Niedrigeinkommen, sofern ihr Einkommen weniger als 50 Prozent des durchschnittlichen gewichteten Einkommens (Median) aller Lebensformen beträgt. In Deutschland verfügen rund 12 Prozent aller Lebensformen über ein niedriges Pro-Kopf-Einkommen. Die Anteile von Ehepaaren mit Kindern, die ein Niedrigeinkommen beziehen, sind mit 6 Prozent insgesamt unterdurchschnittlich. Je mehr Kinder allerdings in einem Familienhaushalt leben, desto häufiger muss dieser mit einem Niedrigeinkommen auskommen: Bei Ehepaaren mit drei und mehr Kindern beläuft sich das relative Armutsrisiko auf 13 Prozent. Zudem gilt, dass mit steigendem Alter der Kinder keineswegs immer der Anteil von Ehepaaren mit Kindern in finanziell schwierigen Lebenslagen sinkt. Im Gegenteil: In einzelnen Altersphasen der Kinder steigt dieser Anteil sogar bei Ehepaaren mit Schulkindern. Erst wenn die Kinder volljährig sind, geht er deutlich zurück.

Kinder von verheirateten Eltern besser gestellt als in anderen familialen Lebensformen

Insgesamt betrachtet wachsen Kinder von verheirateten Eltern im Vergleich zu anderen familialen Lebensformen jedoch vergleichsweise selten unter finanziell schwierigen Bedingungen auf. Bemerkenswert ist auch, dass die Einkommenssituation von Paaren mit Kindern in Ostdeutschland – gemessen am regionalen Schwellenwert – günstiger ist als die der Familien in Westdeutschland. Vor allem Eltern mit Kindern unter sechs Jahren erreichen in Ostdeutschland höhere Wohlstandspositionen. Hier zeigt sich einmal mehr, dass die relativ hohe Erwerbsbeteiligung der ostdeutschen Mütter mit Klein- und Vorschulkindern ein wesentlicher Schutzfaktor vor Armutslagen ist. Der zeitliche Umfang der jeweiligen Erwerbsbeteiligung, ob Vollzeit oder Teilzeit, scheint – sofern es sich um sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze handelt – eher nachrangig zu sein für die finanzielle Situation von Paaren mit Kindern (Expertise Klammer 2004). Dagegen fällt die durchschnittliche Einkommensposition eines Familienhaushalts sichtbar ab, wenn nur ein Elternteil erwerbstätig ist. Allerdings schützt auch die Vollzeiterwerbstätig-

keit beider Eltern die Familie keineswegs immer vor prekären Einkommensverhältnissen (Expertise Eggen 2004). Generell gilt, dass sich für Kinder die Wahrscheinlichkeit verringert, in einer prekären Einkommenssituation aufzuwachsen, wenn beide Eltern erwerbstätig sind.

Nach Corak/Fertig/Tamm (2005), die die deutsche Teilstudie für die internationale UNICEF-Studie durchgeführt haben und das SOEP als Basis benutzten, haben sich die Armutsraten von Kindern allein erziehender Eltern in den 90er Jahren nicht erhöht. Allerdings lag deren Armutsrisiko insgesamt deutlich höher als in Familien allgemein. Während Kinder das Armutsrisiko von Zwei-Elternfamilien kaum erhöhen, springt die Armutsrate bei Alleinstehenden von 17 Prozent auf 38 Prozent (Corak/Fertig/Tamm 2005, 13). Aus sozialpolitischer Sicht ist die Dynamik der Armutsverläufe mindestens ebenso wichtig wie das generelle Risiko in der vergleichenden Querschnittsbetrachtung. Hier geht es um Fragen, wie lange Armutsepisoden dauern und mit welcher Wahrscheinlichkeit Rückfälle in Armutslagen vorkommen, wenn es der Familie gelungen ist, sich von Armut zu befreien. Außerdem interessiert die Zunahme oder Abnahme von Armutsrisiken im historischen Zeitablauf. Im Bevölkerungsschnitt dauern seit 1984 Armutsepisoden 1,40 Jahre, bei allein Erziehenden 1,52 Jahre (Corak/Fertig/Tamm 2005, 18). Berücksichtigt man die historische Dynamik seit 1984, dann zeigt sich, dass die Wahrscheinlichkeit für ein westdeutsches Kind, in einem Jahr in Armut zu geraten, von 3,3 Prozent zwischen 1984 und 1992 auf 3,9 Prozent nach 1992 gewachsen ist. Im gleichen Zeitraum sank die Wahrscheinlichkeit, die Armut nach einem Jahr zu überwinden, von 49 Prozent auf 46 Prozent. Im Osten Deutschlands lag die jährliche Eintrittswahrscheinlichkeit in Armut vor 1996 um einen Prozentpunkt höher als im Westen, danach nivellierten sich die Ost-West-Unterschiede bei Eintritts- und Austrittswahrscheinlichkeiten. Bei allein Erziehenden erreichten die jährlichen Eintrittsraten in eine Armutslage seit 1992 mit 22,7 Prozent etwa das Sechsfache des allgemeinen Schnitts. Zugleich lagen ihre Austrittsraten nach einem Jahr Armutsdauer mit knapp 36 Prozent um ein Viertel unter dem allgemeinen Niveau von gut 46 Prozent (Corak/Fertig/Tamm 2005, 20f). Das Risiko, nach einer Überwindung der Armut in diese zurückzufallen, liegt bei allein Erziehenden höher: Zwei Jahre Verweildauer oberhalb der Armutsgrenze erreichten nur rund 29 Prozent der Kinder allein Erziehender im Vergleich zu 53 Prozent der Kinder allgemein (Corak/Fertig/Tamm 2005, 23).

Dynamik der Armutsverläufe wichtig zu betrachten

Maßnahmen wie der Kinderzuschlag ab dem 1. Januar 2005 sind geeignet, das Armutsrisiko allein Erziehender etwas zu vermindern. Erste Wirkungen in diese Richtung zeigt auch Hartz IV:

Sozialpolitischer
Blick auf Wechsel
zwischen Armut und
Nähe zur Armuts-
grenze

Davon profitieren allein erziehende Eltern und ihre Kinder überdurchschnittlich oft; 71,9 Prozent von ihnen bekommen jetzt mehr Arbeitslosenunterstützung, wohingegen insbesondere Paare ohne Kinder durch die Anrechnung des Partner-Einkommens zu mehr als 80 Prozent schlechter gestellt sind als zuvor (Expertise Schulte 2005). Neben dieser finanziellen Entlastung scheint es aus sozialpolitischer Sicht geboten, den Wechsel zwischen Armut und einem Leben oberhalb der Armutsgrenze stärker zu berücksichtigen. Das gilt speziell auch für allein Erziehende, da ihr erhöhtes Armutsrisiko wesentlich dadurch bestimmt ist, ob sie trotz der Betreuung und Versorgung ihrer Kinder erwerbstätig sein können oder nicht. Entscheidend dafür ist die öffentliche Infrastruktur für Kinderbetreuung, auf die sie stärker angewiesen sind als Elternpaare. Es ist zu erwarten, dass Verbesserungen der Infrastruktur das Armutsrisiko der Kinder allein Erziehender mindestens ebenso senken wie die finanziellen Verbesserungen im Rahmen von Hartz IV.

V.2 Besonderheiten von Familien in prekären Lebenslagen

Die Einkommenslage eines Familienhaushalts, so haben wir gezeigt, ist von großer Bedeutung für die Realisierung ihrer vielfältigen Aufgaben der Alltagsgestaltung. Das verfügbare monatliche Haushaltsnettoeinkommen beeinflusst darüber hinaus wie das Geld- und Sachvermögen einer Familie den Handlungsrahmen zur Befriedigung der vielfältigen Bedürfnisse und Interessen ihrer Mitglieder.

Monetäre Ressourcen allein stellen keine hinreichende Bedingung für das Familienleben dar. Schon gar nicht ist damit ein gelingendes Aufwachsen von Kindern jenseits von Armutslagen garantiert. Gleichwohl wird in marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaften die materielle Lebenslage von Familienhaushalten, u. a. in den Dimensionen Wohnen und Bildung, wesentlich vom verfügbaren Einkommen beeinflusst.

Unterschreitet das Nettoeinkommen eines Haushalts die 50 Prozent-Grenze des gewichteten durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens der Bevölkerung in einem Land, dann wird angenommen, dass ein landesüblicher und damit „angemessener“ Lebensstandard nicht mehr realisiert werden kann. Diese Grenze wird als relative Einkommensarmutsgrenze bezeichnet⁷⁸.

⁷⁸ Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hg.) 1991. Die Verschiebung der Einkommensarmutsgrenze auf 60 Prozent, die von der OECD jüngst festgesetzt worden ist, führt folgerichtig zu anderen Ergebnissen. Die hier vorgeschlagene relative Einkommensarmutsgrenze von 50 Prozent bildet jedoch die soziale Realität in Deutschland besser ab.

Armutsgrenzen werden haushaltsbezogen festgelegt⁷⁹. Dabei wird unterstellt, dass sämtliche Einkünfte der Haushaltsmitglieder (Einkommen aus Erwerbsarbeit, Transferleistungen etc.) in eine gemeinsame Haushaltskasse einfließen und alle Haushaltsangehörigen ihrem Bedarf entsprechend am Haushaltseinkommen teilhaben⁸⁰.

Nach dem Mikrozensus 2003 (Expertise Eggen 2005, Abbildung V.6) leben gegenwärtig 9 Prozent aller Kinder unterhalb dieser Grenze, wobei allerdings die oben erwähnten Variationen nach Alter der Mutter, Familienstand und Geschlecht des Haushaltsvorstandes zu berücksichtigen sind. Nach Corak/Fertig/Tamm (2005, 16) galten 2001 von den minderjährigen Kindern 10,2 Prozent (50 Prozent-Schwelle) als relativ arm. Dies sind jene oben erwähnten 1,4 Mio. Kinder. Damit stimmen Mikrozensus und SOEP relativ gut überein.

Zudem wird seit Jahren eine wachsende „Infantilisierung“ von Armut konstatiert, das heißt eine überproportionale Betroffenheit von Kindern durch relative Einkommensarmut im Vergleich zu anderen Altersgruppen (Butterwegge/Klundt/Rasch 2005; Palentien 2004; Meier/Preuße/Sunus 2003; Huster 2003; Holz 2003).

Eine wesentliche Ursache für das überdurchschnittliche Armutsrisiko von allein erziehenden Müttern und ihren Kindern liegt in ihrer überproportionalen Betroffenheit von Erwerbslosigkeit bzw. wird durch zu niedrige oder nicht realisierbare Unterhaltsansprüche verursacht. Hinzu kommt, dass flexible und ganztägige Betreuungsangebote für Kinder als eine wichtige Voraussetzung zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit von allein Erziehenden nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind. Darüber hinaus erschwert das vergleichsweise niedrige Einkommen in den so genannten frauentypischen Berufen eine eigenständige Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit.

Misslingt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei den genannten armutsgefährdeten Familienformen, ist die Abhängigkeit von Sozialhilfe

Überproportionale
Betroffenheit der
Kinder durch rela-
tive Einkommens-
armut

⁷⁹ Die Struktur der Armutsquoten und die Zusammensetzung der Armutsrisikopopulation hängt entscheidend von der Wahl der verwendeten Äquivalenzskala ab. Äquivalenzskalen ermöglichen es, das Einkommen von Haushalten durch die Zuordnung unterschiedlicher Gewichte für die einzelnen Mitglieder differenziert nach Haushaltsgröße zu analysieren. Dabei entspricht die alte OECD-Skala mit ihren Äquivalenzgewichten den deutschen institutionellen Gegebenheiten und den zugrunde liegenden politischen Wertentscheidungen besser als die neue OECD-Skala.

⁸⁰ Diese Annahme ist nicht unumstritten, weil sie Mechanismen der innerfamiliären Ungleichverteilung von Ressourcen unberücksichtigt lässt. Gleichwohl stellt sie ein handhabbares Instrument zur Ermittlung verfügbarer monetärer Ressourcen im Sinne eines angemessenen Lebensstandards für Kinder dar.

(bzw. ALG II oder Sozialgeld) bzw. ein längerfristiger Verbleib in Armutslagen oft vorprogrammiert.

Kinder als Leidtragende des Armutsriskos allein erziehender Mütter

Das hohe Risiko allein erziehender Mütter und (nichtdeutscher) Mehrkinderfamilien, längerfristig in Armut zu leben oder wiederholt in Armut zu fallen, ist aus familienwissenschaftlicher und sozialisationstheoretischer Perspektive als äußerst problematisch anzusehen: Zum einen mit Blick auf die aktuelle Lebenssituation, zum anderen mit Blick auf die Entwicklungschancen der Kinder. Während der vorübergehende Sozialhilfebezug und die Erfahrung, durch Eigeninitiative und passfähige Unterstützungsangebote wieder zur Normalität zurückgefunden zu haben, tendenziell persönlichkeitsstabilisierende Wirkungen befördern, läuft der Dauersozialhilfebezug auf Desillusionierung, auf soziale Isolation und die Erfahrung von Stigmatisierung hinaus. Personen mit geringem Familieneinkommen haben gegenüber den gut verdienenden Familienhaushalten deutlich höhere Depressivitätswerte. Für die Sozialisation der heranwachsenden Generation bleibt diese Situation nicht ohne Folgen und ist zudem vielfach gleich bedeutend mit einem weitgehenden Ausschluss von gesellschaftlicher Teilhabe und Chancengleichheit. So belegen internationale Studien, dass die kognitive Entwicklung von Kindern durch mütterliche Depression beeinträchtigt wird, wobei vor allem die Qualität der Interaktion zwischen Müttern und Kindern durch die Depression leidet (Han 2005).

Kinder brauchen für eine gelingende Kindheit ein zufriedenes und ausgeglichenes Herkunftsmilieu, materielle Sicherheit und die Vermittlung des Gefühls von Zuversicht und Zukunftsperspektive. Dieses Bedingungsgefüge kann in Elternhäusern, wo die Ausgrenzung aus dem Erwerbsleben, Geldmangel und persönlich erlittene Niederlagen bei der Jobsuche auftreten, fehlen. Die Beeinträchtigung von Wohlbefinden und Gesundheit geht mit einem Selbstwertverlust, häufig mit übermäßigem Alkoholgenuss einher und beeinträchtigt das Familienklima und die Beziehungen zu den Kindern (Andrä 2000, 276).

Ohne einen Kausalzusammenhang zu unterstellen, belegen unterschiedliche Untersuchungen aus der Familien- und Sozialisationsforschung die Tendenz einer Kumulation von Benachteiligungen entlang des weiteren Lebenslaufs dieser Kinder. Eine Unterversorgung in finanzieller Hinsicht geht – wie bereits oben allgemein diskutiert – oft mit Unterversorgungslagen im Bereich Wohnen und Gesundheit einher und zieht Defizite in der Bildung und im beruflichen Werdegang nach sich. Selbst wenn das Ende des Bezugs von Sozialhilfe in den genannten Risiko-haushaltstypen eintritt, ist daraus noch lange nicht der Schluss einer Rückkehr zur Normalität

zu ziehen. Meistens münden ihre Lebensverhältnisse in prekärem Wohlstand, mit anderen Worten: Die Beendigung des Bezugs von sozialstaatlichen Transfers in Gestalt der Sozialhilfe ist nicht gleich bedeutend mit einem ausreichenden Familieneinkommen oder gar einem generellen Entkommen aus der Armutslage.

V.2.1 Relative Armut hat viele Gesichter

Die dynamische Armutsforschung hat in jüngster Zeit die Notwendigkeit betont, soziale Armut differenziert zu betrachten und in der Konsequenz zielgruppenorientierte und passgenaue Konzepte zu erarbeiten. Die Vorstellung einer schicksalhaften Unausweichlichkeit im Sinne von „einmal arm, immer arm und dauerhaft auf Fremdhilfe angewiesen“ jedenfalls trifft als allumfassendes Charakteristikum zur Beschreibung von prekären Einkommens- und Lebenslagen in der Bundesrepublik Deutschland so nicht mehr zu. Vielmehr existieren neben der Gruppe der Armen, die dem althergebrachten Armutsbild entsprechen, Personengruppen, die zwar mit verfestigtem Sozialhilfebezug oder unter langfristig prekären Einkommensverhältnissen ihren Alltag gestalten müssen, die aber nach besten Kräften versuchen, diese Situation aktiv zu bewältigen. Schließlich sind Familienhaushalte zu nennen, denen es gelingt, nach vorübergehenden Risikolagen wieder in gesicherte Lebensverhältnisse überzugehen (Leibfried u. a. 1995).

Soziale Armut ist differenziert zu betrachten

Allerdings deuten jüngste Untersuchungen zur Mobilität zwischen prekärem und gesichertem Wohlstand darauf hin, dass der weitaus größte Teil der prekär „Wohlhabenden“ wie auch der Armen längerfristig in ungünstigen Lebenslagen verbleiben wird, was die Notwendigkeit der Vermittlung von Alltagsbewältigungsstrategien nochmals deutlicher unterstreicht (Hübinger 1999). Eine Studie zum Ernährungsverhalten von Haushalten mit vermindertem Einkommen hat in diesem Zusammenhang zu einem interessanten Befund geführt: Das Ernährungsverhalten von Familien, die schon lange Sozialhilfe beziehen (alte Armut), unterscheidet sich auffallend von den Ernährungspraktiken jener Familienhaushalte, die erst seit kurzer Zeit in Armut leben. Während die Erstgenannten sich weder ernährungsphysiologisch ausgewogen noch gesundheitsfördernd ernähren, zu fett, zu süß und zu einseitig essen, gehen die neuen Armen zwar auf Grund ihrer momentan finanziell schwierigen Situation Kompromisse ein, ändern ihren bis zum Eintritt in die Armutslage üblichen Essstil jedoch nicht grundlegend. Kompetenzen der Nahrungszubereitung und Versorgung der Familie mit Essen und Trinken waren ebenso wie Basiskenntnisse über eine gesunde Ernährung besser als bei den schon lange in Armut lebenden Familien

Notwendigkeit der Vermittlung von Alltagsbewältigungsstrategien

(Lehmkuhler 2002). Allerdings gibt zu denken, dass auch ausgebildete Oekotrophologinnen und Oekotrophologen nicht im Stande waren, die Familienhaushalte mit dem verfügbaren Sozialhilfebudget länger als bis zum 24. Tag eines laufenden Monats nach den Grundsätzen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung zu beköstigen.

Jüngste Untersuchungen zur ökonomischen Lage von Migrantinnen und Migranten geben darüber Auskunft, dass die Vorstellung von den Migrantinnen und Migranten als Opfern des bundesdeutschen ökonomischen Systems, als den Leidtragenden mit durchgängig schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen, denen es zudem an den notwendigen Kompetenzen zur Integration in das Leben in Deutschland mangle, korrigiert werden muss: Ein forschungsparadigmatischer Perspektivenwechsel, der die Migrantinnen und Migranten auch als Akteure bzw. Akteurinnen thematisiert, hat inzwischen zur Aufdeckung vielfältiger Kompetenzen und kreativer Potenziale nicht deutscher Familienhaushalte bei ihrer Alltagsbewältigung oft unter Einschluss intakter familialer Netze beigetragen (und zwar bei deutlich niedrigerem Einkommen und einer durchschnittlich höheren Anzahl von Familienmitgliedern als bei den deutschen Vergleichsgruppen), ohne deswegen diverse Problemlagen zu übersehen (Biesecker 1996; 6. Familienbericht, BMFSFJ 2000b). Dennoch ruft das häufige Aufwachsen von Kindern aus Zuwanderfamilien in ethnischen Gettos, die infrastrukturell benachteiligt sind, typische Problemkonstellationen hervor (Boos-Nünning 2000).

Die Vielgestaltigkeit von Armut zeigt sich in einer qualitativen Armutsstudie (Meier/Preusse/Sunnus 2003), in der über eine vergleichende Analyse von zwölf Lebenslagenindikatoren⁸¹ eine haushaltsbezogene Armutstypologie generiert wird, der alle untersuchten Haushalte eindeutig zugeordnet werden konnten. Das steht nicht im Widerspruch zu der Tatsache, dass sich bestimmte Charakteristika eines Typs durchaus auch bei einem anderen finden lassen und umgekehrt: Deshalb ist es kaum hilfreich, von „den“ armen Haushalten zu sprechen.

Die verwalteten Armen (Typ1)

Dieser Armutstyp ist durch das soziale Phänomen einer generationsübergreifenden Armut charakterisiert. Seine Repräsentantinnen und Re-

präsentanten verfügen über vielfältige und langjährige Erfahrungen und Routinen im Umgang mit Armut, aber auch mit den Behörden und Institutionen, die – verwaltungstechnisch gesehen – für diverse Probleme von verstetigter Armut zuständig sind. Umgekehrt sind diese Haushalte in den entsprechenden Einrichtungen seit langem bekannt.

Ohne institutionelle Netzwerke gelingt die Alltagsbewältigung kaum noch. Typisch sind regelmäßige Kontakte zum ASD oder zu Vertreterinnen bzw. Vertretern der sozialpädagogischen bzw. haushaltsbezogenen Familienhilfe, um die Eltern-Kind-Beziehungen zu stabilisieren oder die Grundversorgung des Haushalts zu gewährleisten.

Charakteristisch sind vergleichsweise niedrige Alltagskompetenzen und eine eher geringe Erwerbsorientierung. Man trifft auf das Phänomen „entglittener“ Zeitstrukturen; es bereitet oftmals schon Mühe, zwei bis drei Termine pro Woche zu koordinieren.

Als Eltern sind die Erwachsenen weder mental noch alltagspraktisch in der Lage, ihren Kindern Daseinskompetenzen wie Bindungs- und Konfliktfähigkeit, Durchhaltevermögen, emotionale Stabilität oder häusliche Grundkompetenzen zu vermitteln. Selbst bei gutem Willen besteht eine ausgeprägte Hilflosigkeit, den Kindern zu einem Schulerfolg zu verhelfen, was angesichts der problematischen elterlichen „Schul- und Ausbildungskarrieren“ kaum überraschen kann.

Erste Priorität in der Arbeit mit diesen Familienhaushalten hat die Gewährleistung von Wohl und Gesundheit der Kinder. Es geht dabei in einigen Fällen schlicht und einfach um lebensrettende Maßnahmen. Vernachlässigung, mitunter auch körperliche und sexuelle Gewalt führen dazu, dass Kinder vorübergehend oder auf Dauer aus der Familie heraus genommen und in Pflegefamilien oder in Heimen untergebracht werden. Tendenzen einer „Übersorgung“ durch fehlende Vernetzung wurden in den analysierten armuts- und krisenintervenierenden Handlungsfeldern nicht festgestellt. Demgegenüber besteht ein großer, bisher keineswegs gedeckter Handlungsbedarf im Bereich der systematischen Armutsprävention, um diese Kinder vor dauerhaften und massiven Benachteiligungen in den Bereichen Wohnen, Bildung und Gesundheit zu schützen. Hier sind armutspräventive Maßnahmen einer sensiblen Kinder- und Jugendarbeit von der gezielten Frühförderung über eine verlässliche Begleitung und Unterstützung dieser Kinder in der Schulzeit bis hin zu einem gelingenden Ausbildungsabschluss von Nöten.

„Verwaltete Arme“ –
generationsübergreifende Armut

Forschungsparadigmatischer Perspektivenwechsel:
MigrantInnen als „Biografie-Bastler“

⁸¹ Es handelt sich um die Indikatoren: Äquivalenzeinkommen, Anteil Erwerbseinkommen, Mietbelastung, Wohnungsgröße, zeitliche Situation, Bildung, Gesundheit, psychosoziale Situation, institutionelles Netzwerk, familiales Netzwerk, sonstiges Netzwerk (Freunde, Bekannte, Nachbarn) sowie Alltagskompetenzen.

Die erschöpften Einzelkämpferinnen und Einzelkämpfer (Typ 2)

Dieser Typ umfasst sowohl allein erziehende Eltern als auch Paare mit Kindern. Er zeichnet sich durch eine überproportionale Arbeitsbelastung im Familien- und Berufsalltag aus, ohne jedoch in Berufen wie Bürokauffrau oder Verwaltungsangestellter im einfachen öffentlichen Dienst ein Einkommen oberhalb des sozio-kulturellen Existenzminimums zu erreichen. Neben einer hohen Arbeitsbeanspruchung führen Krankheiten und deren Folgen, oft verbunden mit der Erfahrung, auch von offizieller Seite „damit allein gelassen“ zu werden, zu chronischen Erschöpfungszuständen.

Es handelt sich um Haushalte, die den Alltag für sich und ihre Kinder mit den vergleichsweise niedrigsten Äquivalenzeinkommen bewältigen müssen. Armutslagen treten in der Regel als Folge eines „kritischen“ Lebensereignisses wie Trennung bzw. Scheidung auf, aber auch als Folge der Geburt eines (weiteren) Kindes. Der Umgang mit Armut ist selten als generationsübergreifende Erfahrung vorhanden, ebenso wenig der Umgang mit den zuständigen Ämtern und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe.

„Erschöpfte Einzelkämpfer/innen“ – überproportionale Belastung im Familien- und Berufsalltag

Auffällig ist das Defizit an institutionellen Hilfen, die auf die Bedarfslagen der „erschöpften Einzelkämpferinnen und Einzelkämpfer“ und ihrer Kinder abgestimmt sind: Entweder erhalten sie gar keine Unterstützung, weil sie keine auffälligen Probleme im Sinne des KJHG zeigen, oder den verantwortungsvollen Müttern und Vätern werden völlig unangemessene Angebote („Fremdunterbringung der Kinder“) unterbreitet, wie sie für die „verwalteten Armen“ möglicherweise angezeigt wären. Außerdem finden sich gehäuft Formen unterlassener Information, Aufklärung oder Hilfe, etwa wenn ein Umzug in eine nach den Kölner Empfehlungen viel zu kleine Wohnung erfolgt, um Miete zu sparen, obwohl ein Anrecht auf Wohngeld besteht.

Familiale Netzwerke erweisen sich häufig weniger als Ressource denn als zusätzliche Verpflichtung, etwa, wenn die allein Erziehenden zusätzlich ihre Mütter mit versorgen, die an beginnender Demenz oder an psychischen Problemen leiden.

Wenn die Repräsentantinnen und Repräsentanten dieses Typs infolge eigener Erwerbstätigkeit ergänzende Sozialhilfe oder andere Sozialleistungen wie Befreiung von Rundfunkgebühren oder Wohngeld beantragen, ist ein deutlich höherer Verwaltungsaufwand erforderlich als in Haushalten, die überwiegend von Sozialhilfe leben. Jede noch so geringfügige Einkommensänderung muss bei allen Geld gebenden Stellen angezeigt werden. Dadurch verstärkt sich der Zeitdruck und die Motivation, erwerbstätig zu bleiben,

wird nicht unterstützt, sondern im Gegenteil konkurrenzlos.

Die Vertreterinnen und Vertreter dieses Typs tragen das Risiko, durch die fatale Verknüpfung von materieller Benachteiligung dieser Lebensform, die durch Kinderbetreuung entstehenden Lücken in ihrer Erwerbsbiographie, zumal in schlecht bezahlten Frauenberufen, der Armutslage zeitlebens nicht mehr zu entkommen.

Hier erweist sich die gerechtere Ausgestaltung des Familienleistungsausgleichs im Sinne der angemessenen Berücksichtigung von Kosten und Leistungen der Kindererziehung als besonders dringend geboten. Auch die gegenwärtig diskutierten Modelle zu einer der Sozialhilfe vorgelagerten Existenzsicherung von Kindern und Jugendlichen (Stichwort: Grundsicherung für Kinder) würden den Alltag der „erschöpften Einzelkämpferinnen und Einzelkämpfer“ und ihrer Kinder sichtlich erleichtern und sie von Sozialhilfe unabhängig machen.

Zielgruppenspezifische Hilfen für diesen Typ müssen dezidiert auf die Vermeidung von Erschöpfungszuständen der Bezugsperson gerichtet sein, indem die vorhandenen Eigeninitiativen mit ambulanten, passgerechten Hilfen zur Alltagsbewältigung verknüpft werden. Darüber hinaus benötigen Mütter und Väter diesen Typs gezielte Hilfeleistungen unter Einschluss verlässlicher und qualitativ hochwertiger Angebote zur Kinderbetreuung für alle Altersgruppen, um eine Erwerbstätigkeit aufnehmen oder ihre Ausbildung beenden zu können.

Die ambivalenten Jongleurinnen und Jongleure (Typ 3)

Bei den Repräsentantinnen und Repräsentanten dieses Typs handelt es sich um Menschen, die zwar familienbiographisch zumindest durch sequentielle Erfahrungen mit Armut geprägt sind, die aber objektiv betrachtet, durchaus Handlungsoptionen besaßen, ihre Lebenssituation entweder zu verbessern oder zu ihrem Nachteil zu verändern.

Psychologisch begründbare ambivalente Persönlichkeitsstrukturen münden in Verhaltensweisen, die üblicherweise als unvernünftig bezeichnet werden. Mitmenschen, darunter auch professionelle Helferinnen und Helfer, reagieren mit Kommentaren wie „Wie kann man nur.“

Es werden hohe Kredite aufgenommen, ohne in hinreichendem Maße die damit verbundenen finanziellen Verpflichtungen zu bedenken. Es dominieren Verhaltensmuster, diese Konsequenzen zu verdrängen oder man setzt auf das Prinzip „Hoffnung“, dass sich schon alles zum Guten wenden werde. Auffällig ist des Weiteren, dass trotz einer bestehenden Überschuldung des

„Ambivalente Jongleurinnen u. Jongleure“ – sequentielle Erfahrungen mit Armut

Haushalts keine Hilfe bei der Schuldnerberatung gesucht wird, obwohl die Überschuldungssituation teilweise bereits hoffnungslos unübersichtlich und psychisch durchaus als belastend empfunden wird.

Es werden vergleichsweise teure Wohnungen angemietet, die allerdings voraussetzen, dass der befristete Arbeitsplatz in einen unbefristeten verlängert wird oder dass sich eine andere Erwerbsmöglichkeit eröffnet, was jedoch mit einem erheblichen Risiko behaftet ist. Ausbildungen werden kurz vor dem Berufsabschluss abgebrochen, ohne sich zu vergegenwärtigen, dass sich damit die Bedingungen auf einen Einstieg in das Erwerbsleben massiv verschlechtern. Festzuhalten bleibt allerdings, dass die Verhaltensweisen, die für ambivalente Jongleurinnen und Jongleure typisch sind, auch bei Menschen jenseits von armen und prekären Lebenslagen anzutreffen ist. Die Konsequenzen sind allerdings bei insgesamt besseren bildungsmäßigen und materiellen Ressourcen weniger dramatisch.

Beratungsprozesse mit Vertreterinnen und Vertretern diesen Typs müssen darauf ausgerichtet sein, gemeinsam mit den Betroffenen solche Beratungsziele zu entwickeln, die von ihnen mitgetragen und mitverantwortet werden. Hilfeplanung schließt dabei die Berücksichtigung von psychologischen Ressourcen und Grenzen der Ratsuchenden gleichermaßen ein.

Haushaltsbezogene Bildung zum Umgang mit Geld und Behörden kann zumindest auf der kognitiven Ebene die Konsequenzen „unvernünftigen“ Verhaltens vor Augen führen. Das hohe Ausmaß von Überschuldungen, wie es bei diesem Typ vergleichsweise häufig anzutreffen ist, wäre ohne entsprechende Kreditvergabepraktiken seitens einschlägiger Finanzdienstleistungsunternehmen nicht möglich. Im Sinne einer vorausschauenden Schadensbegrenzung muss hier dringend über rechtzeitig einsetzende Barrieren nachgedacht werden.

Die vernetzten Aktiven (Typ 4)

„Vernetzte Aktive“ nutzen Netzwerke und gehen mit institutioneller Hilfe selbstbewusst um

Das hervorstechende Charakteristikum der vernetzten Aktiven besteht in ihrem Eingebundensein in ein unterstützendes familiales Netzwerk und/oder in ihrer Fähigkeit, institutionelle Hilfen selbstbewusst und aktiv in ihren Alltag zu integrieren.

Darunter befinden sich allein erziehende Mütter, die studieren oder ein Studium absolviert haben. Obwohl sie, insbesondere durch das Verhalten der Kindesväter, schwere persönliche Enttäuschungen verkraften mussten, zeigen sie als Sozialhilfe beziehende Mütter ein gewisses Selbstbewusstsein und sind in der Lage, ihre Situation nicht als individuelles Versagen zu deuten, son-

dern versuchen, den Alltag mit ihren Kindern bestmöglich zu gestalten. Sie nehmen die Sozialhilfe als ein ihnen zustehendes Grundrecht in Anspruch und loten die Möglichkeiten, die das Bundessozialhilfegesetz zur Verbesserung ihrer Lebenssituation bietet, kenntnisreich aus.

Über die gängigen Hilfen der Sozial- und Jugendhilfe hinaus mobilisieren sie, wenn es erforderlich wird, auch andere kommunale Akteurinnen und Akteure, darunter Frauenbeauftragte oder Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, wenn sie auf den einschlägigen Verwaltungswegen scheitern.

Unterstützung durch die familialen Netzwerke erfolgen in Form von direkten monetären Transfers (zum Beispiel monatliche Geldzahlungen durch die Eltern) oder durch indirekte Unterstützungsleistungen (zum Beispiel durch die Mitbenutzung eines Pkw, ohne für mehr als die Benzinkosten aufkommen zu müssen). Darüber hinaus übernehmen die Großeltern teilweise verlässlich und regelmäßig die Betreuung der Kinder oder helfen tatkräftig bei der Wohnungsrenovierung.

Diese familialen Netze sind im Grunde kaum zu ersetzen. Der Alltag der Repräsentantinnen und Repräsentanten dieses Typs ist zwar ebenso wie der verwalteten Armen, der erschöpften Einzelkämpferinnen und Einzelkämpfer sowie der ambivalenten Jongleurinnen und Jongleure durch eine Vielzahl von Problemen gekennzeichnet, die sie aber aufgrund der ermutigenden und verlässlichen Unterstützung durch familiale Bezugspersonen sowie über die Mobilisierung von institutionellen Hilfen vergleichsweise gut bewältigen. Hinzu kommt, dass es sich um stabile Persönlichkeiten mit Selbstbewusstsein und einem hohen Energiepotential handelt, die vielfältige Daseins- und Alltagskompetenzen besitzen und überdies häufig das Glück hatten, selbst in einem unterstützenden und gedeihlichen Umfeld aufgewachsen zu sein.

Gleichwohl bleibt festzustellen, dass die monetären Spielräume in diesen Familienhaushalten überwiegend so eng bemessen sind, dass der Ausfall einer einzigen familialen Netzwerkperson – etwa durch Krankheit oder Tod – das bestehende Arrangement der Alltagsbewältigung in prekärer Lebenslage sofort bedrohlich gefährdet.

Vertreter und Vertreterinnen dieses Typs bleiben nicht nur aus diesem Grund auf eine gerechtere Ausgestaltung des Familienleistungsausgleichs im Sinne der angemessenen Berücksichtigung von Kosten und Leistungen der Kindererziehung angewiesen.

Außerdem würden auch hier die gegenwärtig diskutierten Modelle zu einer der Sozialhilfe vorgelagerten Existenzsicherung von Kindern und

Jugendlichen (Stichwort: Grundsicherung für Kinder) greifen und den Alltag der „vernetzten Aktiven“ und ihrer Kinder spürbar erleichtern und sie von Sozialhilfe unabhängig machen.

Notwendigkeit von zielgruppenspezifischen Hilfen

Zielgruppenspezifische Hilfen für diesen Typ können sich dezidiert auf die facettenreichen Kompetenzen der vernetzten Aktiven beziehen, indem die vorhandenen Eigeninitiativen der Bezugspersonen mit ambulanten, passgerechten Hilfen zur Alltagsbewältigung abgestimmt und verknüpft werden. Darüber hinaus benötigen gerade auch Mütter und Väter diesen Typs gezielte Unterstützungsarrangements, vor allem verlässliche und qualitativ hochwertige Angebote zur Kinderbetreuung für alle Altersgruppen, um einer Erwerbstätigkeit nachgehen zu können oder um ihre Ausbildung fortzusetzen und erfolgreich zu beenden.

V.2.2 Perspektiven der Prävention

Folgende Ergebnisse aus der aktuellen Armutsforschung bedürfen der eingehenden Reflexion durch Politik, der Fachvertreterinnen und Fachvertretern der Sozialen Arbeit, darunter Bildungs- und Beratungskräfte, aber auch durch die kommunalen Verwaltungen:

- Eine zufriedenstellende finanzielle Situation konnte lediglich in den Familienhaushalten konstatiert werden, wo zumindest ein Haushaltsmitglied erwerbstätig ist oder Transferleistungen bezieht, die aus früherer Erwerbsarbeit resultieren (Erwerbsunfähigkeits-/Unfallrente). Allerdings sind Beschäftigungsverhältnisse oftmals zeitlich befristet oder sie werden um den Preis einer unverhältnismäßig hohen zeitlichen Beanspruchung durch Erwerbs- und Fürsorgearbeit für mehrere Kinder eingegangen. Dadurch ist der Gesundheitszustand der Bezugsperson schon derzeit beeinträchtigt und mittelfristig ernsthaft gefährdet.
- Haushalte, die ihren Alltag mit sehr niedrigen Einkommen gestalten müssen, sind oder waren durchgängig kinderreich. Es sind Haushalte, die größtenteils über hohe Alltagskompetenzen verfügen und ihre Eigenverantwortung darauf konzentrieren, mit dem wenigen zurechtzukommen. Aus Schamgefühl oder wegen des hohen bürokratischen Aufwands werden die bestehenden Ansprüche auf ergänzende Sozialhilfe und andere Sozialleistungen nicht ausgeschöpft. Teilweise erlegen sie sich Formen von Selbstbeschränkung auf, die ihren Alltag und die Entwicklungschancen ihrer Kinder unverhältnismäßig belasten, etwa, wenn kostengünstige Wohnungen angemietet werden, die unterhalb der gesetzlichen Mindeststandards der Wohnraumversorgung bleiben.

Ergebnisse aus der Armutsforschung: differenzierte Präventionsansätze notwendig

- Die meisten der (weiblichen) Bezugspersonen erwerben trotz ihrer umfangreichen Fürsorgearbeit für mehrere Kinder, die größtenteils mit diskontinuierlichen Erwerbsbiographien in oft schlecht bezahlten Frauenberufen einher gehen, keine ausreichenden Versorgungsansprüche für das Alter, so dass Altersarmut vorhersehbar ist. Daran ändern die hohen Alltagskompetenzen dieser Mütter nichts. Auch aus vorangegangenen ehelichen Verbindungen erlangen sie keine ausreichenden Versorgungsansprüche. Im Gegenteil, ihr ohnehin beschwerlicher Alltag wird vielfach durch Schulden, die aus vorangegangenen Ehen stammen und für die sie aufkommen müssen, zusätzlich belastet.
- Familienhaushalte, die ihre Kinder bei knappen finanziellen Ressourcen selbst gut versorgen und zusätzlich einer Erwerbstätigkeit nachgehen, stehen unter einer enormen zeitlichen Belastung. Das trifft zumal für diejenigen zu, die keine familialen Netzwerke haben und wegen der „Unauffälligkeit“ ihrer Kinder auch ohne nennenswerte institutionelle Hilfen bleiben. Pointiert gesagt: Eigeninitiative von armen Haushalten führt tendenziell zu einem Rückzug professioneller Hilfesysteme, anstatt die Ressourcen der Bezugsperson in dringend erforderliche passgerechte und alltagsunterstützende Dienste einzubinden.
- Zeitlich objektiv entspannte Verhältnisse finden sich lediglich in den wenigen Familienhaushalten, die über geringe Alltagskompetenzen verfügen, nicht oder nur geringfügig erwerbstätig sind und in denen es aufgrund von Vernachlässigung oder Gewalt teilweise zur Fremdplatzierung der Kinder durch professionelle Hilfesysteme gekommen ist. Es handelt sich um Haushalte, die ihre Verantwortung an institutionelle Netzwerke abgegeben haben. Der dadurch gewonnene zeitliche Freiraum kann aber aufgrund mangelnder Alltagskompetenz und Bildung kaum sinnvoll genutzt werden. Es dominiert das Phänomen „entglittener Zeitstrukturen“. Institutionelle Hilfen im Sinne der Armutsintervention erweisen sich im Interesse der Kinder als unverzichtbar.
- Familienhaushalte, deren Angehörige zumindest über einen beruflichen Abschluss verfügen, zeichnen sich tendenziell auch durch mittlere und hohe Alltagskompetenzen aus. Allerdings findet sich bei Studentinnen und Akademikerinnen eine deutlich ausgeprägtere Fähigkeit, ihre gesetzlichen Ansprüche („Paragraphen-Dschungel“) zu nutzen und institutionelle Netzwerke zu mobilisieren, als das bei Frauen mit Lehrberufsabschluss oder älteren Frauen mit hoher Alltagskompetenz, aber

ohne Berufsabschluss der Fall ist. Letztere tendieren eher zu Formen der Selbstbeschränkung und Bescheidenheit, die ihren Alltag mit Kindern oftmals unnötig einschränken. Hier sind Aufklärung, Information und unbürokratisch-professionelle Hilfen erforderlich, um Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Bezugsperson zu erhalten.

- Eine abgeschlossene Berufsausbildung verhindert Armutslagen von kinderreichen Familien keineswegs. Die Einkommenssituation von Familienhaushalten wird bei der gegenwärtigen Ausgestaltung des Familienleistungsausgleichs wesentlich bestimmt vom Umfang der Erwerbstätigkeit, den die erwachsenen Haushaltsmitglieder zu leisten imstande sind. Das setzt zum einen voraus, dass ein entsprechender Arbeitsplatz vorhanden ist, der sich mit der Sorgearbeit für die Kinder in Einklang bringen lässt (Stichwort: Entfernung zur Wohnung). Zum anderen braucht es adäquate Kinderbetreuungsmöglichkeiten, die jedoch oftmals nicht existieren. Insbesondere allein Erziehende müssen dieses Dilemma „lösen“, entweder durch eine enorme zeitliche Überbeanspruchung bei teils problematischen Arrangements der Kinderbetreuung, oder indem sie auf Einkommen verzichten und dadurch in prekäre Lebenslagen abgleiten.
- Die Wohnungssituation von Familienhaushalten in armen bzw. prekären Lebenslagen ist alles andere als befriedigend. Bezogen auf die Anzahl der Familienmitglieder sind sie in der Regel zu klein, befinden sich in einem schlechten baulichen Zustand und weisen kaum Abstellmöglichkeiten auf. Hellhörige Wände rauben den ohnehin erschöpften Müttern den dringend benötigten Nachtschlaf oder sie müssen ihre Kinder wegen der Nachbarn ständig zur Ruhe ermahnen. Die Wohnumgebung ist oftmals durch Straßenverkehr und dringend renovierungsbedürftige Außenfassaden gekennzeichnet. In den wenigen Fällen, wo eine angemessene Wohnraumversorgung vorliegt, resultiert diese lediglich aus dem Umstand, dass Kinder bereits ausgezogen sind. Oder aber momentan befriedigende Wohnarrangements können auf Dauer nicht beibehalten werden, weil die Haushalte damit finanziell überfordert sind.
- Bezugspersonen aus Familienhaushalten, die in armen bzw. prekären Wohlstandspositionen leben, weisen überwiegend gesundheitliche Beeinträchtigungen mittleren und schweren Grades auf oder sie laufen wegen chronischer oder latenter Erschöpfung Gefahr, ernsthaft zu erkranken. Je älter sie sind, desto vielfältiger ist das Krankheitsbild. Eine aktive Auseinandersetzung mit den Ursachen und Folgen

von körperlichen und seelischen Krankheiten findet lediglich in den Haushalten statt, die über eine entsprechende Bildung verfügen. Andere erdulden eher ihr Schicksal und sind zudem vergleichsweise hilflos, wenn es darum geht, Krankheiten, Fehlentwicklungen oder Lernbeeinträchtigungen ihrer Kinder zu erkennen und behandeln zu lassen. Alarmierend ist der Erschöpfungszustand von allein erziehenden Müttern und Vätern. Ihnen fehlen die finanziellen Ressourcen, um sich Erholung und gelegentliche Abwechslung vom Alltag zu gönnen und zu organisieren. Die seit dem 1. Januar 2005 erforderliche private Zuzahlung von 10 Euro pro Tag für eine Mutter-Kind-Kur ist in diesem Zusammenhang eine kontraproduktive Entscheidung und sollte dringend rückgängig gemacht werden.

- Vorliegende Armutsstudien belegen den hohen Stellenwert von familialen Netzwerken sehr eindrücklich: Intakte familiäre Netzwerke von Haushalten in armen und prekären Lebenslagen sind weder durch institutionelle noch durch Netzwerke von Freunden, Bekannten und Nachbarn zu ersetzen. Insbesondere allein Erziehende können ihren Alltag vergleichsweise gut organisieren, wenn sie von einem familialen Netz getragen werden, sei es, um eine Ausbildung zu beenden, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen oder wenn es darum geht, bezahlbaren Wohnraum im elterlichen Haus anzumieten. Weitere Hilfen gibt es in Form von regelmäßigen Geldzahlungen oder der verlässlichen Zubereitung von Mahlzeiten. Allerdings hat die Forschung gut belegt, dass soziale Netzwerke meist sehr homogen sind. Netzwerke sozialökonomisch benachteiligter Familienhaushalte bestehen überwiegend aus gleichermaßen benachteiligten Personen, die aufgrund ihrer eigenen finanziellen und anderer Begrenzungen oftmals nicht in der Lage sind, Hilfen zu gewähren. Haushalte, die in Folge dessen nicht auf Unterstützungsleistungen der Herkunftsfamilie zurückgreifen können, haben es wesentlich schwerer, den Alltag mit ihren Kindern zu organisieren, zumal institutionelle Hilfen erst greifen, wenn die Betroffenen viel Zeit und Verwaltungsaufwand investieren.

V.3 Demografische Vielfalt und Entwicklungsperspektiven von Familien

In den meisten internationalen demografischen Vergleichen (Eurostat 2002; UNO 2003; OECD 2000) werden die einzelnen Nationen als Ganzes herangezogen, um Geburtenraten, Lebenserwartungen, Migrationsprozesse oder Familienzusammensetzungen zu analysieren. Diese Vorgehensweise wurde hier auch beim internationalen

Vergleich (Kap. II) verwendet, obwohl wir wissen, dass solche Vergleiche, ähnlich wie auch bundesweite Bevölkerungsprognosen (Statistisches Bundesamt 2003b) verdecken, dass sich hinter diesen Durchschnittswerten erhebliche Variationen innerhalb der einzelnen Nationen verbergen.

In Deutschland ist diese demografische Vielfalt nach der Wiedervereinigung häufig thematisiert worden, weil die Abwanderungsprozesse aus den neuen Bundesländern (Münz 1998) und die dramatisch eingebrochenen Geburtenraten schon früh erkennen ließen, dass die Bevölkerungsentwicklungen in Ost- und in Westdeutschland aller Wahrscheinlichkeit nach einen unterschiedlichen Verlauf nehmen werden, mit erheblichen Konsequenzen für die Lebenschancen von Kindern und Familien. So geht beispielsweise das Land Baden-Württemberg (Statistisches Landesamt 2003) von einem Bevölkerungswachstum aus, während Dorbritz (Expertise 2004) für Sachsen einen deutlichen Bevölkerungsrückgang prognostiziert. Dorbritz führt diese Entwicklung im Wesentlichen auf die geringe Geburtenrate in Sachsen zurück, ähnlich wie auch in den anderen neuen Bundesländern. In Kombination mit der Abwanderung vor allem junger Leute wird eine Rückkehr zu einer sehr viel höheren Zahl von Kindern wie in den frühen 80er Jahren unwahrscheinlich sein, selbst dann, wenn die Geburtenraten steigen (UNO 2003; Lesthaege 1998, 2000).

V.3.1 Das demografische Echo

Der Einbruch in Ostdeutschland von einer durchschnittlichen Geburtenrate in 1989 von etwa 1,5 bis 1,6 Kinder pro Frau auf unter ein Kind pro Frau in den Jahren nach der Wende kann im Wesentlichen darauf zurückgeführt werden, dass die unter 25-jährigen jungen Frauen in den neuen Bundesländern die neuen Möglichkeiten zu Bildung und Ausbildung nutzten und in dieser Altersphase wie in Westeuropa und den USA auf Kinder verzichteten. Dieses Muster zeigt sich im Übrigen auch in den mittel- und osteuropäischen Staaten (Expertise Bühler/Philipov 2004). Die Frauen zwischen 25 und 39 Jahren mussten zunächst mit der Unsicherheit der Wende fertig werden. Es ist wenig wahrscheinlich, dass die jüngeren Frauen unter 25 Jahren zu dem Verhalten früherer Frauengenerationen in der DDR zurückkehren und ihre Kinder sehr früh bekommen, da sie heute, auch aufgrund von Arbeitsmarktunsicherheiten, mehr Zeit und Energie in die Entwicklung ihrer Bildung investieren als die Generation ihrer Mütter und Großmütter.

Während von den heute 55- bis 59-jährigen Frauen etwa 14 Prozent die Hochschulreife haben (Abbildung A.V.1 im Anhang), beträgt die-

ser Anteil heute bei den unter 25-jährigen Frauen 40 Prozent. Man vergisst leicht, dass die Bildungspolitik der DDR nach 1968 vor allem die mittleren Qualifikationen förderte.

Bei den über 30-jährigen Frauen zeigt sich seit 1996 (Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern 2002) ein kontinuierlicher Anstieg der Geburtenrate, und es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich hier auf Dauer entsprechende Zahlen ergeben, wie wir sie aus Westdeutschland kennen. Einen ähnlichen Prozess gab es in den 50er Jahren, als das Saarland in die Bundesrepublik integriert wurde (Sinn 2003). Auch dort gab es einen Wechsel vom französischen zum deutschen Reproduktionsverhalten mit einer geringeren Zahl an Mehrkinderfamilien. Aus regionalen Vergleichen wird aber auch deutlich, dass die Annahme einer relativ stabilen Geburtenrate in Deutschland von insgesamt etwa 1,4 Kindern problematisch ist (Tabelle A.V.1 im Anhang). Der Vergleich der Ziffern von Ost und West zeigt, dass die Stabilität der Geburtenrate in den letzten Jahren darauf zurückzuführen ist, dass in den neuen Bundesländern ein durchschnittlicher Anstieg der Geburtenrate von etwa 20 Prozent zu beobachten ist, gegenüber einem Rückgang um etwa 5 Prozent in den alten Bundesländern. Dabei haben insbesondere Kreise in den alten Bundesländern mit bisher sehr hohen Geburtenraten deutliche Verluste hinnehmen müssen. Ostdeutsche Kreise, wie Eichsfeld, Güstrow, Aue-Schwarzenberg oder der Altmarkkreis Salzwedel weisen heute höhere Geburtenraten auf als Trier, Würzburg, Münster oder Heidelberg. Der Hinweis auf diese westdeutschen Städte zeigt (Expertise Bucher 2004), dass die Frage des Geburtenrückgangs nicht mehr eine klare Differenzierung zwischen Ost und West erlaubt; wir müssen vielmehr akzeptieren, dass solche Geburtenrückgänge in Westdeutschland in gleicher Weise stattgefunden haben und weiterhin stattfinden und dass die rückläufigen Geburtenraten möglicherweise auch auf eine gemeinsame Ursache zurückzuführen sind.

Trotz dieser möglichen Annäherung der Geburtenrate wird es zwischen den meisten ostdeutschen Kreisen und vielen westdeutschen Kreisen auf lange Sicht keine Angleichung im Altersaufbau der Bevölkerung und damit auch für lange Zeit eine Differenzierung familialer Lebensverhältnisse geben. Die zehn bis 15 Jahre Nachwendezeit haben ein demografisches Echo, das noch lange nachwirkt. Geringe Geburtenraten führen zu kleinen Geburtskohorten, in deren Folge die vorhandene Infrastruktur der Gemeinden zu groß ist und angepasst werden muss. Kommt zusätzlich noch Abwanderung hinzu, verschärfen sich diese Probleme und bleiben so lange bestehen, bis diese Anpassungen vollzogen sind. Das dauert in der Regel mehr als eine Generation. Ob-

Bevölkerungsentwicklung in Ost- und Westdeutschland unterschiedlicher Verlauf

Demografischer Rückgang in den neuen Bundesländern nach der Wende

Geburtenrückgang zwischen Ost- und Westdeutschland – keine klare Differenzierung mehr möglich

Familienpolitik in Ostdeutschland muss mit kleinen Kohorten kämpfen

wohl es in der Bundesrepublik immer eine hohe Mobilität gegeben hat (BIB 2004), unterscheidet sich das heutige Deutschland von der früheren Bundesrepublik dadurch, dass die alte Bundesrepublik hohe Zuwanderungsgewinne durch eine hoch motivierte und gut qualifizierte Bevölkerung erzielte, die aus den Ländern hinter dem „eisernen Vorhang“ in die Bundesrepublik kam; alle damaligen Bundesländer haben davon profitiert.

Das Muster hat sich bis heute kaum verändert, nur dass die Länder, aus denen die Menschen abwandern, jetzt Teil der Bundesrepublik sind. Seit Anfang der Neunziger Jahre haben sie weitere Verluste, insbesondere der jungen Bevölkerung, erlitten. So hat Sachsen-Anhalt seit 1991 (Roloff 2000) allein 300 von 1000 jungen Frauen im Alter von 18 bis 24 Jahren verloren und bei den 25- bis 29-Jährigen noch einmal rund 200 von 1000. Diese Wanderungsverluste können auch durch eine steigende Geburtenrate nicht ausgeglichen werden. Eine Politik für Familien wird daher in den neuen Bundesländern immer eine Politik sein, die mit „kleinen Kohorten“ (Kohler 2003) kämpfen muss. Die Kombination von Geburtenrückgang und Abwanderung gefährdet jede Infrastruktur für Familien und macht sie teilweise auch unbezahlbar. Die Familienpolitik wird hier vor allem mit dem demografischen Echo der 90er Jahre zu kämpfen haben. Die Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg, die das Wanderungsziel der meisten jungen Menschen aus den neuen Bundesländern sind – etwa zwei Drittel der jungen erwachsenen Männer und Frauen – können den Konsequenzen des Geburtenrückgangs gelassen entgegensehen, weil ihre eigenen demografischen Probleme weiterhin durch die Zuwanderung junger qualifizierter Menschen aus den neuen Bundesländern gelöst werden.

Erhalt der Infrastruktur als familienpolitische Aufgabe

In vielen Regionen der neuen Bundesländer wird Familienpolitik angehalten sein, die vorhandene Infrastruktur zu erhalten. Das Wichtigste aber wird sein, den jungen Erwachsenen lokale Zukunftsperspektiven zu eröffnen, weil deren Abwanderung sonst weitergehen wird, und keine noch so gute Infrastruktur kann diesen Prozess aufhalten.

Obwohl die alten Bundesländer in unterschiedlichem Ausmaß von der Zuwanderung aus den neuen Bundesländern profitieren, haben einzelne Bundesländer wie etwa das Saarland oder Schleswig-Holstein (Bauereiss/Bayer/Bien 1997) ganz ähnliche Probleme mit den „kleinen Kohorten“, wenn auch nicht so ausgeprägt. Trotz unterschiedlicher Entwicklungen werden aber auch die Bundesländer, die noch auf ein bescheidenes Wachstum hoffen, wie etwa Nordrhein-Westfalen (1,3 Prozent bis 2020), in den großen urbanen Zentren mit den Auswirkungen des demografi-

schen Wandels zu kämpfen haben, den sie nur partiell beeinflussen können.

Dabei sind die Entwicklungen in den großen urbanen Zentren Deutschlands für die Zukunft von besonderer Bedeutung. Folgt man den Daten des World Urbanisation Prospect (2003), leben heute fast 90 Prozent der deutschen Bevölkerung in urbanen Regionen. Dabei zählt die UNO nicht nur die Kernstädte dazu, sondern auch die Städte umgebenden suburbanen Regionen. Schon auf der Basis der Volkszählung von 1987 (Bertram/Bayer/Bauereiss 1993) wurde für Deutschland der Nachweis geführt, dass die Kinderzahlen in den Städten in der Regel viel geringer sind als in den ländlichen Regionen. Schon damals wurde allerdings darauf hingewiesen (Bertram 1993), dass das städtische Lebensmuster mit seinen im Schnitt kleineren Familien zunehmend auch in den ländlichen Regionen gelebt wird.

Urbane Zentren für die Zukunft von besonderer Bedeutung

Beim Vergleich der Entwicklung seit 1972 lässt sich nachweisen, dass sich die großen Flächenstaaten in Deutschland, bei denen Anfang der 70er Jahre in den ländlichen Regionen noch bis zu 25 Prozent Familien mit mehr als drei Kindern lebten, hinsichtlich der Zusammensetzung der Familien weit gehend den Stadtstaaten angeglichen haben.

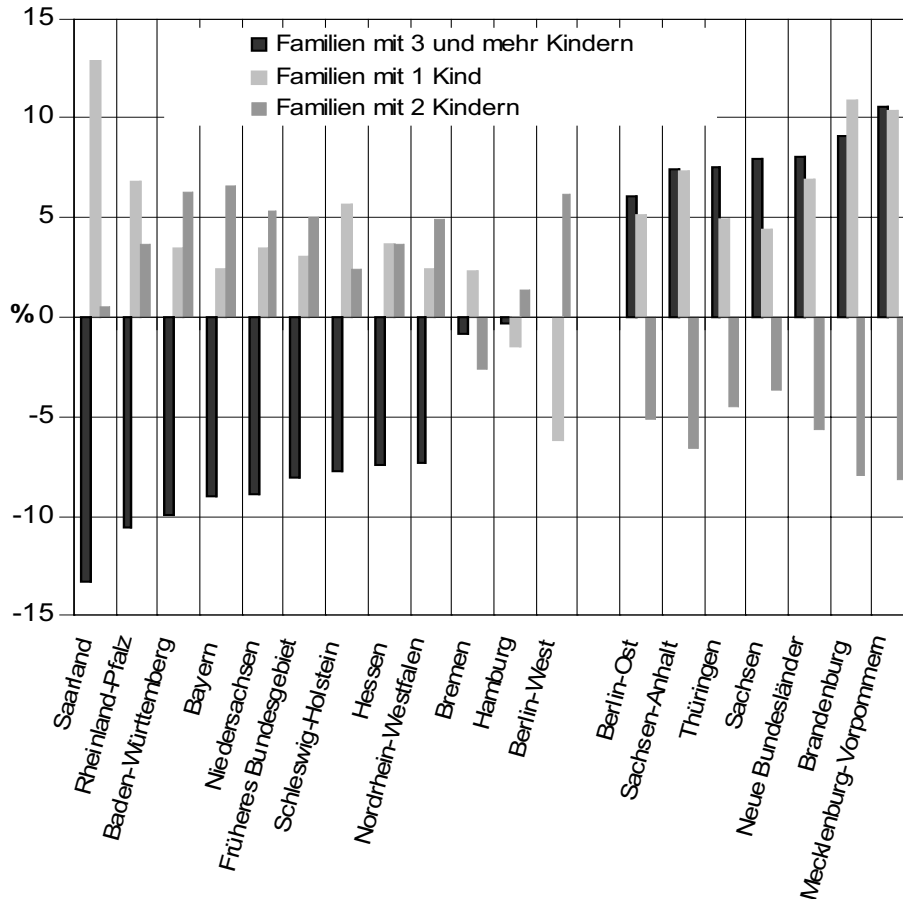
Der dramatische Rückgang insbesondere der Drei- und Mehr-Kinder-Familien in den ländlichen Regionen seit 1972, der als wesentliche Ursache für den Geburtenrückgang in Deutschland anzusehen ist, hat nun erhebliche Konsequenzen für die großen Stadtregionen. Die großen Städte, und auch das ist historisch keine neue Einsicht, haben in ihrem Wachstum und in ihrer Bestandserhaltung fast nie auf die eigene Bevölkerung zurückgreifen können, sondern waren immer auf Zuwanderung angewiesen. Das Wachstum der deutschen Städte war immer das Ergebnis von Wanderungsgewinnen (Teuteberg/Wischermann 1985). Aufgrund der deutlichen Rückgänge der Geburten auch in den ländlichen Regionen ist jedoch in Zukunft nicht mehr davon auszugehen, dass viele junge Menschen auf der Suche nach Ausbildung und Arbeitsplätzen in die großen Städte abwandern. Die Verkleinerung der Geburtskohorten, die wir seit Anfang bis Mitte der Achtziger Jahre beobachten, vermindert auch das Zuwanderungspotenzial junger Erwachsener in die urbanen Zentren.

Verringerung der Zuwanderung in urbane Zentren auf Grund Verkleinerung der Geburtskohorten

Auf Grund der Prognosen der UNO (2003) ist auch davon auszugehen, dass diese Prozesse der Verstädterung und der weiteren Verbreitung urbaner Lebensformen weiter zunehmen werden. Alle Großstädte Deutschlands haben über viele Jahrzehnte mehr oder minder tatenlos hingenommen, dass Familien mit Kindern in das Umland abwandern. Das war kein Problem, so lange die Städte davon ausgehen konnten, dass ihre

Abbildung V.1

Veränderung der Anteile von Familien mit ein, zwei bzw. drei und mehr Kindern in den alten Bundesländern (von 1972 bis 2002) und in den neuen Bundesländern (von 1991 bis 2002)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 3 „Haushalte und Familien“, verschiedene Jahrgänge (Ergebnisse des Mikrozensus)

attraktiven Arbeitsplätze und die gute Bildungsinfrastruktur ebenso wie das Lebensgefühl und die Offenheit der Metropolregionen die jungen Erwachsenen aus den ländlichen Regionen wie ein Magnet anziehen und die abwandernden Familien weiter in den Städten arbeiten.

Urbane Lebensformen – eher ohne Kinder

Dazu kommt, dass insbesondere in den Städten jene hoch und höchst qualifizierten Arbeitsplätze anzutreffen sind, die von jungen Frauen mit hoher Qualifikation nachgefragt werden. Urbane Lebensformen zusammen mit einem hohen Anteil an hoch und höchst qualifizierten Arbeitsplätzen scheinen zumindest in der Gegenwart nicht solche Optionen zu eröffnen, dass sich die jungen Erwachsenen für Kinder entscheiden. Ein Vergleich der Kinderlosigkeit in Deutschland nach dem Schul- und Berufsabschluss zeigt, dass in einer Großstadt wie Hamburg 43 Prozent der 40- bis 44-jährigen Hochschulabsolventinnen kinderlos sind gegenüber 27 Prozent bei der gleichen Bildungs- und Altersgruppe in Baden-

Württemberg oder nur 13 Prozent in den neuen Bundesländern: Städtische Lebensformen und hohe Qualifikationen sind in West-Deutschland eng mit Kinderlosigkeit verbunden.

Aus diesen Gründen sind Großstädte und urbane Regionen besonders gefordert, Strategien zu entwickeln, dass Urbanität und hohe Qualifikation nicht wie heute bedeuten muss, dass fast die Hälfte dieser Bevölkerungsgruppe ohne Kinder lebt. Die nachhaltige Entwicklung des eigenen Humankapitals ist eine wesentliche Basis der eigenen Zukunft, weil die ländlichen Regionen wie aber auch die neuen Bundesländer zunehmend weniger zur Bestandssicherung der Bevölkerung der westdeutschen Großstädte beitragen können.

Diese werden in Zukunft ihre Investitionsentscheidungen daraufhin sorgfältig zu prüfen haben, ob nicht eine betont familienfreundliche Politik hinsichtlich der Wohnungen für Familien, der Räume für Kinder außerhalb der Wohnungen

Die familienfreundliche Stadt ist gefordert

Investitionsentscheidungen sollen auch Familienfreundlichkeit berücksichtigen

Tabelle V.1

**Anteil (in Prozent) der 40- bis 44-jährigen Frauen ohne ledige Kinder im Haushalt
nach höchstem Bildungsabschluss 2003**

	Deutsch- land	Früheres Bundes- gebiet	Neue Länder und Berlin- Ost	Hamburg	Berlin	Nord- rhein- Westfalen	Baden- Württem- berg
Haupt- (Volks-) schulab- schluss	24	24	27	31	33	27	18
Mittlere Reife ¹	22	24	18	35	31	24	19
Hoch- schulreife ²	28	30	13	42	36	31	28
Fachhoch- schule/ Hoch- schule ³	29	33	13	43	36	35	29

¹ Realschulabschluss incl. Abschluss der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule der DDR

² Hochschulreife incl. Fachhochschulreife

³ Fachhochschule/Hochschule incl. Verwaltungsfachhochschule und Promotion

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2003, Sonderauszählung

und der Infrastruktur effizienter ist als eine Politik, die sich auf die Ansiedlung von Wirtschaftsunternehmen konzentriert.

Hierfür sprechen auch Entwicklungstendenzen in den USA, wo die Unternehmen zunehmend dazu übergehen, sich außerhalb der urbanen Zentren anzusiedeln, weil sie im suburbanen Umfeld gut qualifizierte und kompetente Arbeitskräfte finden. Dies sind jene jungen Frauen, die mit ihren Familien dorthin gezogen sind, weil sie glaubten, dass in diesen Regionen die Lebensqualität für Kinder besser sei. Das ist keinesfalls nur eine amerikanische Entwicklung, vielmehr hat Venturi (2002) diesen Prozess ebenso für Norditalien nachgewiesen, wo am Fuße der Alpen eine netzwerkförmige Stadtstruktur entstanden ist, in der benachbarte kleine Städte und Dörfer qualifizierten und einkommenstarken Familien aus den oberitalienischen Großstädten Grund und Boden und Infrastruktur für die Kinder angeboten haben. Das hat zunehmend dazu geführt, dass auch die entsprechenden Arbeitsplätze dorthin gewandert sind. Venturi schätzt diese vernetzte Stadt inzwischen auf rund 2,5 Mio. Einwohner. Die Entwicklung des Ruhrgebiets (Expertise Strohmeier/Schultz/Weischer 2004) lässt erkennen, dass dieser Prozess längst auch schon in vielen Teilen Deutschlands eingesetzt hat.

Folgt man Strohmeier, sind es die Wanderungsbewegungen von Familien, die zu einer „Polarisierung“ von Lebensformen, Arbeitsplätzen und

ethnischer Ausdifferenzierung beigetragen haben. Junge deutsche Mittelschichtsfamilien mit Kindern sind in das Umland abgewandert, das damit zur Familienzone des Ruhrgebiets geworden ist. Als Konsequenz dieser Wanderungsbewegungen schrumpft in den Großstädten der Anteil der Kinder an der Gesamtbevölkerung und die Älteren bleiben ebenso zurück wie die nicht so mobile ärmere Bevölkerung, die Zuwanderer und die allein Erziehenden. Sind in diesen Städten qualifizierte Dienstleistungsberufe verfügbar, so ergeben sich auch Wanderungsgewinne bei jungen Hochqualifizierten, in der Regel sind dies aber die allein stehenden Berufstätigen. Die Lebensform Familie erleidet dadurch in den großen Städten einen Status- und Bedeutungsverlust, weil erfolgreiche junge Erwachsene in hoch qualifizierten Berufen eher allein stehend sind und Familien hier eher in den ärmeren Bevölkerungsgruppen zu finden sind. Demgegenüber sind die positiven Geburtenentwicklungen in den Umlandkreisen des Ruhrgebiets, wie etwa Coesfeld, vor allem auf die Wanderungsgewinne junger mobiler und in der Regel auch beruflich erfolgreicher Familien aus dem Ruhrgebiet zurückzuführen (Expertise Strohmeier/Schultz/Weischer 2004). Solche Gemeinden weisen einen unterdurchschnittlichen Anteil an Zuwanderern aus anderen Ländern auf, die Kinderzahlen sind trotz des Geburtenrückgangs aufgrund des Zuzugs

**Beispiel Ruhrgebiet
– Wanderungsbewegungen der Familien führen zu einer
Polarisierung**

deutscher Familien stabil und die ökonomischen Aussichten dieser Gemeinden sehen viel günstiger aus als die Zukunftsperspektiven der Kernstädte im Ruhrgebiet.

Jedoch gibt es nach den Befunden der Autoren dieser Studie noch eine zweite Gruppe von Randgemeinden mit sehr vielen Kindern, und zwar die eher schwerindustriell geprägten kleineren Städte und Gemeinden mit einem großen Anteil von Kindern und Jugendlichen nicht-deutscher Herkunft. In diesen durch die Schwerindustrie geprägten Gemeinden leben viele Kinder, aber eben nicht die Kinder bürgerlicher Mittelschichten. Man kann daher mit aller Vorsicht sagen, dass sich die Lebensverhältnisse von Kindern und Familien im Ruhrgebiet zunehmend polarisiert haben. Die Kernstädte und die schwerindustriell geprägten Gemeinden weisen eine hohe Konzentration von Zuwandererfamilien und armen Familien auf, ergänzt um einen stark expandierenden Nicht-Familiensektor. Dagegen sind von diesen Gemeinden und Kernstädten jene Gemeinden deutlich zu unterscheiden, die im eher nicht-industriell geprägten ländlichen Umland den Zuzug von Mittel- und Oberschichtsfamilien erlebt haben.

Diese sozialräumliche Polarisierung wird für die Lebensbedingungen von Kindern, Familien und

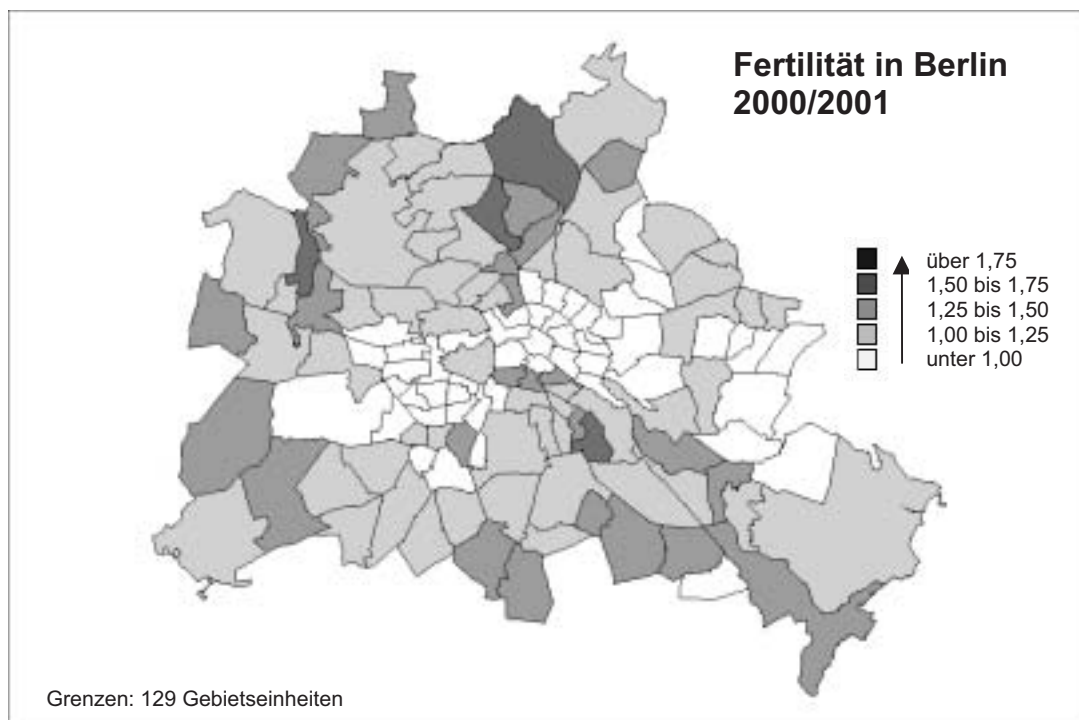
jungen Erwachsenen auf Dauer ganz unterschiedliche Konsequenzen haben. Städte und Gemeinden mit einer großen Zahl junger Familien aus den städtischen Mittelschichten werden es aufgrund der ökonomischen Möglichkeiten ihrer Bewohner, des guten Qualifikationsangebotes ihrer Bürger und einer ausreichenden Kinderzahl vermutlich leichter haben, die Infrastruktur für Kinder zu verbessern und für Investoren mit Arbeitsplätzen attraktiv zu sein.

Für die alten industriellen Kernstädte sind viel größere Probleme zu bewältigen: Auf der einen Seite nimmt der Anteil der Kinder mit nicht-deutschem Hintergrund zu, und diese Kinder wachsen in der Regel in traditionellen familialen Lebensverhältnissen auf. Auf der anderen Seite wohnt eine steigende Anzahl der Bevölkerung mit deutschem Hintergrund zunehmend für sich, lebt jedoch zunehmend in nicht-traditionalen Lebensformen. Das ist hier von ganz besonderer Bedeutung, weil aufgrund der unterschiedlichen Reproduktionsraten davon auszugehen ist, dass aufgrund des weitgehenden Verschwindens der Montanindustrie insbesondere in den Gebieten mit besonderem Erneuerungsbedarf der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit nicht-deutschem Hintergrund in nicht zu ferner Zukunft

Sozialräumliche Polarisierung schafft unterschiedliche Lebensbedingungen

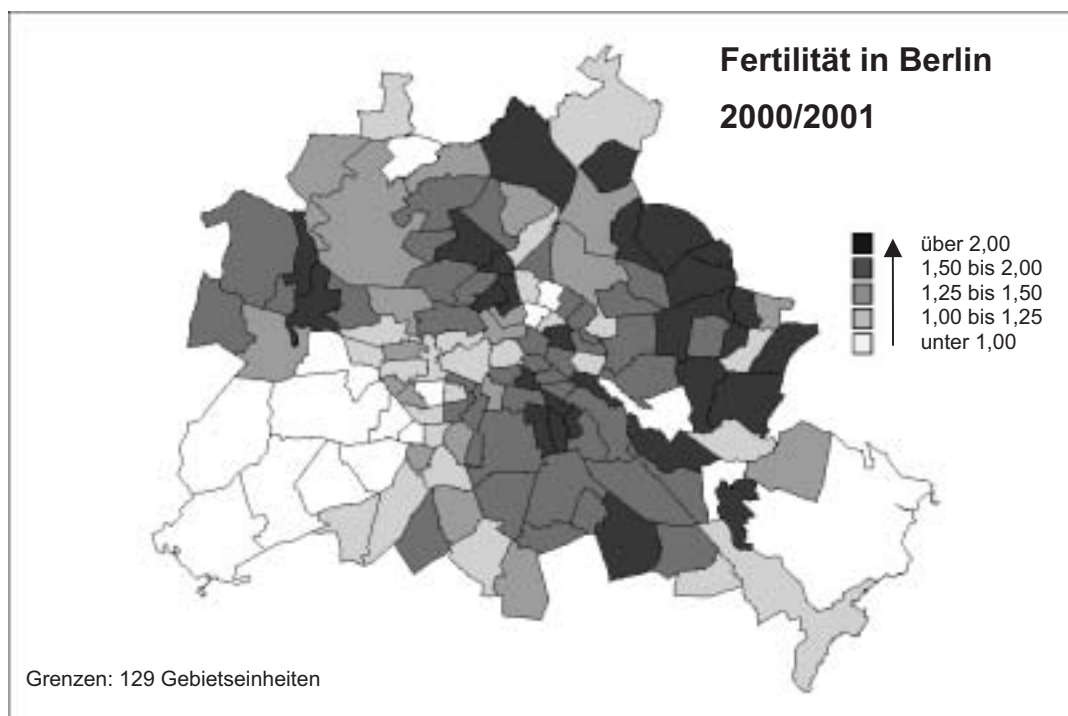
Abbildung V.2

Gesamtfruchtbarkeitsrate der deutschen Frauen in Berliner Bezirken 2000/2001



Quelle: Gustav Lebhart (2004), Fertilität und Migration in Berlin 1992-2002. Expertise zum Siebten Familienbericht der deutschen Bundesregierung, Wien (Anhang)

Abbildung V.3

Gesamfruchtbarkeitsrate der ausländischen Frauen in Berliner Bezirken 2000/2001

Quelle: Gustav Lebhart, Fertilität und Migration in Berlin 1992 bis 2002. Expertise zum Siebten Familienbericht der deutschen Bundesregierung, Wien (Anhang)

den Anteil der Kinder und Jugendlichen mit deutschem Hintergrund übersteigen wird.

Man könnte nun meinen, diese kommunalen Trends seien Probleme allein des Ruhrgebiets. Eine detaillierte Analyse der demografischen Entwicklung einzelner Stadtbezirke in Berlin (Expertise Lebhart 2004) zeigt aber ebenso wie der Sozialatlas des Landes Berlin (2004), dass auch für Berlin ähnliche Entwicklungen zu beobachten sind. Nach der Wende wanderten eine Reihe von Familien in das Umland ab und haben dort die ökonomische Entwicklung positiv beeinflusst. In Berlin sind ähnliche Polarisierungstendenzen nachzuweisen, wie sie Strohmeier, Schultz, und Weischer für das Ruhrgebiet berichten. Dabei weist Lebhart (Expertise 2004, 9) darauf hin, dass in Berlin nicht nur die Geburtenrate von Müttern mit nicht-deutschem Hintergrund über der der Mütter mit deutschem Hintergrund von 1,1 liegt – was einen historischen Tiefstand zeigt – sondern dass heute (2002) circa 43 Prozent der Kinder in nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften geboren werden. Davon haben allerdings nur knapp 5 Prozent der Mütter eine ausländische Staatsangehörigkeit. In einer solchen Konstellation besteht zumindest die Gefahr, dass Kinderreichtum und das Leben in einer traditionellen Familie gesellschaftlich eher abge-

wertet werden, weil zunehmend jene Familien, die sozial als Vorbild dienen können, die Stadt verlassen haben und im Umland leben, während sich die traditionelle Form der Familie als typische Lebensform ausländischer Familien mit hoher Konzentration in bestimmten Stadtteilen darstellt.

Wir können im Rahmen des Familienberichts nicht alle deutschen Großstädte im Einzelnen in ihrer Familienentwicklung analysieren. Allerdings sind wir der Meinung, dass die Entwicklungstendenzen wie im Ruhrgebiet oder in Berlin auch in anderen Großstädten untersucht werden sollten. Die Metropolen und großen Städte sollten schon allein um ihrer Zukunft willen solche Analysen erstellen, um Ansatzpunkte zu haben, wie eine Infrastrukturpolitik, eine Wohnungspolitik und eine Arbeitsmarktpolitik sinnvollerweise betrieben werden kann, um die großen Städte als Standort für Familien aus allen sozialen Schichten attraktiv zu machen.

**Herausforderung
an Großstädte für
Familien attraktiv
zu sein**

V.3.2 Ökonomische Heterogenität

In der Sozialhilfestatistik zeigt sich die doppelte Polarisierung: Einerseits die Entwicklung sehr familienfreundlicher suburbaner Gemeinden gegenüber städtischen Quartieren mit einem hohen

**Trends der Polarisierung
auch in Großstädten wie Berlin**

Anteil traditionell lebender Familien mit nicht-deutschem Hintergrund, und andererseits die innerstädtische Differenzierung zwischen den traditionellen familialen Lebensformen und anderen Lebensformen. Beim Vergleich der Bundesländer weisen zunächst die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg die höchsten Anteile an Kindern unter sieben Jahren auf, die im Rahmen der Sozialhilfe unterstützt werden.

In den Stadtstaaten konzentrieren sich wie in vielen großen Städten des Ruhrgebiets Lebensformen, wie die der allein erziehenden Mütter, die zumindest zeitweise auf die Unterstützung für Kinder durch den Staat angewiesen sind, aber auch Familien nicht-deutscher Herkunft, deren Mitglieder häufig Schwierigkeiten haben, eine Erwerbsarbeit zu finden (Leibfried u. a. 1995; Rainwater/Smeeding 2003; Corak/Fertig/Tamm 2005). Auch in einem wohlhabenden Bundesland wie Bayern findet man solche Zusammenhänge, wenn auch das Risiko von Armut in Bayern für diese Kinder gering ist. 2003 beträgt der Anteil der unter 7-Jährigen etwa 7 Prozent an der Gesamtbevölkerung, der Anteil dieser Altersgruppe an den Sozialhilfeempfängern und -empfängerinnen liegt in Bayern aber nur bei 4 Prozent. In der prosperierenden Großstadt Nürnberg beträgt aber der Prozentsatz der Sozialhilfeempfänger und -empfängerinnen dieser Altersgruppe 14 Prozent, obwohl dort nur 6 Prozent aller bayerischen Kin-

der bis zu sieben Jahren leben. Dagegen sind im Umland in Relation zum Bevölkerungsanteil Kinder unterdurchschnittlich betroffen. Dies ist der Tatsache geschuldet, dass in Nürnberg der Anteil der allein Erziehenden höher ist als im Umland und hier mehr ausländische Familien leben. In der folgenden Tabelle sind einige Großstädte verschiedener Bundesländer, einige Kreise dieser Länder und die Stadtstaaten aufgeführt. Aus dieser Zusammenstellung lässt sich diese ökonomische Polarisierung zwischen unterschiedlichen Lebensverhältnissen von Familien mit Kindern illustrieren.

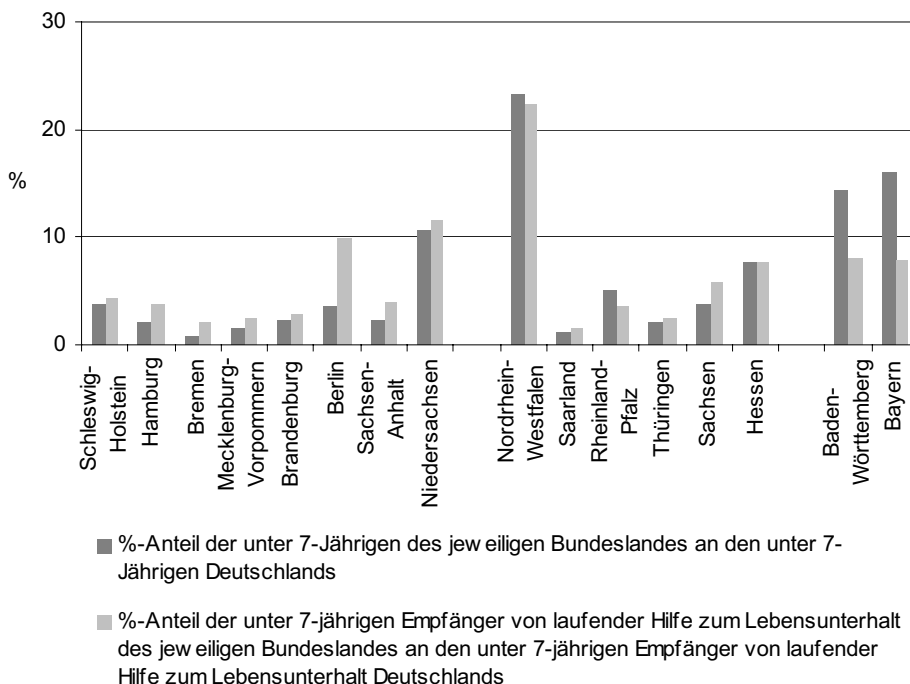
Die Verteilung der hohen Anteile von Kindern unter sieben Jahren in großen Kommunen, die Sozialhilfe empfangen, macht deutlich, dass neben wirtschaftlichen Gründen auch die Lebensform eine hohe Bedeutung für die soziale Hilfeabhängigkeit hat. In einer Großstadt wie Berlin mit vielen allein Erziehenden ist der Anteil der sozialhilfeabhängigen Kinder erheblich höher als in anderen Großstädten, die eine vergleichsweise hohe Arbeitslosigkeit haben. Dazu gehört Duisburg, wo die Sozialhilfeabhängigkeit lediglich bei 13 Prozent liegt im Vergleich zu 23 Prozent in Berlin. Dieser Zusammenhang zeigt sich auch beim Vergleich einer Großstadt wie Duisburg mit Bremen. In Bremen fällt die Sozialhilfeabhängigkeit von Kindern bis zu sieben Jahren um 10 Prozent höher aus als in Duisburg, obwohl in

Allein Erziehende vermehrt in großen Städten

In großen Kommunen höhere Anteile von Kindern in Sozialhilfe

Abbildung V.4

Kinder in der Sozialhilfe 2002



Quelle: DJI-Regionaldatenbank, Daten der Sozialhilfestatistik bzw. Bevölkerungsfortschreibung der Statistischen Landesämter

Tabelle V.2

Verhältnis Sozialhilfeempfänger und -empfängerinnen zum Bevölkerungsanteil bei den unter 7-Jährigen in ausgewählten Städten und Landkreisen 2002

Stadt/Kreis	%-Anteil der unter 7-Jährigen an Bevölkerung insgesamt	%-Anteil der Sozialhilfeempfänger/innen unter den unter 7-Jährigen	Verhältnis: Sozialhilfeempfänger/innen unter den unter 7-Jährigen/Bevölkerungsanteil der unter 7-Jährigen*
Hamburg	6,2	16,5	2,6
Bremen	6,2	22,1	3,6
Berlin	5,8	22,6	3,9
Essen	5,9	17,8	3,0
Duisburg	6,6	13,2	2,0
Köln	6,6	12,7	1,9
Leverkusen	6,6	4,8	0,7
Oberbergischer Kreis	7,6	5,3	0,7
Rheinisch-Bergischer-Kreis	7,2	3,9	0,5
Kreis Hochsauerland	7,4	4,8	0,6
Kreis Soest	7,4	2,9	0,4
Frankfurt	6,3	13,6	2,2
Kreis Fulda	7,6	6,3	0,8
Kreis Hersfeld-Rotenburg	6,4	6,9	1,1
Schwalm-Eder-Kreis	6,6	8,6	1,3
Werra-Meißner-Kreis	6,0	8,7	1,4
Nürnberg	6,0	14,4	2,4
Kreis Aichach-Friedberg	7,8	1,3	0,2
Kreis Augsburg	7,5	2,6	0,3
Kreis Dillingen/Donau	7,7	3,5	0,5
Kreis Donau-Ries	7,7	2,3	0,3

* Lesebeispiel: Der Anteil derjenigen, die in dieser Altersgruppe Sozialhilfe erhalten ist um ... höher bzw. niedriger als der Anteil dieser Altersgruppe an der Bevölkerung insgesamt.

Quelle: DJI Regionaldatenbank auf der Basis der Daten der Statistischen Landesämter

Bremen die Erwerbsquote der Mütter erheblich höher liegt (15 Prozent). Aber auch der Anteil der erwerbstätigen sowie der nicht erwerbstätigen allein erziehenden Mütter in Bremen übersteigt deren Anteil in Duisburg fast um das Doppelte. Aus unserer Sicht wird aus diesen Daten deutlich, dass in jenen deutschen Regionen, in denen das Familienmodell des Hauptnährers durch Leistungen der Angehörigen unterstützt wird, die Sozialhilfeabhängigkeit viel geringer ist. In jenen Regionen dagegen, in denen dieses Modell weniger gelebt wird, wird die Unterstützung der Angehörigen durch die des Staates ersetzt und muss bei hoher Arbeitslosigkeit ja auch ersetzt werden.

Vergleicht man die einzelnen Bundesländer hinsichtlich ihres relativen Pro-Kopf-Einkommens, so wird deutlich, dass sich in den neuen Bundesländern die ökonomische Situation von Kindern sehr viel günstiger darstellt als in den Stadtstaaten, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen und dem Saarland.

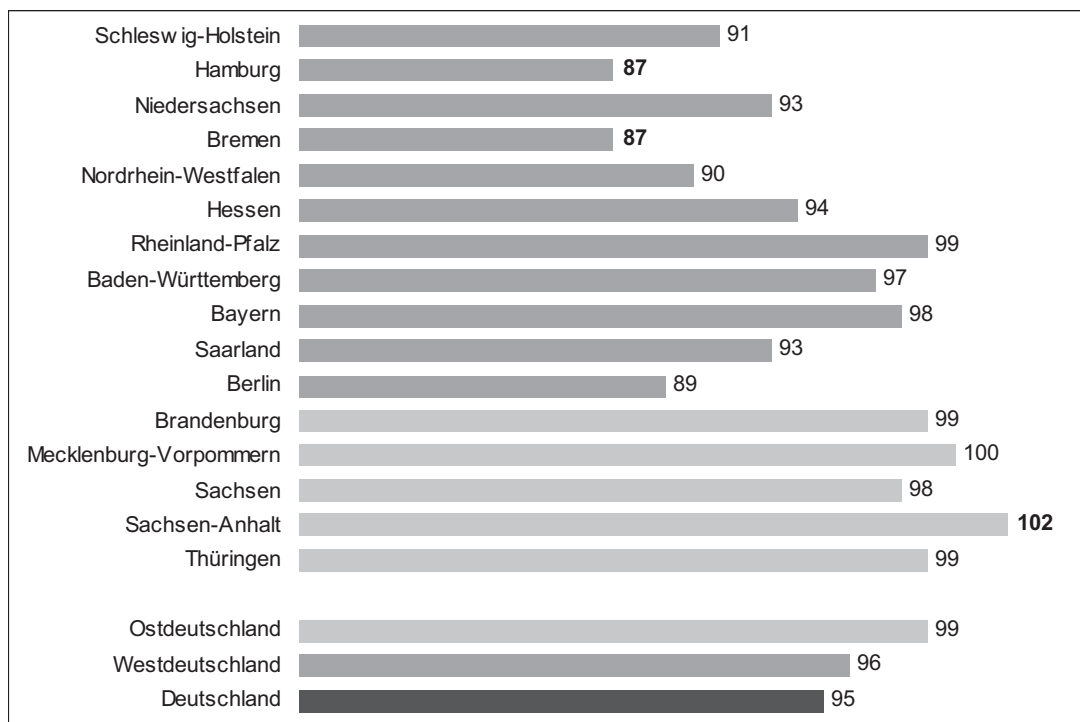
Während in den neuen Bundesländern die Einkommenssituation von Familien mit Kindern in etwa dem Durchschnitt des jeweiligen Bundeslandes entspricht und dies auch für die süddeutschen Bundesländer Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern gesagt werden kann, gilt dies nicht für die anderen Bundesländer.

Hier spielen zwei Faktoren eine Rolle, die weniger mit der ökonomischen Entwicklung der jeweiligen Bundesländer als vielmehr mit den jeweiligen gewählten Lebensformen zu tun haben. In den neuen Bundesländern, in denen das Familieneinkommen in der Regel durch beide Partner erwirtschaftet wird, sind Kinder ökonomisch durch die Eltern, die gemeinsam zum Familieneinkommen beitragen, sehr viel besser abgesichert. Hier herrscht nicht mehr jenes Familienmodell der Industriegesellschaft vor, in dem das Haushaltseinkommen im Wesentlichen durch einen Verdiener erwirtschaftet wird. Tritt in einer Zweiverdiener-Familie Arbeitslosigkeit ein oder zerbricht die Familie, sind die Familienmitglieder durch die breitere ökonomische Basis besser

In neuen Bundesländern Kinder besser abgesichert durch ein Zweiverdienermodell

Abbildung V.5

Wohlstandspositionen^{1,2} der Kinder in Deutschland und seinen Ländern 2003 (in Prozent)



¹ Bezogen auf den Durchschnitt der jeweiligen räumlichen Einheit

² Relative Wohlstandspositionen beschreiben Einkommensunterschiede zwischen verschiedenen Lebensformen. Sie verdeutlichen die Abweichungen der durchschnittlichen Einkommen einzelner Lebensformen vom durchschnittlichen Einkommen aller Lebensformen. Dabei wird das durchschnittliche gewichtete Pro-Kopf-Einkommen der Lebensformen gleich 100 Prozent gesetzt.

Quelle: Bernd Eggen, Ökonomische Situation der Familie in Deutschland und in seinen Ländern 2003. Expertise zum Siebten Familienbericht der deutschen Bundesregierung, Stuttgart (Anhang)

abgesichert als in dem Modell des Hauptnähers oder des Hauptnähers/Zuverdieners.

Diese Aussage lässt sich auch bestätigen, wenn man Kinder in Familien mit niedrigem Einkommen auf der Basis des jeweiligen Einkommens des einzelnen Bundeslandes vergleicht. In Ländern wie Berlin oder Hamburg, insbesondere aber in Bremen, leben Kinder in Familien zu einem sehr hohen Prozentsatz (zwischen 11 und 16 Prozent) unterhalb des Medians des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens.

Dies sind im Durchschnitt zwischen 50 und mehr als 100 Prozent höhere Werte als in den neuen Bundesländern und in den süddeutschen Ländern. Dabei ist zu bedenken, dass das Saarland ökonomisch mindestens in einer ebenso schwierigen Lage ist wie beispielsweise der Stadtstaat Bremen. Es sei nur am Rande vermerkt, dass der größte Prozentsatz von Kindern in Familien mit höherem Einkommen in Hamburg zu finden ist und auch Bremen und Berlin hier nicht schlechter gestellt sind als die in den ökonomisch pro-

perierenden süddeutschen Ländern (Abbildung A.V.2 im Anhang).

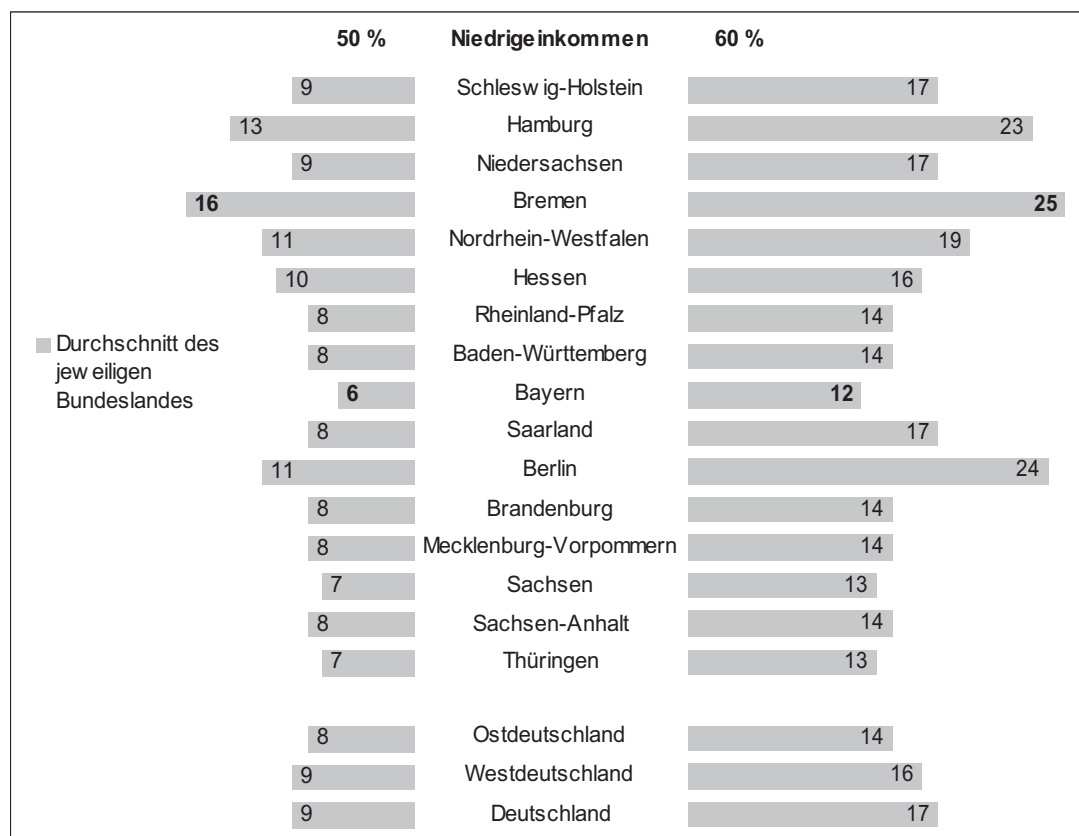
Zunächst kann man festhalten, dass in den Bundesländern, in denen eine Passung zwischen familialen Lebensformen und ökonomischen Bedingungen für diese Lebensform vorhanden sind, die Frage von Kinderarmut und Wohlstand von Familien sich völlig anders darstellt als in jenen Ländern, in denen diese Passung nicht existiert. Diese These lässt sich auch unter einer etwas anderen Perspektive begründen. Vergleicht man den Anteil des überwiegenden Lebensunterhalts durch Erwerbstätigkeit in der Altersgruppe der 35 bis unter 45-jährigen Frauen in der Bundesrepublik nach Ländern, so wird deutlich, dass die höchsten Anteile in den neuen Bundesländern zu finden sind, während in den alten Bundesländern die süddeutschen Länder vor den norddeutschen Ländern liegen.

So liegen die Anteile des überwiegenden Lebensunterhalts durch Erwerbstätigkeit in dieser Altersgruppe in Brandenburg mit 75 Prozent weit vor Hessen und Bayern, die beide rund

Passung notwendig zwischen familialen Lebensformen und ökonomischen Bedingungen

Abbildung V.6

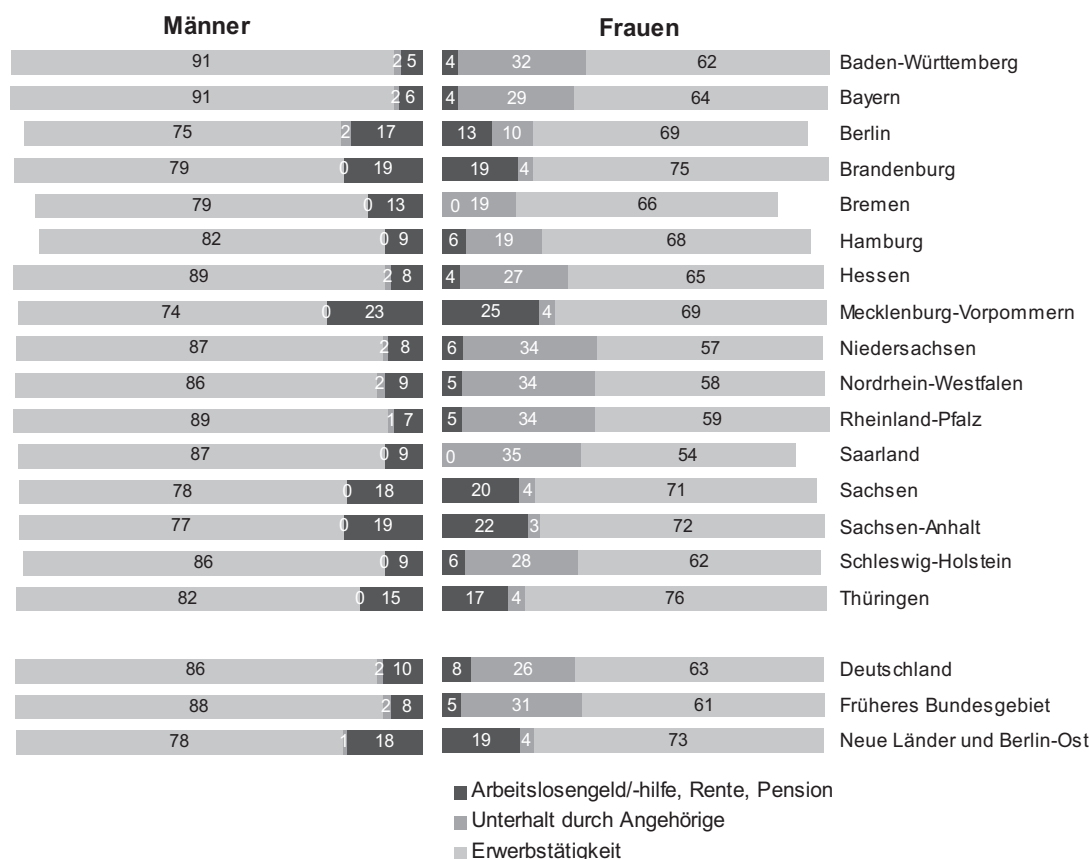
Kinder in Familien mit niedrigen Einkommen¹ in Deutschland und seinen Ländern 2003



¹ Niedrigeinkommen 50 Prozent und 60 Prozent des Medians vom durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen
 Quelle: Bernd Eggen, Ökonomische Situation der Familie in Deutschland und in seinen Ländern 2003. Expertise zum Siebten Familienbericht der deutschen Bundesregierung, Stuttgart (Anhang)

Abbildung V.7

Überwiegender Lebensunterhalt der 35- bis unter 45-jährigen Bevölkerung in den Bundesländern 2003 (in Prozent)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2003, Sonderauszählung

64 Prozent aufweisen. Dennoch ist die Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen in Brandenburg mit 19 Prozent gegenüber Hessen mit 4,3 Prozent und Bayern mit 3,9 Prozent fünfmal so hoch. Noch deutlicher wird die Differenz, wenn Nordrhein-Westfalen mit einem Anteil von 58 Prozent an überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit und lediglich 5 Prozent Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen mit Mecklenburg-Vorpommern verglichen wird, wo 69 Prozent der Frauen ihren Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit bestreiten, aber 25 Prozent staatliche Unterstützungsleistungen beziehen. Nicht die unterschiedliche Erwerbsbeteiligung ist die Ursache für die unterschiedlichen staatlichen Unterstützungsleistungen, sondern die Differenzen in den Unterstützungsleistungen durch Angehörige. Hamburg, Bremen und Berlin bilden hier mit 10 bis 19 Prozent die westdeutschen Schlusslichter, während das Saarland mit 35 Prozent Unterstützungsleistungen durch Angehörige vor Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen liegt. In der öffentlichen

Debatte wird aber ausschließlich die Frage der Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen thematisiert und kaum auf die unterschiedlichen familialen Lebensmodelle geachtet. Das führt dazu, dass die neuen Bundesländer mit dem Odium nachholender Modernisierung oder übergroßer Arbeitslosigkeit belegt werden, obwohl sie viel besser als die westdeutschen Stadtstaaten und als einige Großstädte mit dem Problem der Kinder in prekären Lebenslagen zurechtkommen und zudem auch noch teilweise höhere Geburtenraten aufweisen. Möglicherweise ist die nachholende Modernisierung eher ein Problem der westdeutschen Länder und Großstädte, die weder mit den ökonomischen Entwicklungen Süddeutschlands mithalten konnten noch in der Lage sind, so viele Arbeitsplätze für Frauen zu schaffen wie dies die neuen Bundesländer in nur 15 Jahren geschafft haben (Tabelle A.V.3 im Anhang).

Diese Städtevergleiche machen jedenfalls deutlich, dass die recht kritische Beurteilung des Familienatlas (Prognos 2005) in Bezug auf die

Lage der Kinder in den neuen Bundesländern: besser als in der Öffentlichkeit dargestellt

neuen Bundesländer nur dadurch zustande kommt, dass die Autoren die Entscheidung und die Lebensvorstellungen der Bevölkerung in Bezug auf Ehe und Familie für die ökonomische Situation nicht richtig eingeschätzt haben. Die meisten ostdeutschen Städte und Landkreise weisen eine erheblich höhere Erwerbsquote bei den 30 bis unter 50-jährigen Frauen auf, die Geburtenraten liegen auf oder über dem Niveau westdeutscher Großstädte, die Sozialhilfeabhängigkeit der jüngeren Kinder liegt unter dem westdeutschen und die Versorgungsquote für Kinder ist deutlich höher.

Entwickelt man in der Bundesrepublik das Modell einer Familie, in der beide Partner jeweils für sich selbst ökonomisch verantwortlich sind und die gemeinsame Verantwortung für das Kind tragen, dann müsste die Erwerbsquote von Müttern in Westdeutschland deutlich gesteigert werden. Dies dürfte in Bundesländern wie Baden-Württemberg, das schon in naher Zukunft einen erheblichen Mangel an Fachkräften erwartet, sehr viel leichter zu bewerkstelligen sein als etwa im Saarland, in Bremen, Nordrhein-Westfalen, Hamburg oder Berlin, wo heute (2003) ca. 74 Prozent der Frauen gegenüber 77 Prozent der Männer arbeiten und die Unterstützung durch Angehörige 11 Prozent der Frauen und 5 Prozent der Männer erfahren. In Berlin wie in vielen Bundesländern fehlen Arbeitsplätze und der Anteil der Unterstützung durch die staatlichen Transferleistungen von Frauen und Männern übersteigt mit 14 bzw. 17 Prozent die Unterstützung durch Angehörige in hohem Maße.

Lage der Kinder in West- und Süddeutschland besser als in anderen Regionen

Das Festhalten eines relativ großen Anteils westdeutscher und süddeutscher Väter und Mütter an dem Modell familialer Unterstützung, trotz relativ guter Arbeitsmarktchancen in manchen süddeutschen Regionen, ist dort eine der wesentlichen Ursachen für die geringere Abhängigkeit der Kinder von der Sozialhilfe, die in vielen anderen Regionen der Bundesrepublik inzwischen an die Stelle der Unterstützungsleistungen durch Angehörige getreten ist, weil dort jenes Familienmodell nicht gelebt wird.

Unter einer familien- und sozialpolitischen Perspektive stellt sich ganz unabhängig von der Arbeitsmarktentwicklung die Frage, wie Staat und Gesellschaft mit diesen regionalen Differenzierungen, die ganz unterschiedliche kulturelle Wertmuster und ökonomische Entwicklung dokumentieren, umgehen sollen. An dieser Stelle soll nicht das Problem der horizontalen Gerechtigkeit zwischen denjenigen, die sich für dieses Familienmodell entscheiden und damit die Kosten für diese Familie allein tragen, und jenen, die sich nicht für eine solche Lebensform entscheiden, thematisiert werden, weil dies der Fünfte Familienbericht (BMFuS 1994) ausführlich erör-

tert hat. An dieser Stelle sollen lediglich einige Überlegungen zur Zukunftsfähigkeit der unterschiedlichen Modelle formuliert und die Effektivität bei der Vermeidung von relativer Armut für Mütter und Kinder diskutiert werden.

Wir haben im internationalen Vergleich gesehen, dass die nordeuropäischen Länder in Bezug auf die Effizienz der Bekämpfung von relativer Kinderarmut von keinem anderen europäischen Land erreicht werden. Ein wesentlicher Unterschied der familienunterstützenden Maßnahmen in den nordeuropäischen Länder ist darin zu sehen, dass dort konsequent versucht wurde, ein Familienmodell der ökonomischen Selbstständigkeit von Mann und Frau zu etablieren, das es beiden ermöglicht, für sich selbst zu entscheiden, sich eine bestimmte Zeit überwiegend der Fürsorge für Kinder zu widmen. Im Abschnitt V.5 wurde am Beispiel der Tagespflege deutlich gemacht, dass auch davon Arbeitsmarkteffekte erwartet werden können. Auch wenn diese Effekte relativ gering sind, zeigt sich, dass Investitionen der Länder und Kommunen in diesen Bereich bei einer entsprechenden familienpolitischen Konzeption des Bundes einen Politikmix erkennen lassen, dem Hoem (Kap. II) positive demographische Effekte zuspricht. Wir werden im Kapitel VII auf dieses Thema des Zusammenhangs von familialen Lebensentwürfen und ökonomischer Entwicklung zurückkommen, weil die Zukunft von Familie auch von der Organisation der ökonomischen Basis der jeweiligen Gesellschaft her gedacht werden muss.

Schritte zur Vermeidung von Kinderarmut

V.3.3 Die doppelte Polarisierung und Entwicklungsbedingungen für Kinder

Für die regionale Vielfalt von Lebensformen in Ost-, West-, Nord- und Süddeutschland gibt es bisher noch keine griffige Beschreibung, wohingegen die kleinräumige Differenzierung von Lebensformen in den großstädtischen Kernbereichen und den Umlandgemeinden mit dem Begriff der doppelten Polarisierung beschrieben werden. Diese wurde von Strohmeier, Schultz, und Weischer in ihrer Expertise (2004) für das Ruhrgebiet und Lebhart (Expertise 2004) für Berlin aufgezeigt und machen deutlich, dass selbst innerhalb eines Bundeslandes die Lebensform ‚Familie‘ nicht nur unterschiedliche Lebensweisen umfasst, sondern auch ganz unterschiedliche Bewertungen erfährt. In den ländlichen Kreisen mit einem hohen Anteil an Kindern in ökonomisch gesicherten familialen Lebensverhältnissen ist der Anteil der berufstätigen Mütter nicht geringer als in den großen Städten. Kreise wie Tuttlingen oder Dillingen an der Donau mit Geburtenraten von 1,6 Kindern weisen Beschäftigungsquoten von 570 bis 600 beschäftigte Frauen je 1000 Frauen im Alter von

„Doppelte Polarisierung“ zur Differenzierung in großstädtischen Bereichen und Umland

30 bis unter 50 Jahren auf. In einem solchen Kontext mit minimaler Arbeitslosigkeit und einem hohen Anteil an Wohneigentum bedeutet Familie etwas völlig anderes als in einer Großstadt mit hoher Arbeitslosigkeit, wenig Kindern, einem hohen Anteil zugewanderter Familien aus anderen Ländern und einem hohen Anteil an Singles. Das zeigen nicht nur die Ergebnisse des Projekts „Soziale Stadt“ (Expertise Böhme/Meyer 2004), diese Entwicklungstendenzen verlaufen offensichtlich auch parallel in vielen europäischen Ländern und in den Vereinigten Staaten (Klebanov/Brooks-Gunn/Duncan 1994; Piquero/Lawton 2002; Leventahl/Brooks-Gunn 2001). Diese Polarisierung zwischen relativ wohlhabenden, suburbanen oder ländlichen und kinderreichen Gemeinden und städtischen Bezirken mit einem höheren Anteil von Familien mit nicht-deutschem Hintergrund sowie die Polarisierung innerhalb der Städte, zwischen neuen oder alternativen Lebensformen und den eher traditionell lebenden Familien, bleibt nicht ohne Konsequenzen für die kindlichen Entwicklungschancen.

„Doppelte Polarisierung“ nicht ohne Konsequenzen für die kindlichen Entwicklungschancen

Auch wenn davon auszugehen ist, dass viele dieser Entwicklungschancen, insbesondere im Bildungsbereich, auch durch die ökonomischen Ressourcen der Eltern (Sobolewski/Amato 2005) beeinflusst werden, gibt es inzwischen in der angelsächsischen Literatur eine Fülle von Materialien, die den Einfluss der sozial-ökologischen Lebensumwelt von Kindern auf ihre Entwicklung nachweisen können (Leventahl/Brooks-Gunn 2001; Goering 2003). Diese Entwicklungschancen beziehen sich auf alle Aspekte der Entwicklung von Kindern, ihre Gesundheit, die kognitive Entwicklung und die sozial-emotionale Entwicklung, aber auch auf das Risiko, Entscheidungen für das eigene Leben zu treffen, die es schwer machen, in modernen Gesellschaften erfolgreich zu sein. Das hängt damit zusammen, dass Kinder und Jugendliche zwar in einem Elternhaus aufwachsen, aber die Lebensumwelt der Kinder selbst, insbesondere die Gruppe der Gleichaltrigen für die Entwicklung von Werten und Normen von erheblicher Bedeutung ist. Diese außerfamilialen kollektiven Sozialisationsprozesse können von den Eltern nur dann wirklich beeinflusst werden, wenn die Eltern in benachteiligten Quartieren selbst durch ein besonders hohes Engagement das Leben und die Entwicklung ihrer Kinder besonders intensiv beeinflussen. So z. B. auch außerhalb dieser Nachbarschaften Beziehungen mit anderen Kindern aufbauen oder sich darum bemühen, durch ein großes Netz sozialer Beziehungen insbesondere in der Verwandtschaft für die Kinder Ansprechpartner zu finden, aber auch indem sie den Umgang mit Freunden relativ genau kontrollieren (Alt 2005). Diese Art des Familienmanagements (Furstenberg u. a. 1999) setzt nicht nur besonders

Grenzen des Familienmanagements

engagierte Eltern voraus, sondern dies ist in benachteiligten Nachbarschaften für Eltern auch sehr schwer zu realisieren. Daneben gibt es natürlich auch Kinder, die aufgrund ihrer Persönlichkeit auch unter sehr schwierigen Umständen immer wieder in der Lage sind, die schwierigen Lebensumstände, in denen sie aufwachsen, zu überwinden.

Es kann nicht die Basis einer familien- und kinderorientierten kommunalen Sozialpolitik sein, dass das Familienmanagement die Einflüsse kollektiver Sozialisationsprozesse ausgleichen kann oder aber die Kinder selbst in der Lage sind, dieses zu bewältigen. Seit Furstenberg (1993) ist bekannt, dass engagierte Eltern in benachteiligten Regionen eher selten sind, weil die Chancen, bestimmte Ziele für ihre Kinder zu erreichen, auf Grund der eingeschränkt verfügbaren Ressourcen begrenzt sind. Die Ausstattung dieser Quartiere mit einer Infrastruktur, die durch ein reiches Angebot an Bildungs- und Spielmöglichkeiten sowie anderen Optionen der Freizeitgestaltung einen Teil dieser Probleme auffängt oder ausgleichen kann, ist eher selten. Dies liegt daran, dass den Kommunen einerseits in der Regel hierfür die ökonomischen Ressourcen fehlen und andererseits jene Eltern, die diese Ressourcen im Interesse ihrer Kinder einfordern und auch politisch durchsetzen können, diese Bezirke häufig verlassen oder verlassen haben.

Ausstattung der benachteiligten Quartiere mit einer adäquaten Infrastruktur eher selten

Es stellt sich die Frage, ob eine demokratische Gesellschaft, welche die Gleichheit der Lebenschancen von Kindern als ein wesentliches Element der Bürgerrechte dieser Gesellschaft begreift (Dahrendorf 1966), solche Prozesse als gegeben hinnehmen kann. Weiterhin bleibt offen, ob die Abwanderung junger Erwachsener aus den ländlichen Regionen der neuen Bundesländer und das Verbleiben (zu) kleiner Kinderkohorten mit der Konsequenz, dass die dort existierenden Infrastrukturen nicht mehr aufrechterhalten werden können, quasi naturnotwendige und unumkehrbare Prozesse darstellen.

Nach den Analysen der durch den US-amerikanischen Kongress finanzierten Studie lebten mit 4600 Haushalten zu Beginn alle an diesem Projekt beteiligten Familien in benachteiligten Regionen. Von diesen 4600 Familien hatte ein Drittel die Möglichkeit, aus öffentlich geförderten Sozialwohnungen in private Wohnungen in wohlhabenden Wohngegenden umzuziehen, ein Drittel hatte die Möglichkeit, ohne Vorbedingungen irgendwohin zu ziehen, und ein Drittel verblieb am Standort. Nach jetzt insgesamt acht Jahren lassen sich schon einige wichtige Konsequenzen ableiten. Bei den in bessere Quartiere umgezogenen Familien gab es einen signifikant positiven Einfluss auf die Gesundheit der Eltern, eine Reduktion des psychologischen Stresses und eine

Positiver Einfluss auf das Aufwachsen von Kindern durch anregendes Wohnumfeld

deutliche Verringerung gesundheitsschädlichen Verhaltens. Ähnliche Effekte ließen sich auch bei den Kindern nachweisen; auch empfanden diejenigen, die in andere Nachbarschaften umgezogen waren, ihre Umwelt nun als sehr viel sicherer. Bei den Mädchen im Alter zwischen 15 und 19 Jahren reduzierte sich auch das delinquente Verhalten, während es bei den Jungen anstieg; das mag aber das Ergebnis einer schärferen sozialen Kontrolle in diesen neuen Nachbarschaften sein und nicht Effekt einer höheren Rate abweichenden Verhaltens. Solche geschlechtsspezifischen Unterschiede waren auch in anderen Verhaltensbereichen zu beobachten, auch wenn bei dem jetzigen Erkenntnisstand noch nicht entschieden werden kann, ob diese Effekte auch langfristig wirksam sind.

Zu Recht verweisen die Autoren darauf, dass selbst in Untersuchungen, in denen Kinder, die in die Vorstädte gezogen sind und dort viel bessere Schulen besucht haben als in diesem Projekt, sich die Schuleffekte in der Regel erst langfristig einstellen. Ganz im Sinne von Bronfenbrenners Modell handelt es sich bei den schulischen Leistungen um die Kumulation von Lebenserfahrungen von Kindern, die sich nur langfristig verändern lassen (Kling/Ludwig/Katz 2004; Katz/Kling/Liebman 2004; Katz u. a. 2004; Katz u. a. 2003).

Kommunale Investitionen für Familien verbessern deren Lebensbedingungen

Beim Versuch, diese Ergebnisse auf deutsche Verhältnisse zu übertragen, ist zunächst festzuhalten, dass die Verbesserung der Lebensumwelt von Kindern zu signifikanten Gewinnen in der mentalen und körperlichen Gesundheit bei den Kindern und ihren Eltern beigetragen hat. Ebenso entscheidend ist auch, dass die Armutsrate als alleiniges Merkmal zur Beurteilung von Nachbarschaften ein zu einfaches Kriterium ist, weil ganz offenkundig eine Vielzahl von anderen Faktoren die Lebensbedingungen von Familien und Kindern in den Nachbarschaften beeinflussen, wie etwa eine ausreichende Infrastruktur, eine hinreichende Sicherheit durch entsprechende polizeiliche Kontrollen oder auch die Sauberkeit der Nachbarschaft. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass Kommunen politische Instrumente in der Hand haben, wie sie mit Familien und mit Kindern umgehen, und zwar auch in benachteiligten Nachbarschaften.

Es stellt sich die Frage, inwieweit Kommunen das Zusammenspiel zwischen dem Management der Familien und ihren sozialen Beziehungen, der Infrastruktur in der Nachbarschaft und der kollektiven Sozialisation durch Peergroups in erheblichem Umfang so gestalten können, dass viele der negativen Effekte für die kindliche Entwicklung, die in der Literatur für solche benachteiligten Nachbarschaften beschrieben werden, wenn schon nicht vollständig aufgehoben, so doch ver-

mindert werden können (Kap V.4.6). Die Entwicklung von Infrastrukturmaßnahmen, die die Eltern einbeziehen und deren Ressourcen berücksichtigen, und die Frage, wie die Sicherheit für Kinder und Eltern auch in solchen Nachbarschaften einschließlich der notwendigen Sauberkeit gewährleistet werden kann, sind elementare Fragen kommunaler Politik und eines kommunalen Selbstverständnisses.

Solche Investitionen in Familien und in familiales Wohlbefinden sind für die Kommunen nicht nur lohnenswert, weil sie auf diese Weise Familien aus benachteiligten Nachbarschaften unterstützen und damit auch die Entwicklung der Kinder dieser Familien positiv fördern können. Vielmehr hat diese familienorientierte Politik auch noch einen ganz anderen Effekt, der den Kommunen unmittelbar zugute kommt. Caplow (1982), Pfeil (1961) oder Wolfe (1999) haben auf der Basis empirischer Studien nachweisen können, dass die weit verbreitete Vorstellung, Familien in städtischen Wohngebieten lebten isoliert für sich, einerseits durch die Haushalts- und Wohnformen mit der Dominanz der Ein-Personen-Haushalte und andererseits der Drei- bis Vier-Personen-Familienhaushalte, empirisch nicht richtig ist. Die gebauten Wohnformen (Scott 1998) sind jedoch in der Regel Ergebnis der Vorstellungen von Stadtplanern und Architekten, wie Familien zu leben haben, und sie spiegeln zumeist nur die gebaute Struktur wider, nicht aber die gelebte Struktur.

Als einer der ersten hat der Stadtforscher Wellman (1977) deutlich gemacht, dass die gelebten sozialen Beziehungen auch in städtischen Kontexten keinesfalls mit der gebauten Haushaltsstruktur übereinstimmen. Im Rahmen eines von der DFG geförderten Forschungsprojekts wurden die gelebten Beziehungen zwischen Familien, Nachbarschaften und der Verwandtschaft in den drei deutschen Großstädten Hamburg, Stuttgart und Berlin genau in den Siedlungen überprüft, deren gebaute Wohnstruktur exakt der These der isolierten Kernfamilie entspricht: Dominierender Geschossbau mit Drei- bis Vier-Zimmerwohnungen führte in keinem der untersuchten Stadtviertel dazu, dass die dort lebenden Familien ihr Familienleben isoliert und ohne Unterstützung von Nachbarschaft und Verwandtschaft nur auf sich selbst bezogen führten. Ebenso wenig konnte bestätigt werden, dass diese Familien bestimmte traditionelle Lebensformen und Beziehungen, wie etwa die gemeinsame Mahlzeit, die persönliche Gespräche und wechselseitige Unterstützungen, zu Gunsten anderer Beziehungen aufgegeben haben.

In dieser Untersuchung konnte ein Ergebnis repliziert werden, das schon direkt nach der Wende 1990 für Leipzig nachgewiesen werden konnte.

Entwicklung von Infrastrukturmaßnahmen unter Einbeziehung der Eltern

Soziale Netze städtischer Familien größer als immer angenommen

Die multilokale
Mehrgenerationen-
Familie typisch für
große Städte

Städtische Beziehungen von Familien werden von den Familien selbst im Wesentlichen in Abhängigkeit vom Lebensalter der Kinder organisiert. Darin unterscheiden sich weder Leipziger (Bertram 1992) noch Berliner, Stuttgarter oder Hamburger Familien (Bertram/Ehlert/Rösler 2005). Je jünger die Kinder sind, umso mehr konzentriert sich die Familie auf den Binnerraum der Familie, wobei sie aber bei vielen Aktivitäten, etwa bei der Beaufsichtigung und dem Spielen mit Kindern, von den Nachbarn und von Verwandten unterstützt wird. Auch in der ganz alltäglichen Versorgung des Haushalts, etwa wenn man verreist, spielen die Nachbarschaft und die Verwandtschaft eine ganz erhebliche Rolle. Dies betrifft auch Großeltern, selbst wenn sie nicht bei ihren Kindern wohnen. Umgekehrt gilt allerdings auch, dass die Familien für die Großeltern von großer Bedeutung sind (ebd.). Ohne Zweifel kann man heute von der Mehrgenerationenfamilie sprechen, die nicht gemeinsam in einem Haushalt wohnt, sondern die an verschiedenen Orten in derselben Stadt oder sogar in der Nachbarschaft lebt. Diese Form der multilokalen Mehrgenerationenfamilie scheint jedenfalls viel typischer für große Städte zu sein als die isolierte, nur auf sich bezogene Kernfamilie. Wie Hennig (2005) nachgewiesen hat, bestätigen sich diese Ergebnisse auch dann, wenn nicht allein Eltern und Großeltern befragt werden, sondern Jugendliche selbst in Bezug auf ihre eigenen Familien.

Verwandtschafts-
hilfe ersetzt
Infrastruktur
nur im Notfall

Entscheidend für die hier geführte Diskussion ist aber ein Ergebnis zu den wechselseitigen Unterstützungsleistungen. Regelmäßige Kinderbetreuung, etwa auf Grund der Erwerbstätigkeit beider Eltern, wird in allen untersuchten Großstädten als kommunale Infrastrukturaufgabe angesehen und auch entsprechend genutzt. Die Großeltern spielen eine erhebliche Rolle, aber nicht für die alltägliche reguläre Betreuung, sondern für Notfälle oder bestimmte besondere Anlässe. Familiäre Solidarität wird gelebt, aber diese Form der Unterstützung wird nicht als eine auf Dauer kontinuierlich angelegte Pflicht interpretiert, sondern als eine freiwillige Leistung, auf die man sich verlassen kann, die aber für Ausnahmesituationen vorgehalten wird. Diese Ergebnisse entsprechen auch Untersuchungen aus Holland und Belgien, in denen Regionen mit geringer und dichter Infrastruktur für Kinder verglichen wurden (Kremer 2002). Bei einem intensiven Angebot von Infrastruktur für Kinder wird diese genutzt, während Partner und Großeltern für die Ausnahmesituationen verfügbar sind; bei geringer Infrastruktur für Kinder wird hingegen die Betreuungsleistung für die Kinder durch die beiden Partner erbracht, und auch dort wird das erweiterte Verwandtschaftssystem für Ausnahmesituationen in Anspruch genommen. Das Manage-

ment von familialer Unterstützung konzentriert sich im Wesentlichen auf solche irregulären Situationen, während regelmäßig wiederkehrende Betreuungsleistungen letztlich nur durch Infrastrukturangebote erbracht werden können.

Die Städte, die sich bemühen, Familien in ihrem Gebiet zu halten, können aber darauf bauen, dass diese Familien durch den Aufbau von Beziehungen zur Nachbarschaft und dem Festhalten an den Beziehungen zur eigenen Verwandtschaft innerhalb der Städte ein erhebliches Sozialkapital zur Verfügung stellen. Dort, wo Menschen miteinander Beziehungen haben, lässt sich das Gefühl von sozialer Sicherheit viel leichter entwickeln als dort, wo Menschen nebeneinander ohne Beziehungen leben. Deswegen erscheint es wichtig, dass die Städte bereit sind, den jungen Erwachsenen, die sich für das Leben in einer Partnerschaft mit Kindern entschieden haben, auch Angebote zu machen, damit diese innerhalb der Städte wohnen bleiben. Die Städte sind nicht nur auf diese jungen Erwachsenen angewiesen, sie haben diesen jungen Erwachsenen auch viel zu bieten auf Grund qualifizierter Arbeitsplätze, guter Infrastruktur für Kinder (sofern sie darin investieren) und sozialen und kulturellen Angeboten.

Familien stellen
Sozialkapital für
die Kommune her

V.3.4 Das demographische Echo und Entwicklungsbedingungen für Kinder

Die Abwanderungsverluste der letzten 15 Jahre können die neuen Bundesländer weder durch die Zuwanderung aus Osteuropa oder aus Westdeutschland auffangen, und auch eine stark gestiegene Geburtenrate wird nichts daran ändern, dass große Teile der neuen Bundesländer zu ausgesprochen dünn besiedelten Regionen werden oder schon geworden sind. Wenn in Nordrhein-Westfalen im Durchschnitt auf einem Quadratkilometer rund 300 Einwohner leben und in bestimmten Regionen Mecklenburg-Vorpommerns und Brandenburgs davon auszugehen ist, dass die Einwohnerzahl auf etwa 25 Personen pro Quadratkilometer zurückgehen wird, besteht die Gefahr, dass sich hier eine Abwärtsspirale in Gang setzt und irgendwann die meisten Jugendlichen und jungen Erwachsenen abgewandert sind. Dienel/Gerlof/Lesske (2004) haben in einer umfassenderen Analyse für Sachsen-Anhalt Vergleiche mit bevölkerungsarmen Regionen in Finnland und zwei deutschen Regionen vorgenommen. Folgt man den Autorinnen in ihren Vorschlägen aus der Sicht dieser Studie, so zeigen Investitionen in eine vernetzte Bildungsinfrastruktur in Richtung einer Wissensgesellschaft Perspektiven auf, die auch bevölkerungsarmen Regionen gewisse Chancen einräumen. Solche Investitionen in Bildung können ansatzweise verhindern, dass junge qualifizierte Erwachsene von vornherein

Ansiedlungspolitik: Investition in vernetzte Bildungsinfrastruktur

die Region verlassen. Qualitativ gute Zwergschulen mit möglicherweise nur 15 Schülern und Schülerinnen, eine stark regional orientierte Bildungspolitik, die nicht nur in Universitäten investiert, und auch Fachschulen und Fachhochschulen mit einer starken Vernetzung zu örtlichen Ausbildungsbetrieben scheinen Optionen zu sein, die es jungen Erwachsenen attraktiv erscheinen lassen, in der entsprechenden Region zu bleiben und auch zu versuchen, ökonomisch selbstständig zu werden.

Zieht man zu diesen Ergebnissen auch die Erfahrungen aus ursprünglich benachteiligten Regionen der Bundesrepublik hinzu, scheint eine kommunale Politik, die verbilligtes oder kostenfreies Bauland anbietet und damit Möglichkeiten schafft, dass sich junge Familien hier kostengünstig ansiedeln können, Erfolg versprechend zu sein. Ebenso die Versuche unterschiedlicher Ämter, ihre Struktur so umzugestalten, dass eine Beratung in allen Angelegenheiten, die Familien mit Kindern betreffen (Kindergartenplatz bzw. Kindertagesstättenplatz, Wohnungsangebot u. a.), an einem Ort stattfinden kann. In diesem Sinne muss Familienfreundlichkeit in solchen Kommunen ein zentrales Element jeder kommunalen Entwicklung sein. Die Autorinnen schlussfolgern aus ihrem Vergleich, dass Grundbesitz und eine gute Infrastruktur im Bereich von Bildung und Gesundheit Argumente zum Bleiben darstellen. Dabei wird auch zu akzeptieren sein, dass eine solche Entwicklungsdynamik vermutlich nur in den Zentren der bevölkerungsarmen Regionen erhofft werden kann.

Auch wenn nicht davon auszugehen ist, dass diese Maßnahmen allein die Abwanderung stoppen können oder dass solche Maßnahmen die Geburtenraten in erheblichem Maße beeinflussen, so stellen sie vermutlich doch Rahmenbedingungen dar, die für die individuelle Zukunftsplanung junger Erwachsener und junger Familien nicht ohne Bedeutung sind. Nur dann, wenn diese jungen Erwachsenen an die Zukunft ihrer Heimat glauben, werden sie sich auch dort engagieren. Diese Zukunftserwartungen werden notwendigerweise vor allem von den eigenen Einschätzungen, wo und wie die eigene Zukunft selbst gestaltet werden kann, abhängig sein. Hier spielt sicherlich eine Wirtschaftspolitik, die regionale Zentren mit Entwicklungsperspektiven fördert, eine erhebliche Rolle. Doch sollte nicht verkannt werden, dass sich gerade durch die Investitionen in Bildung im Umfeld solcher Einrichtungen auch Zukunftsperspektiven für junge Erwachsene entwickeln lassen. Diese Einrichtungen tragen häufig dazu bei, dass die Bewohner der entsprechenden Zentren sich mit solchen Bildungseinrichtungen identifizieren, so dass auch hiermit einzelne Gemeinden und Regionen moti-

viert werden, Entwicklungen aus sich selbst heraus zu initiieren.

V.4 Stadt-Familien: Familie und Stadt

Schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begannen Städte mit einer überwiegenen räumlichen Starrheit der industriellen Arbeitsplätze (Teuteberg/Wischermann, 1985) eine funktionale und schichtspezifische Differenzierung zu entwickeln. An den Stadtrand zogen die in fester Stellung befindlichen und gut verdienenden Mittelschichten, während in der Nähe der industriellen Arbeitsplätze die Unterschichten wohnen blieben. Die zunehmende Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und der zunehmende Wohlstand und die Industrialisierung des Bauens ermöglichten nach dem 2. Weltkrieg immer breiteren Schichten, diesem Modell des Lebens in der suburbanen Gartenstadt zu folgen. Diese Vorstellungen der modernen Stadt fanden sich nicht nur in West- und Ostdeutschland, sondern in ganz Europa (Aries/Duby 1995). Die Akzeptanz und Attraktivität dieses Konzepts lag nicht allein in seiner der industriellen Produktionslogik folgenden Organisation des städtischen Lebens (Scott 1999), sondern auch in der Tatsache begründet, dass die am Stadtrand entstehenden Quartiere in ihrer Wohnraumstruktur Privatheit und Individualität ermöglichten. Aries und Duby weisen etwa darauf hin, dass in den 50er Jahren in Frankreich noch 70 Prozent der Bevölkerung in der Wohnung keine eigene Toilette hatten. Dieser Gewinn an Privatheit, Wohnkomfort und Lebensqualität wurde zwar mit längeren Fahrzeiten zur Erwerbsarbeit erkaufte, schien aber sinnvoll zu sein, weil der funktionalen Differenzierung der Stadt die funktionale Differenzierung der Familie entsprach. Regeneration des berufstätigen Mannes im Grünen, Sozialisation der Kinder in einer gesunden und ungefährlichen Umwelt auf der Basis einer funktionalen Differenzierung der männlichen und weiblichen Rolle war in Westeuropa ein weitgehend akzeptiertes Lebensmodell, während in Osteuropa die zunehmende Integration der Frau in das Erwerbsleben durch Infrastrukturangebote in den Wohnquartieren aufgefangen werden sollte. Wir haben schon (V.3) darauf hingewiesen, dass die urbanen Zentren heute vor neuen Herausforderungen stehen, die dieses Modell in Frage stellen:

- Arbeitsplätze sind nicht mehr starr an Standorte gebunden. Standortentscheidungen fallen heute in der Regel unter Berücksichtigung des entsprechenden Arbeitskräfteangebots, das in den suburbanen Randlagen, wie oben beschrieben, häufig sehr gut ist.
- Es ist für Unternehmen oft günstiger aus der Stadtmitte an die Peripherie zu wandern.

Funktionale Differenzierung der Stadt entsprach der funktionalen Differenzierung der Familien

Urbane Zentren vor neuen Herausforderungen

Ansiedlungspolitik: Verknüpfung von Bildungsinstitutionen und Wirtschaft

- die Verkehrsinfrastruktur ermöglicht heute, leicht und schnell große Räume zu überwinden.
- Auch die Bewohner suburbaner Quartiere können die Infrastruktur der Zentren nutzen.
- Einkaufsmöglichkeiten sind heute in der Peripherie genauso vorhanden wie im Zentrum.
- Die traditionelle Arbeitsteilung in der Familie wird heute seltener gelebt und daher werden Standorte auch von Familien bevorzugt, bei denen sich Beruf und Familie vereinbaren lassen. Dies ist aber heute in den suburbanen Gemeinden genauso möglich wie in den Zentren.
- Dieser Entwicklung haben die Großstädte häufig noch selbst Vorschub geleistet, weil bei Neuansiedlungen, insbesondere von wissensbasierten Betrieben, Stadtrandlagen angeboten wurden oder auch staatliche Investitionen, wie beispielsweise Universitätsgründungen, in der Regel am Stadtrand erfolgten.
- Die Existenzgrundlage europäischer Großstädte war das Bevölkerungswachstum der jeweiligen Gesellschaften und die in den Städten vorhandene Konzentration von Arbeitsplätzen. Beides ist nicht mehr gegeben. Schrumpfende Stadtkerne und wachsende Umlandgemeinden liefern sich einen Wettbewerb um qualifizierte Erwerbsbürger.

Die Zukunftssicherung von Familie in den städtischen Räumen ist eine Aufgabe kommunaler Stadtentwicklung. Hierdurch rücken eine Reihe von bisher eingeschliffenen und gewohnten Grenzziehungen in den Blick, die sowohl die bisherigen sozialstaatlichen Leistungen als auch das Verhältnis von Wohnen und Arbeiten, von Familie und kommunalen Einrichtungen, wie Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, Krankenhäuser, Altenheime usw. bestimmen, Einrichtungen also, die sich je einzelne Aufgaben mit der Familie teilen.

Familienfreundlichkeit: ein Standortfaktor

Städtische Politik geht von der Nachrangigkeit von Familie für die wirtschaftliche Entwicklung einer Stadt aus. Demgegenüber rücken heute verstärkt Perspektiven in den Vordergrund, die den Zusammenhang von familienfreundlicher Infrastrukturpolitik, Standortattraktivität einer Stadt und Lebensqualität im Alltag akzentuieren und sich an der Entwicklung neuer Kooperationsformen zwischen Elternhaus, Kindergarten bzw. Kindertagesstätte, Schule und Leben im Alter orientieren. Ins Zentrum rücken Konzepte der Unterstützung alltäglicher Vernetzungen der Aktivitätsradien von Familienmitgliedern nicht nur im Nahraum und unmittelbarer Nachbarschaft. Ausgangspunkt ist die Attraktivitätssteigerung von städtischem und stadtteilspezifischem

Gemeindeleben für Familienmitglieder aller Altersstufen, u. a. mit dem Ziel, hierüber Standortentscheidungen von Familien und Arbeitsplatzanbietern gleichermaßen positiv zu stützen.

Der Versuch, die Wechselbeziehung zwischen der Zukunft der Städte und der Zukunft von Familie zusammen zu denken, ist nicht neu, sondern lag den meisten Stadtvisionen des 19. Jahrhunderts zu Grunde (Donzelot 1977; Duby/Aries 1995; Teuteberg/Wischermann 1985; Kostof 1992). Nur folgten die meisten Visionen der Zukunft der Stadt dem Modell der funktionalen Differenzierung und einer damit verbundenen klaren Trennung der Lebensbereiche, die schon 1835 von der französischen Akademie der Wissenschaften (Donzelot 1977) als Zukunftsmodell von Familie und Wohnen propagiert wurde.

Da wir aber in diesem Bericht die These vertreten, dass die Herstellung familialer Beziehungen im Lebenslauf eine gemeinsame Leistung der Familienmitglieder darstellt, die im Sinne des Bronfenbrennerschen Modells auch davon abhängig ist, wie die Wechselbezüge zwischen familialem Binnenraum, Nachbarschaft, Verwandtschaft und Gemeinde herstellbar ist, heißt das auch: Familien- und Stadtentwicklung bedürfen in ihren Wechselbezügen der Neubewertung und der Neugestaltung. Der hiermit angesprochene Bezugsrahmen, dessen Fokus darauf liegt, Chancen für die soziale und familiale Integration zu entdecken und auszubauen, ist weit gefächert und verlangt nach Konkretisierung. Dazu werden im Folgenden betrachtet:

Neubewertung der Wechselbezüge zwischen Familie und Stadtentwicklung

- Die Zeit-Raum-Lebensqualität von Familie als Herausforderung an die Stadtplanung;
- Die Stadtteilbelebung durch Dienstleistungsintegration von Öffentlichkeit und Privatheit;
- Die multilokale Familie: Verwandtschafts- oder Nachbarschaftsbeziehungen.

V.4.1 Die Zeit-Raum-Lebensqualität von Familie als Herausforderungen an die Stadtplanung

Untersuchungen zum Alter der Stadtbevölkerung und der Prosperität von Städten stellen fest, dass jene Städte prosperieren, die Anziehungskraft für junge Menschen (meistens Singles) besitzen, weil sie über überdurchschnittliche Bildungsangebote verfügen (Bertram 1993), zugleich Liberalität und multikulturelle Vielfalt pflegen und die Kreativität von Existenzgründern belohnen. Aus städtischer Sicht wäre es nahe liegend, die Attraktivität der innerstädtischen Kultur-, Freizeit-, Treff- und Mischungsorte auch für Partnerschaften und Jungfamilien zu sehen und diese – etwa durch ein bezahlbar großes Wohnungsangebot – ebenso gut zu behandeln wie Existenzgründer. Dabei die Partnerschaften in ihrem

Schritt der Familiengründung zu ermutigen, sie zu unterstützen, und einiges für ihren Verbleib in der Stadt zu tun – und dieses nicht nur aus arbeitskräfte-politischer Sicht, sondern auch aus Dienstleistungsnachfrage- und Kaufkraftgesichtspunkten. Hiernach – und aus der bereits genannten Integrationsperspektive für Migranten – wird bedeutsam, wie weit es gelingt, eine familienfreundliche Infrastrukturpolitik mit den sozialen, ökonomischen und kulturellen Bedingungen des Stadtlebens zu verknüpfen (Expertise Jessen 2004).

Hieraus entsteht die These, dass die Lebensqualität einer Stadt und ihre Attraktivität für Bewohner jeglichen Familienstandes auch vom Grad des Bildungs-, Kultur- und Vergnügungsangebots, der Altersmischung, der Kommunikationsvernetzung, der Infrastruktur (zu Fuß, per Rad, per öffentlichem und privatem Verkehrssystem), des Wohnbestandes und der öffentlichen Plätze/Grünflächen abhängen. Hierbei ist bemerkenswert, dass in der Stadt lebende ältere Ehepaare, die an der Bildungsexpansion der 70er Jahre teilgenommen haben und über ein relativ hohes Bildungsniveau verfügen, zunehmend weniger mit ihrer Verrentung aufs Land, sondern wieder gern in Mischquartiere, auch ins Zentrum der Städte ziehen. Mitten ins Leben, in die Kulturnähe, die Gegenden mit Straßencafés und Restaurants, die auch die Singles lieben – und dabei verfügen sie nicht nur über erhebliche Kaufkraft, sondern über kommunikative Lebensweisen. Leider zeichnen sich bis heute bei jungen Familien solche Tendenzen noch nicht ab.

Schlömer (2004) hat die innerdeutschen Wanderungsprozesse zwischen 1990 und 2000 analysiert: Alle großen Kernstädte verzeichnen erhebliche Wanderungsverluste bei den Kindern und Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr (Abbildung A.V.3 im Anhang). Die größten Wanderungsgewinne haben inzwischen die entlegeneren westdeutschen Regionen. Schlömer vermutet, dass Regionen mit guter Verkehrsinfrastruktur und einem erschwinglichen Baulandpreis ein wesentliches Motiv dafür sein können. Dazu kommt, wie weiter oben beschrieben, die zunehmende Möglichkeit der Erwerbsbeteiligung auch von Müttern in der jeweiligen Region. Heitkamp (2002), der für einige Großstädte Nordrhein Westfalens die Wanderungsmotive untersucht hat, warnt allerdings vor zu pauschalen Argumenten. Er weist darauf, dass auch Haushalte umziehen, die weiterhin in Mietwohnungen wohnen und er zeigt, dass es städtespezifische Motive gibt, ins Umland zu wandern, wobei auf diese Motive nur teilweise Einfluss genommen werden kann.

Städte tun aber gut daran, diese Motive zu erforschen, weil sie auf Faktoren wie mehr Familienfreundlichkeit, besseres Wohnumfeld und Verbesserung des Wohnungsangebotes erheblich Einfluss nehmen können. Städte sollten aber

auch versuchen, die Abwanderung von Familien zu stoppen, weil Familien mit Kindern gerne dahin wandern, wo andere Familien leben. Familien mit Kindern gehören auch heute noch zu den wichtigsten Nachfragern nach Eigentum und es korreliert das Wohneigentum positiv mit der Familiengröße, was auch für die neuen Bundesländer gilt (Bayerischer Familienbericht 2003). Hierauf können die Städte selbst Einfluss nehmen, da sie in der Regel Besitzer großer Flächen in der eigenen Stadt sind und zugleich durch frei werdende, industriell genutzte Flächen neue Möglichkeiten entstehen. Auch sind manche Vorstellungen von Eltern für ihre Kinder, etwa hinreichende und sichere Spielflächen zu haben, Dinge, die Städte gestalten können. Darin zeigt sich, dass es trotz vorhandener Abwanderungstendenzen und der zunehmenden Standortflexibilität von Unternehmen eine Reihe von Gründen gibt, die solche Prozesse verlangsamen könnten. Sind beide Eltern berufstätig, bedeutet der Umzug auf das Land entweder eine berufliche Neuorientierung oder lange Wegezeiten. Hinzu kommt, dass die Eigentumsbildung zunehmend häufiger als Alterssicherung gesehen wird und gerade auch von Älteren die städtische Infrastruktur geschätzt wird. Das gilt im Grundsatz auch für junge Familien. Gerade hier könnten die Kernstädte ihre Standortvorteile ausspielen, weil sie in der Regel über eine Fülle von Infrastruktur für Kinder verfügen. Zwar liegen keine Daten dazu vor, wieweit die Bereitschaft zur Familiengründung und damit die Zukunftsfähigkeit von Familie davon profitiert, wenn sich zufrieden stellende Formen der Lebensqualität und Kontinuität sozialer Integration für alle Beteiligten und für verschiedene Lebensphasen vor Ort ergeben, doch zeigen einzelne Beispiele (Expertise Heitkamp 2004), dass Bündnisse für Familien auch dazu beitragen können, dass Städte durch neue Beteiligungsformen der Eltern und Einbeziehung örtlicher Unternehmen attraktivere Umwelten für Familien mit Kindern werden.

Kernstädte haben Standortvorteile in punkto Infrastruktur für Kinder und Familien

V.4.2 Die familienfreundliche Stadtentwicklungspolitik: Der Raum

Die räumliche Gestaltung der Stadt folgte bisher einer seit dem 19. Jahrhundert angelegten städtebaulichen Segregationspolitik, die sich als Antwort auf die Industrialisierung verstand und sich einer möglichst klaren Funktionsdifferenzierung in Gewerbeansiedlung, Dienstleistungszentren, hoch verdichteten Wohnquartieren und begrünnten Beamtenvororten bzw. Einfamilienhaussiedlungen verpflichtet fühlte. Mit dem Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft entstehen neue Chancen innerstädtischer Durchmischung von Wohnen und Arbeiten; Arbeitsplätze nehmen auch weiterhin eher im Dienstleistungsbereich zu, und dieses sind Arbeitsplätze ohne Emissions-, Gefahren- und Lärmverursachung

Wanderungen zeigen: noch fehlt es den Städten an Familienfreundlichkeit

Neue Chancen für die Durchmischung von Arbeit und Wohnen

und solche mit weniger Flächenbedarf. Hierdurch entstehen deutlich neue Chancen für eine familienfreundliche Stadtplanung, die zugleich als Infrastruktur-Angebot mit Anreizcharakter für Kommunikation und Kompetenzentwicklung für alle zu verstehen ist.

Die familienfreundliche Gestaltung freier Räume hat erhebliche Verbindungen zur Lebensqualität ihrer Bewohner. Wohnraum und Bebauung sind nicht einfach nur bebauter Raum, sondern sie konstituieren ihrerseits das Geschehen mit; sie schaffen Impulse und Gelegenheiten für Begegnungen, für sich kreuzende Wege, für Nähe und Distanz, für die Gestaltung von Öffentlichkeit und Privatheit – und selbst anonyme Bewegungsströme, die wiederum für das Gefühl von belebter Umwelt, von Sicherheit und Schutz im öffentlichen Raum nicht unwichtig sind, bleiben räumlich erzeugt und gebahnt (Löw 2001), eine „Szenerie“ sozialer Beziehungen ermöglichend (Schulze 1995).

Zur Verbesserung der Infrastruktur für Familien gilt es, die Lage von Dienstleistungszentren und Wohnen, Gewerbeflächen und Wohnflächen neu zu durchdenken, in kleinteiliger, möglichst fußläufiger Stadtentwicklung zu planen, in qualitative Sanierung alten Wohnbestandes und alter Stadtkerne sowie eingemeindeter Nebenkerne zu investieren und an deren Integrationsstärke anzusetzen durch Mischbebauung. Nicht zu übersehen allerdings ist, dass die hieraus resultierenden Anforderungen an einen stadtplanerischen Neuanfang auf familienrelevante Nachhaltigkeit setzen muss (vgl. Expertisen Mückenberger 2004; Strohmeier/Schultz/Weischer 2004), weil bebaute Flächen eine oft größere Langlebigkeit als die Lebenszeit ihrer Nutzer und Nutzerinnen vor Ort aufweisen. Die Effekte von heute resultieren aus den Umwelten von gestern und beeinflussen die externe Gestaltung des sozialen und des kulturellen Kapitals von Familien und damit das ihrer Mitglieder.

Entsprechend langfristig sind die Neuanfänge heute für zukünftige Entwicklungen zu überdenken. Geht man von der These aus, dass das permanente Stadtwachstum vorbei sei, entstehen neue Chancen für die lockere Stadt mit Lebensqualität, wenn frei werdende Flächen nicht gleich im Sinne alter Flächennutzungspläne neu bebaut werden. In verschiedenen Städten wird inzwischen geprüft, ob man diese Flächen nicht vielleicht dem informellen Miteinander zurückgeben könne, was bedeutet, sie in multifunktionale Grün-, Platz- und Wegeflächen mit Bänken, Bäumen, Klötzen, Hinkelsteinen, schrägen Flächen usw. zu verwandeln. Es bedeutet, stadtplanerisch neben der wirtschaftlichen Nutzung auch die kulturelle und soziale Nutzung voranzutreiben, und dieses zugleich mit ökonomisch sparsamen Er-

Die „aufgelockerte“ Stadt mit mehr Lebensqualität und weniger Segregation

haltungskosten zu denken. Das käme natürlich auch der Familienfreundlichkeit der Stadt entgegen. Dafür gibt es viele gute Beispiele aus Städten im Strukturwandel, wie etwa im Ruhrgebiet und anderswo. Sie zeigen, so z. B. auch in Bremen, wo auf Grund der familialen und kulturellen Integrationsleistungen durchmischter Stadtteile eine Experimentierklausel zugunsten der Stadtteilsanierung beschlossen wurde. Hiernach soll bei allen Belangen der Bebauung unter Gesichtspunkten der Familienfreundlichkeit neu geprüft und bewertet werden, wie sich die bisherigen Effekte der Alters-, Lebensphasen- und Lebenslagensegregation oder der sog. „systemischen Mobilität“ zwischen dem Arbeitsplatz, der Kindertagesstätte, dem Schul-, dem Einkaufsplatz und dem Wohnort der Familienmitglieder verbessern und überwinden lassen. Und selbst innerhalb der Wohnquartiere wäre jede Gelegenheit zu nutzen, um von alterssegregierenden Bebauungen weg zu kommen. Das heißt etwa für die Wohnbebauung: Die Kleinfamilienwohnung als sehr begrenzte Lösung für nur eine bestimmte Familienphase zu erkennen und eher in Lebensphasen-Lebensformen-Lebensalter-Balancen zu planen. Das kann bedeuten, im gleichen Haus oder in fußläufiger Nähe auch Single-Wohnungen, Großwohnungen, Altenwohnungen vorzusehen, um die Integration zwischen den Generationen und die kleinen und großen wechselseitigen Sachleistungen – also die Enkel- oder Nachbarskinder bei Bedarf mitzuversorgen in Pflegesituationen zu unterstützen usw. – zu erleichtern

Planung in Lebensphasen, Lebensformen und Lebensalter

Dabei bedarf es der kommunalpolitischen Intervention, um angesichts der ökonomischen Vorteile der Homogenitätsbebauung den Nutzen von Mischwohnraum für den Familien- und Nachbarschaftszusammenhalt sichtbar zu machen. Familien-Mischbebauung und Erneuerung der Wohnqualitäten setzen unter Gesichtspunkten der Nachhaltigkeit von Familienbeziehungen auf Familientransfers und rechnen sich kommunalpolitisch langfristiger als die Gewinne der Bauträger und großen Baugesellschaften durch Kostenreduzierung heute. Somit ginge es um die Entwicklung neuer Verbindungen durch Funktions- und Altersmischung, um Erwerbsarbeit und Leben, Nachbarschaft und Familie als dynamisches Modell in übergenerationalen Bezügen zu unterstützen.

V.4.3 Die familienfreundliche Stadtentwicklungspolitik: Zeit und Orte

Wie die Studien der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik belegen, sind Familien „... sowohl aus individueller als auch aus gesellschaftlicher Perspektive ein zeitpolitisches Entwicklungsland“ (Heitkötter/Schneider 2004, 34). Abhängig von der Raumgestaltung im Wohn- und Stadtteil

Familienleben ist von der Raum-Zeit-Gestaltung des Stadtteils abhängig

bestimmen die auf Grund der Funktionsdifferenzierungen entstandenen Wegezeiten und Ortsdistanzen das Familienleben von Eltern und dies auch heute noch in geschlechtsspezifischem Rhythmus: So den Ernähreralltag, der sozialräumlich vorrangig von Orts- und Zeitvorgaben des Erwerbsalltags her gestaltet ist, und den Versorgungsalltag, der bestimmt ist vom familialen Lebens- und Reproduktionszusammenhang abhängiger Familienmitglieder (vgl. Expertise Mückenberger 2004; Strohmeier/Schultz/Weischer 2004). Die unterschiedlichen Orts- und Zeitrhythmen schließen zwar weder weibliche Erwerbstätigkeit noch männliche Familientätigkeit aus, erschweren aber oft auch wegen der Entfernungs- und Wegepolitik ein gleichwertiges Engagement beider Partner in beiden Bereichen, selbst wenn sie diese Form der Verantwortungsteilung bei Familiengründung intendieren. Kultureller Wandel in der Geschlechterbeziehung ist auch davon abhängig, dass die Partner nicht mehr vor unerwünschte Alternativen von entweder Erwerbs- oder Familienleben gestellt werden.

Neue Ansätze kommunaler Zeit-, Ort- und Wegepolitik unterstützt das Familienleben

Zeit- und ortspolitische Neuansätze der Gestaltung ergeben sich auch hier durch kommunale Zeit-, Orte- und Wegepolitiken verschiedener Art. Vorrangig sind hier die Öffnungszeiten familienrelevanter Ämter der öffentlicher Verwaltung, der Gesundheits- und Sozialversorgung. So ist die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten, die keineswegs als familienfreundliche Maßnahme verstanden wurde, sondern immer wieder nur unter Gesichtspunkten des ökonomischen Gewinns/Verlustes der Ladenbetreiber diskutiert werden, eine nicht unwichtige familienförderliche Chance, das Familienleben berufstätiger Väter und Mütter zu entstressen, auch das des Verkaufspersonals, das sich bei starren Öffnungszeiten sowohl als Dienstleister als auch als Kunde zugleich arrangieren muss.

Beispiele von flexiblen Öffnungszeiten – Blick ins Ausland notwendig

Diese Zeitkoordinationen betreffen auch die Öffnungszeiten von Einrichtungen der Früh- und Vorschulpädagogik, der Schulen und Horte, der Bibliotheken, der Arztpraxen usw., die bisher eher nach Maßgabe der Arbeitszeiten des Personals geöffnet sind denn nach den Zeitrhythmen ihrer „Kunden“. Neuansätze orientieren sich noch oft an Vorbildern des anglo-amerikanischen und europäischen Auslands. Dort zeigen zahlreiche Beispiele, wie sich die ganztägig verfügbare Früh- und Vorschulpädagogik, das Ganztagschulwesen mit Ferienprogrammen, die Öffnungszeiten von Museen, Bibliotheken und Arztpraxen usw. in den Familienalltag einpassen und nicht umgekehrt der Familienalltag in starre Zeitrhythmen der Einrichtungen. Qualitätspolitisch neu zu durchdenken wären auch Nachfragen nach flexiblen Betreuungsformen wie etwa durch die Vergabe von Betreuungsgutscheinen, einzu-

lösen bei lizenzierten Anbietern oder die Modelle der Kurzzeitpädagogik zur flexibleren Koordination von Arbeits-, Einkaufs- und Kinderbetreuungszeiten.

Aus Italien, einem Land mit liberalen Ladenöffnungszeiten und Ganztagsbetreuung der Kinder, kommen zusätzliche Konzepte der Zeitbüros, die das städtische Leben auf zeitbedingte Entzerrungs- und Verdichtungseffekte unter Gesichtspunkten u. a. des Familienlebens betrachtet haben (vgl. Mückenberger 1998). Sie gehen auf weibliche Bürgermeister der Städte Bologna, Bozen, Milano usw. zurück und decken auf, dass viele Friktionen durch die Logik der jeweiligen Dienstleistungsanbieter und ihrer Tradition entstanden sind. Sie schlagen neben der Zeitpolitik eine neue Orte-Integrationspolitik vor, etwa die Ortszusammenlegung oder zumindest eine unmittelbare Nähe von Ämtern (Passamt, Einwohnermeldeamt, Kfz-Zulassung, Führerschein, in Kombination mit Steuerberatung, Sozialamt, Arbeitsvermittlung usw.) und erweiterte Öffnungszeiten zumindest an bestimmten Bürgertagen. Inzwischen sind diese Anregungen in die Stadtpolitik einzelner Städte in Deutschland übernommen worden. Als sehr geeignete Standorte für diese integrierten Leistungsangebote der Stadt gelten die Wegeknotenpunkte des Alltags, also Konsumzentren, Märkte, Stadtteilzentren.

Entzerrung von Verkehrszeiten und Mehrfachnutzung von Räumen

Ein weiterer Gestaltungsspielraum liegt in der Entzerrung von Verkehrsspitzenzeiten durch Gleitzeitbeginne öffentlicher Dienstleistungsanbieter einschließlich der Früh- und Vorschulen, Schulen und Krankenhäuser usw. Die Abstimmung der Zeittakte untereinander, aber auch der unterschiedlichen Geschwindigkeiten des Straßen- und Schienenverkehrs einerseits und der Fußgänger und Radfahrer je nach Alter und Eigenrhythmus andererseits, macht die Straße sicherer für Kinder, Behinderte und alte Menschen. Die Koordination des öffentlichen Nahverkehrs, etwa in Zeitrhythmen der Umsteigernutzung, v. a. in Abstimmung mit öffentlichen Zeitgebern des Berufs- und Bildungsverkehrs, werden in einer Reihe von Städten inzwischen erfolgreich erprobt. Dies mit dem Ziel, Fußläufigkeit, Radwegbenutzung und öffentlichen Transport auch kleinräumig so auf einander abzustimmen, dass Kinder Koordinationswege zwischen Elternhaus und den Orten ihrer sonstigen Aktivitäten möglichst frühzeitig selbstständig bewältigen können bzw. nicht stets bestimmte Familienmitglieder koordinationswegbelastet sind.

Bürgerinitiativen zeigen, dass die übliche Gradlinigkeit der Verbindungen von einem Ort zum anderen durch Nutzungsüberlagerungen durchaus gewinnen, denn Wege lassen sich auch als Bewegungsräume gestalten. So kommen einfache Ideen zum Tragen, wie z. B. die Grünflächen

Funktionsmischungen erhöhen die Lebensqualität in der Stadt

doch multifunktionaler nutzbar zu machen durch Spring- und Klettersteine über die Fläche, oder die Haltestellen nicht nur als Wartezeiten zu verstehen, sondern neben den Bänken auch Baumstümpfe unterschiedlicher Höhe als Bewegungsanreiz während des Wartens zusammenzustellen. Die Funktionsmischung und damit der Verzicht auf Ordnungsprinzipien nach Aufgabe, Alter, einer dominant gesetzten Adressatengruppe der Nutzung usw. erhöhen unzweifelhaft den Spielraum, die Lebensqualität, den Atmosphärenwert der Stadt.

V.4.4 Die familienfreundliche Stadtentwicklungspolitik: Privatheit und Öffentlichkeit.

Da Familie eine intern-dynamische Entwicklung in Abhängigkeit der Altersverschiebung ihrer Mitglieder nimmt, ist der Bezug zwischen Familie und Stadt in verschiedenen Lebensphasen unterschiedlich. So zahlt sich der Wohnstandard der Familie und die Infrastruktur für ihre Kinder zunächst im familialen Nahraum, in der Früh- und Vorschulpädagogik sowie in der Schule aus; die erreichten Leistungen dort wiederum in der Positionierung am Arbeitsmarkt und der Familiengründung mit neuem Stadtteilbezug und die Outcomes noch später im Lebenslauf auch als Rentner(in) oder Pensionär(in).

Kommunalpolitisch gewinnen neue Formen der Kooperation zwischen Familie und öffentlichen Einrichtungen an Bedeutung, die zugleich Familien und Nachbarn über Generations- und Kulturgrenzen hinweg miteinander vernetzen können und das soziale und kulturelle Leben des Stadtteils entscheidend mitbestimmen. Sie betreffen zum einen Community Development Programme, die altersübergreifend angelegt sind. Dabei könnten Ganztagschulen, die als Verbindung von Bildung, Sozialisation, Lernfreude und Kompetenzentwicklung angelegt sind, durch an die Öffentlichkeit gerichtete Beteiligungsprogramme zu so genannten Bildungsknoten (BMBF 2003b, Bremen 2030, Band 3) werden und hierüber auch eine neue Bedeutung im Leben von Kindern und Jugendlichen erhalten. Entsprechende Ansätze wurden in einzelnen Stadtteilen bereits praktiziert, die zunächst als Präventionsansatz im Umgang mit Gewalt entstanden sind. Die Nutzung von Schulen für Aktivitäten mit Älteren geben diesen Orten neue soziale Bedeutung, erweitern das Rollenrepertoire auch gegenüber Personen mit anderem Erfahrungshintergrund und kulturellen Zuschreibungspraktiken. Entsprechende Anreicherungen institutioneller „Inseln“ finden sich inzwischen auch als Chance, die Kompetenzen und Kooperationsinteressen von verrenteten Älteren im Stadtteil sowohl in private als auch in öffentliche Lebensqualität zu verwandeln. So z. B. als Integrationshilfen für Hinzuge-

zogene durch die Kombination von Neubürger-Infobörsen oder Kompetenztauschbörsen mit vielfältigen Anbindungen an Servicebedarfe aller Art.

Sehr bemerkenswert sind die Versuche niederländischer Städte, über so genannte Quartiersmanager neue Verbindungen zwischen Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen und Elternschaft herzustellen, die sehr gezielt darauf setzen, Eltern mit mehr Kompetenzen gegenüber Schulen und Unterricht auszustatten und sie hierüber zugleich an Bildungsprozesse anzuschließen. Hier geht es um die Etablierung von sozialräumlichen Fixpunkten der Partizipation, die die Kooperationsformen von institutionellen Erziehern/Lehrern und Eltern zum Ausgangspunkt nehmen und qualitativ neu gestalten. Kommunale Auflage an Schulen und Kindergärten bzw. Kindertagesstätten ist, Eltern in das inner-institutionelle Leben einzubinden im Sinne schwedischer Vorbilder und den Eltern zugleich frei zu stellen, in welche Kindertagesstätte/welche Schule sie ihr Kind geben und wie sie die Kooperation gestalten wollen.

Dies geht weit über die in der Bundesrepublik entwickelte so genannte Elternarbeit von Kindertagesstätte und Schule hinaus, die i. d. R. zwischen einseitig freundlich-belehrender Informationspraxis und öffentlich-gleichgültiger Beteiligung der Eltern an Extra-Aktivitäten schwankt (Expertise Rabe-Kleberg 2004). Kindertagesstätten, Eltern und Schulen als Experten-Verband für Kinder zu verstehen und wechselseitig daran zu arbeiten, wie Eltern, wie Erzieher, wie Lehrer Kinder sehen und fördern, setzt offene Dialogformen an gemeinsamen Orten voraus. Es entstehen Bildungsorte als Begegnungsorten zwischen Experten mit unterschiedlichem Blickwinkel, möglicherweise unterschiedlichen Zielen und unterschiedlichen Beobachtungen, die sozialintegrative Kompetenzen freisetzen.

Auch in Deutschland gibt es eine Reihe von Zentren, in denen Kindertagesstätten eine Art „Elternschule“ angeschlossen haben. Hier wird die Bildung von Eltern nicht als unverbindliches Dienstleistungsangebot oder als zumeist ungebetene Belehrung zwischen Tür und Angel verstanden, sondern als Partizipations- und Verantwortungsübernahme im Sinne einer ‚learning community‘. Diese Entwicklungen könnten zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen genutzt werden und als bewusste Entwicklung gerade in sozialen Brennpunkten eingesetzt werden, auch um die Attraktivität und Lebensqualität zu erhöhen. Insgesamt tragen sie zu neuen Verankerungen des Handelns im Aktivitätsprofil von Privatpersonen und Professionellen bei.

Diese Entwicklungen stehen ebenso für das Verhältnis von Familienangehörigen und Pflegeabhängigen an. Hier allerdings ist, neben der Ein-

Niederländische Städte integrieren Eltern mit ihren Kompetenzen

Betreuungs- und Bildungseinrichtungen als Expertenverbund für Kinder

Für Pflege: Entwicklung flexibler Dienste und kleinräumige Tagesbetreuung notwendig

richtung von Tagespflegestätten, konzeptionell noch wenig in diese Richtung entwickelt, obwohl die Hospizbewegung bereits neue Wege erprobt, die sich ebenfalls als Öffnung der Einrichtungen nach draußen versteht. Erst die Forschungslage über die Pflegequalität von Professionellen in Verbindung mit gemeinsamer Unterstützung durch nicht pflege-überforderte Angehörige gibt Raum, damit auch hier eine kommunalpolitisch interessante Variante zwischen entweder der häuslichen oder der stationären Pflege entstehen kann. Kostenberechnungen gehen davon aus, dass der Verzicht auf die Einrichtung eines Großaltersheims im Stadtteil zugunsten der finanziellen Unterstützung flexibler Dienste, kleinräumiger Tagesbetreuung und offener Hospize mit jeweiligen Bezügen zwischen Nachbarn, Familienangehörigen unterschiedlicher Altersgruppen und Freunden Kontaktformen ermöglichen, an denen sich selbst Bildungsangebote der Ganztagschulen beteiligen können.

V.4.5 Die familienfreundliche Stadtentwicklungspolitik: Dienstleistung aus einer Hand

Die Integration von Familie und Stadt/Stadtteil betrifft fast alle Ressorts, Sektoren, Ämter einer Stadt. Alle gemeinsam haben etwas mit der Konkretisierung der abstrakten Schablonen von Zeit-Raum-Lebensqualität oder Erwerbsarbeit-Familie-Stadtteilbilanz oder Lebensphasen-Lebensformen-Lebensaltersbalance usw. zu tun. Daher bedarf es neuer Formen der Kooperation und wechselseitiger Information. Schon in den vergangenen Jahren wurde sehr konkret im Rahmen der örtlichen/regionalen Familienpolitik verstärkt auf innovative Vernetzungen und Kooperationsformen gesetzt, wie z. B. in Bayern, Baden Württemberg, Nordrhein-Westfalen oder Hessen, die sich „runde Familientische“, „Familie im Zentrum“ oder „Familienfreundliche Gemeinde“ nannten. Mit der 2003 angelaufenen Bundesinitiative „Lokale Bündnisse für Familie“ hat auch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) diesen Politikansatz aufgegriffen.

Im Sinne nachhaltiger Familienpolitik werden damit auf Bundes- wie auf kommunaler Ebene strategische Allianzen für Familien geschlossen bzw. unterstützt, um vor Ort flächendeckende Veränderungsprozesse anzustoßen. Thematisch fokussiert die Bundesinitiative stark auf die Verbesserung der lokalen Infrastrukturbedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Davon ausgehend ist eine zentrale Stoßrichtung der Bundesinitiative, den Bereich der Wirtschaft zu mobilisieren und verstärkt Unternehmen und Wirtschaftsverbände einzubinden. Dies geschieht durch eine Sensibilisierung insbesondere auch für die be-

triebswirtschaftlichen Effekte und Standortvorteile, die familienfreundliche Unternehmen sowie Städte und Gemeinden erbringen, wobei Studien, die in letzter Zeit zu dem Thema verfasst wurden, wie die Prognos-Studie (2003) und die Studie des DIW über Einnahmeeffekte öffentlicher Haushalte und Sozialversicherungsträger bei einem Ausbau von Kindertageseinrichtungen (Spieß u. a. 2002), diese Argumentation fundieren.

Mit Hilfe eines Servicebüros, das lokale Akteure in erster Linie mit prozessorientierten Beratungsdienstleistungen unterstützt, werden lokale Bündnisprojekte weiterentwickelt bzw. neu initiiert. Auf der Grundlage eines fachlich-wissenschaftlichen Begleitprojekts wurde vom Deutschen Jugendinstitut auf der empirischen Basis einer bundesweiten systematischen Bestandsaufnahme bestehender Bündnisprojekte die Entstehungsprozesse und Formen der Bündnisse, wie auch deren Leistungsfähigkeit und Erfolgsvoraussetzungen dokumentiert. Bis zum Stichtag der Erhebung im Oktober 2004 gab es bereits 70 erfolgreich arbeitende Initiativen, die sich bis Juni 2005 auf über 180 Bündnisse erweitert haben, d. h. die positive Gründungsdynamik hält an. In diesen Bündnissen, von denen einige ganze Landkreise oder Regionen umfassen, leben ca. 20 Millionen Menschen. Die Akteursgruppen, die diese Bündnisse gründen, kommen zu 65 Prozent aus der Verwaltung und Politik, wie z. B. Oberbürgermeister, Bürgermeister, Stadt/Gemeinderat oder aus der Kommunalverwaltung, zu 46 Prozent aus den sozialen Organisationen, wie Verbände und familienorientierte Einrichtungen, Bildungseinrichtungen, Kirchen, Selbsthilfenetzwerke und zu 30 Prozent aus der Wirtschaft, wobei IHKs, Arbeitnehmervertretungen und Unternehmen selbst dabei aktiv sind. Für die Bündnisgründungen spielen standortbezogene Motive zu 37 Prozent eine herausragende Rolle, so z. B. den Lebensraum familienfreundlich zu gestalten bzw. Familienfreundlichkeit als Standortfaktor zu sehen als auch die Verbesserung konkreter, familienbezogener Angebote zu 33 Prozent. Dabei sollte eine Sensibilisierung für die Belange von Familien zu 17 Prozent und auch eine Vernetzung und damit ein Synergieeffekt von vorhandenen Angeboten zu 17 Prozent erreicht werden. Neben der Kostensenkung durch präventive Arbeit zu 9 Prozent spielt aber auch die Aktivierung zum Bürgerschaftlichen Engagement zu 6 Prozent eine Rolle.

Ein durchschnittliches Lokales Bündnis für Familie vereint 16 Bündnispartner, wobei dies mit dem Standort variiert, d. h. je größer der Standort, umso mehr Bündnispartner arbeiten zusammen. Die zentralen Pfeiler der Bündnisarbeit sind dabei die sozialen Organisationen sowie Politik und Verwaltung. Aber mittlerweile ist die Wirtschaft in zwei Drittel aller Bündnisse durch

Positive Gründungsdynamik hält an

Die Bundesinitiative „Lokale Bündnisse“

Lokale Bündnisse nicht nur für – sondern auch mit Familien

Verbände oder Unternehmen vertreten, insbesondere in den seit 2004 entstandenen Bündnissen. Im Hinblick auf die Zuständigkeit, Bündnisse zu koordinieren und organisatorische Aufgaben zu übernehmen, spielt die öffentliche Verwaltung eine zentrale Rolle. Dabei arbeiten Lokale Bündnisse nicht nur für die Verbesserung für Familien, sondern auch mit Familien, d. h. Familien sind in der aktuellen Bündnispraxis nicht nur „Zielgruppe“, sondern auch Akteur. Das bedeutet, die Hälfte der Bündnisse bieten interessierten Familienmitgliedern grundsätzlich die Möglichkeit, meist auf der operativen Ebene der Arbeitsgruppen, an der Bündnisarbeit aktiv mitzuwirken.

Die Palette der Handlungsfelder, die von den Bündnissen vor Ort bearbeitet werden, ist sehr breit gefächert. Sie reicht von bedarfsgerechter Kinderbetreuung (72 Prozent) bis Beratung und Information für Familien (70 Prozent), Angeboten zu einer besseren Balance von Familie und Arbeitswelt (67 Prozent), Stärkung der Erziehungskompetenz (54 Prozent), einem familienfreundlicheren Wohnumfeld (46 Prozent), familiengerechte Freizeit- und Kulturangebote (42 Prozent), Integration bestimmter Zielgruppen (23 Prozent), Förderung der Gesundheit der Familie (20 Prozent), Förderung der Geschlechtergerechtigkeit und damit einer Verbesserung der Partizipierungsmöglichkeit von Vätern in der Familie (14 Prozent), Unterstützung Pflegebedürftiger (14 Prozent) und eine familiengerechte Zeitgestaltung zu 9 Prozent (Mehrfachnennungen waren möglich).

Familiengerechte Zeitgestaltung ist an einigen wenigen Bündnisstandorten, wie in Hanau und Bremen, aktuell bereits ein zentrales Handlungsfeld. Die dortigen Bündnisse für Familie bauten entweder auf zeitpolitischen Vernetzungsstrukturen auf bzw. wurden aus diesen Zusammenhängen heraus initiiert. Das bedeutet, der Bündnisansatz gestaltet sich als ein multi-thematischer Ansatz, der in der Regel mehrere familienpolitisch relevante Handlungsfelder integriert. Zum aktuellen Zeitpunkt liegt der Schwerpunkt der Bündnisarbeit auf Fragen der Kinderbetreuung, Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie der aktiven Information und Beratung von Familien über bestehende Angebote vor Ort. Für weitere zukunftssträchtige Themenbereiche, wie etwa die Unterstützung von Pflegeleistungen oder familienfreundliche Zeitgestaltung, sind einige Standorte mit einer gewissen Vorreiterfunktion auszumachen (Heitkötter/Schröder 2005).

Die systematische Erschließung und Sensibilisierung von Wirtschaftsverbänden und Wirtschaftsunternehmen für Familie mit dem Grundgedanken: „Starke Partner bringen Familienfreundlichkeit gemeinsam voran“ ist ein innovatives und positiv zu bewertendes strategisches

Moment, das insbesondere die Bundesinitiative als Akzent in den Bündnisansatz einbringt und stark macht. Die familiengerechte Gestaltung der Arbeitswelt – insbesondere im Hinblick auf planbare und gleichzeitig flexible Arbeitszeiten sowie betriebsbezogene, flexible Formen der Kinderbetreuung – sind zentrale Gestaltungsfelder. Dieser Bündnisansatz auf lokaler Ebene wird durch einige Landesbündnisse ergänzt bzw. durch Teilnahme von Landesvertretern bei Bündnisveranstaltungen aktiv unterstützt.

Wichtig dabei aber ist auch, dass es sich hier um eine Aktivierung zivilgesellschaftlicher Beteiligung handelt, denn das quantitative Ausmaß des freiwilligen und ehrenamtlichen Engagements in Deutschland verweist auf die hohe Bedeutung des „sozialen Umfeldes“ als potenzielles Lernfeld: Nach einer aktuellen Umfrage engagieren sich 36 Prozent der Bürgerinnen und Bürger in vielfältigen Formen und Tätigkeitsfeldern, z. B. in Vereinen, sozialen Organisationen, Verbänden, Kirchen, Projekten, Netzwerken, Gruppen, Initiativen etc (Freiwilligensurvey, BMFSFJ 2004c). Dieses „bürgerschaftliche Engagement“ ist nicht nur eine der tragenden Säulen der Zivilgesellschaft – Stichwort „soziales Kapital“ – sondern kann auch Brücken bauen, z. B. zwischen Erwerbsarbeit und Arbeitslosigkeit oder zwischen Unternehmen und sozialen Organisationen.

So zeigen Erkenntnisse aus jüngeren Forschungs- und Praxisprojekten, dass die im sozialen Umfeld engagierten Bürgerinnen und Bürger Kompetenzen erwerben oder weiter entwickeln können – darunter insbesondere soziale, methodische und personale Kompetenzen. Da es sich zumeist um informelles Lernen handelt, bedarf es besonderer Verfahren, um solche Kompetenzen zu identifizieren und zu bewerten. Das gesellschaftliche Interesse an der Erfassung von Kompetenzen, die in informellen Lernprozessen erworben werden, hat in jüngster Zeit stark zugenommen. Dies ist insofern von Bedeutung, da zunehmend auch Unternehmen als „Corporate Citizens“ in verschiedenen Formen des bürgerschaftlichen Engagements (Corporate Citizenship) aktiv werden. Parallel dazu wächst das Interesse, die Kompetenzen der im sozialen Umfeld engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erfassen und sie für die Personalarbeit, darunter insbesondere für die Personalentwicklung, nutzbar zu machen. Hinweise auf einen Kompetenzzugewinn durch Engagement im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements ermöglichte schon die Studie zur Evaluation von Familienselbsthilfeinitiativen (BMFSFJ 2001), wo gezielt nach den Kompetenzen gefragt wurde, die sich unter dem Begriff der Schlüsselqualifikationen subsumieren lassen. Diese Kompetenzen entsprechen weitgehend dem neuen Mitarbeiterprofil in der Wirtschaft, wobei

**Familiengerechte
Gestaltung der
Arbeitswelt**

**Einbindung sozialer
Kompetenzen ins
Berufsleben**

sich das Aufgabenspektrum weg von einzelnen isolierten Arbeitsschritten hin zu neuen Formen der Zusammenarbeit in Verbindung mit der Übertragung von mehr Eigenverantwortung entwickelt (Hesch 1997).

Stadtkultur von morgen bedarf der Nutzung bisher nicht aufeinander bezogener Ressourcen

Hierbei deutet sich ein neues sich Aufeinanderbeziehen zwischen den Bereichen an, die bisher als getrennt gesehen wurden. Nicht nur der Transfer von an informellen Lernorten erworbenen Kompetenzen auf die Arbeitswelt, sondern auch bisher nicht wahrgenommene sog. Spillover Effekte auch von formalisierten Lernorten auf die Familie, ihre Netzwerke und die Möglichkeit der Nutzung im kommunalen Umfeld. Die Stadtkultur von morgen wird ohne diese Ansätze nicht mehr auskommen können und Familienfreundlichkeit und Standort-Attraktivität bedeutet auch die Nutzung bisher nicht aufeinander bezogener Ressourcen.

V.5 Kinder, Nachbarschaft, familiale Ressourcen und städtische Entwicklung

Das erweiterte Bronfenbrenner-Modell (1995, 1999) berücksichtigt die kindlichen Ressourcen zur eigenständigen Entwicklung ebenso wie die der Eltern und der sozialen Umwelt für die Anregung und Förderung der kindlichen Entwicklung (Shonkoff/Phillips 2000; Shonkoff/Meisels/Zigler 2000; Brooks-Gunn 2001). Es geht nicht davon aus, dass nur das Kind mit seinen natürlichen Kompetenzen oder nur die Eltern für kindliche Persönlichkeitsentwicklung (NICHD 1997 a-e, 2001 a-e, 2003) von Bedeutung sind. Es wird auch nicht angenommen, dass vor allem die Umwelt der Familien, wie Nachbarschaft, Betreuungsangebote und Freunde, die kindliche Entwicklung fördern. Vielmehr geht dieses integrative Modell, dem heute die meisten empirischen und theoretischen Arbeiten zur kindlichen Entwicklung folgen (Shonkoff/Phillips 2000; Bronfenbrenner 1998; Santrock 2004; Elder 2002) davon aus, dass es in ausdifferenzierten modernen Gesellschaften auch in benachteiligten, ethnisch segregierten und teilweise gefährdeten Nachbarschaften und Bezirken Kinder gibt, die sich aufgrund ihrer persönlichen oder familialen Stärke mit der Unterstützung ihrer Familie so entwickeln, wie es sonst nur unter den besten Voraussetzungen kindlicher Sozialisationsbedingungen zu erwarten ist. Daher soll in diesem Schlussabschnitt explizit unter der Perspektive des Kindeswohls deutlich gemacht werden, warum eine neue Kooperation zwischen Eltern, Nachbarschaft, freiwilligen und professionellen Angeboten dem Wohl der kindlichen Entwicklung dient.

V.5.1 Integration von Dienstleistungen als Ressourcenentwicklung von Nachbarschaften

Gesellschaften können sich nicht darauf verlassen, dass alle Kinder und alle Familien unter allen Umständen sich in dieser positiven Weise entwickeln (Jarret 1998). Auch wenn die Fülle der Forschungsergebnisse zur Bedeutung der wechselseitigen Beeinflussung von kindlicher Entwicklung, familialen Beziehungen und Umwelt erst in jüngerer Zeit systematisch aufbereitet worden ist (Furstenberg u. a. 1999), so ist die Erkenntnis des notwendigen Zusammenwirkens von Familie, Nachbarschaft und Gemeinde zum Wohl des Kindes keine neue Einsicht. So wies schon Coleman (1986, 1990) in seiner Analyse der asymmetrischen Gesellschaft darauf hin, dass die traditionellen Familien der 50er und 60er Jahre in Suburbia auch deswegen gute Sozialisationsbedingungen für ihre Kinder ermöglichen konnten, weil sich die Familien sowohl in Krisen und Notfällen wie auch im Alltag auf die Unterstützung von Verwandtschaft und Nachbarschaft verlassen konnten (Caplow 1982). Diese Familien waren entgegen der Annahmen vieler Autoren nicht „isoliert“, sondern eng mit ihrer Umwelt verwoben (Young/Willmott 1973; Bott 1957; Pfeil 1961; Gans 1962).

Kindliche Entwicklung, familiale Beziehung und Umwelt erst in letzter Zeit systematisch betrachtet

Weiter oben wurde gezeigt, dass heute in den großen urbanen Zentren Unterstützungsleistungen und soziale Beziehungen im nachbarschaftlichen Kontext stark ausgeprägt sind. Dennoch stehen Städte und Gemeinden in Deutschland auf Grund der Polarisierungstendenzen und demografischen Entwicklungen (Schönig 2002) vor neuen Herausforderungen, um Strategien, Angebote und jene „Dienstleistungen aus einer Hand“ zu entwickeln und diese so zu organisieren, dass sie Teile einer integralen Nachbarschafts- und Gemeindestruktur werden, mit den Eltern nicht als Klienten, sondern als kompetenten Partnern. Gerade im Nachweis funktionierender Nachbarschaftsbeziehungen zeigen sich die Ressourcen, die auch heute für solche integrativen Konzepte genutzt werden können. Obwohl es inzwischen eine Vielzahl von anregenden Modellen in vielen Gemeinden und fast allen Bundesländern als kommunale Bündnisse für Familien gibt, sind wir in der Bundesrepublik insgesamt immer noch sehr stark auf bundesstaatliche oder kommunale hoch ausdifferenzierte und spezialisierte Institutionen und Strukturen fixiert. Angebote für Kinder, die Partizipation von Kindern in Projekten oder Programmen zur kindlichen Entwicklung werden kaum wirklich erfasst, so dass der Eindruck von Defiziten nachbarschaftlicher Ressourcen entsteht, obwohl nicht nur die Bündnisse für Familien, sondern auch die verschiedenen Surveys zum bürgerschaftlichen Engagement (Freiwilligensurvey, BMFSFJ 2004c; Sozialministerium Baden-Württemberg 2005) zeigen, dass ein

erhebliches Potential für solche Entwicklungen vorhanden ist.

Als Beispiel für die Fixierung auf staatliche Institutionen kann die Erfassung der Betreuungssituation von Kindern unter drei Jahren in Deutschland dienen. Sie wird ausschließlich dadurch erfasst, dass die Angebote an Krippen, Kindergärten bzw. Kindertagesstätten und Horten in Relation zur jeweiligen Kinderzahl bundesweit, bundesländerspezifisch und für Landkreise bzw. kreisfreie Städte erfasst werden (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2004). Eine genaue Übersicht über andere Angebote gibt es in der Bundesrepublik nicht. Der Mikrozensus, der 2004 zumindest noch die Kinderbetreuung erfasste, enthält diese Frage in den Erhebungen ab 2005 nicht mehr. Vergleicht man die Daten in Deutschland mit anderen europäischen Ländern wie beispielsweise Frankreich, so kann man sehr schnell feststellen, dass hier eine große Vielfalt höchst unterschiedlicher Möglichkeiten kindlicher Betreuung dokumentiert wird, so dass die französischen Daten mit den Daten der deutschen amtlichen Statistik im Grundsatz nicht vergleichbar sind (Tabelle A.V.4 im Anhang). In Großbritannien wird im Wesentlichen die Nachfrage nach Betreuungsmöglichkeiten erfasst, was mit der Erhebung des staatlichen Angebots in Deutschland überhaupt nicht in Beziehung gesetzt werden kann. In den USA werden nicht nur Angebot und Nachfrage, sondern auch die kindlichen Kompetenzen und ihre Entwicklungen kommunal, regional und bundesweit dokumentiert, so dass sowohl regionale Differen-

zierungen und bundesweite Fortschritte nicht nur erfasst, sondern auch dokumentiert, analysiert und verbessert werden können.

Die bisher auf der Basis des SOEP und des Familiensurveys nicht so stark differenzierten Erhebungen zur Kinderbetreuung konnten durch die bisher einzige repräsentative Studie zu Tagesbetreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren (DJI 2005b) ergänzt werden. Diese liefert abweichende Ergebnisse von der Jugendhilfestatistik (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2004). Insgesamt werden in ganz Deutschland etwa 10 Prozent der Kinder unter drei Jahren in einer öffentlich finanzierten Tagesbetreuung untergebracht, eine Zahl, die dem Mikrozensus 2004 mit 11 Prozent entspricht (Tabelle A.V.5 im Anhang). Dass aber 7 Prozent der Kinder dieser Altersgruppe eine ausschließlich durch Eltern finanzierte Einrichtung nutzen und selbst in den neuen Bundesländern und Berlin, wo etwa 33 Prozent der Kinder in eine öffentlich finanzierte Einrichtung gehen, weitere 6 Prozent eine durch die Eltern finanzierte Einrichtung oder Tagesmutter nutzen, wird in der deutschen Debatte und damit auch Erfassung nicht berücksichtigt.

Das hat einerseits zur Konsequenz, dass Deutschland in internationalen Vergleichen mit den Zahlen anderer Länder verglichen wird, die nicht vergleichbar sind. Entscheidend aber ist, dass durch das Fehlen detaillierter Analysen nicht nur die regional unterschiedliche Nutzung und Inanspruchnahme unterschiedlicher Betreuungsmöglichkeiten ausgeblendet wird, sondern neue Formen von Kooperationen zwischen El-

Nicht vergleichbare
Datenerhebung zur
Kinderbetreuung
mit anderen
Ländern

Tabelle V.3

Kinder unter drei Jahren, die öffentlich¹ bzw. privat² finanzierte Betreuungsangebote nutzen
(in Prozent)

Form der Betreuung	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ohne Berlin	Neue Bundesländer und Berlin
N	(2.451)	(2.145)	(306)
Öffentlich finanziert	10	7 ²	33
Privat finanziert	7	7	6
Öffentlich u. privat finanziert	< 1	< 1	1

¹ Als öffentlich finanzierte Form der Kinderbetreuung werden Krippen/Kindertagesstätten, die eine Betreuung für Kinder unter drei Jahren anbieten, gewertet, als privat finanziert die Betreuung durch Tagesmütter, Kinderfrauen, Au Pairs und/oder Babysitter.

² Der im Vergleich zur amtlichen Statistik gut doppelt so hohe Anteil von Kindern, die ein öffentlich finanziertes Betreuungsangebot (Krippe) nutzen ist einerseits darauf zurückzuführen, dass sich die amtliche Statistik auf Daten vom Dezember 2002 beziehen, während die DJI Kinderbetreuungsstudie die Situation zur Jahreswende 2004/2005 wiedergibt. Weiterhin ist zu vermuten, dass ein Teil der in der DJI Kinderbetreuungsstudie als Krippenkinder ausgewiesenen unter 3-Jährigen keinen Krippenplatz in Anspruch nimmt, sondern in Elterninitiativen untergebracht ist, die bereits jüngere Kinder aufnehmen. Diese Plätze werden in der amtlichen Statistik aber nicht als Krippenplätze ausgewiesen.

Quelle: Markus Teubner, DJI Kinderbetreuungsstudie 2005, eigene Berechnungen

Ansätze der Integration zwischen Familie, Nachbarschaft und Gemeinde vorhanden

tern, Betrieben, Einrichtungen der Jugendhilfe, Initiativen zur Tagesbetreuung, Selbsthilfe sowie Unterstützung durch Nachbarschaft und Verwandtschaft ignoriert werden, obwohl hier eine Vielzahl von Anknüpfungspunkten für eine Weiterentwicklung der Integration zwischen Familie, Nachbarschaft und Gemeinde in modernen Gesellschaften besteht.

So weist die Kinderbetreuungsstudie des Deutschen Jugendinstituts (2005) auf eine erhebliche soziale Differenzierung der Nutzung öffentlicher und privater Betreuungsangebote hin. Kinder ausländischer Familien, Kinder aus einkommensschwachen Familien und Kinder aus Mehrkinderfamilien werden seltener außerhalb der Familie betreut. So bedürfen beispielsweise gerade Kinder aus Familien, in denen nicht die deutsche Sprache den täglichen Umgang bestimmt, vor allem dann einer besonderen Förderung in der deutschen Sprache, wenn sie auch noch in einem Kontext leben, der überwiegend durch nicht-deutsche Sprachen geprägt ist.

Aber auch die anderen Kinder brauchen Kinder, dies gilt insbesondere in den großen Städten mit traditionell kleinen Familien. Vergleicht man beispielsweise in Berlin (Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales und Verbraucherschutz 2004) Kinder, die in einem solchen Kontexten eine Tagesbetreuung besucht haben, mit Kindern, die das nicht tun, dann zeigt sich, dass Kinder mit nicht-deutscher Muttersprache davon außerordentlich profitieren und ihre Sprachkenntnisse erheblich verbessern können, selbst wenn sie zu Hause weiterhin mit den Eltern in ihrer Muttersprache kommunizieren. Sie können später beide Sprachen besser.

Kinder brauchen andere Kinder – egal welcher ethnischer Hintergrund

Angesichts der großen finanziellen Schwierigkeiten deutscher Großstädte müssen die Städte bei der Entwicklung von Infrastrukturangeboten in diesem Bereich sehr sorgfältig planen. So könnte es sich als sinnvoll herausstellen, dass in solchen eher benachteiligten Quartieren eine besonders gute Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden muss und Anreize geschaffen werden müssen, damit Eltern diese Angebote im Interesse der Sprachentwicklung ihrer Kinder auch nutzen. Dafür müssen sich möglicherweise Städte darauf verlassen können, dass in anderen Quartieren ein höherer Anteil der Kinder auf der Basis der Initiative der Eltern in angemessener Weise in entsprechenden Betreuungseinrichtungen untergebracht wird, von Tagesmüttern betreut oder aber in der Nachbarschaft oder durch die Verwandtschaft, wenn entsprechende Erfordernisse bestehen. Solche Differenzierungen lassen sich durch Anreize, wie etwa das Voucher-system, durchaus entwickeln.

Ergebnisse amerikanischer Längsschnittstudien (Britto/Brooks-Gunn 2001) zeigen, dass Pro-

gramme, die Eltern dazu motivieren, zu Hause vorzulesen, außerordentlich effektiv sein können, wenn es um die sprachliche und kognitive Entwicklung von Kindern geht. Auch die von der englischen Regierung entwickelten Vorschulprogramme wie z. B. Sure Start (DFES 2004) sind Programme, die sehr zielgenau zunächst Familien mit Kindern in benachteiligten Regionen erreichen. Auch diese Programme haben intensiv versucht, die Eltern zu motivieren, die kindliche Entwicklung als Teil der eigenen Zukunftsgestaltung und der eigenen Alltagsorganisation zu begreifen und sich von Erziehern und teilweise auch anderen Freiwilligen darin unterstützen zu lassen, die kindliche Entwicklung zu beobachten und zu fördern. Auch diese Programme sind nach den vorliegenden begleitenden Längsschnitten zumindest in Bezug auf dreijährige und ältere Kinder sehr ermutigend, was ihre Entwicklung im Schulalter betraf.

Der Längsschnitt des National Institute of Child Health and Human Development Early Child Care Research Network (NICHD 2005) zeigt deutlich, dass die wichtigsten Variablen für die kindliche Entwicklung, und zwar auch für die sprachliche und kognitive Entwicklung des Kindes im Alter von 24 bis 36 Monaten, die Sensibilität des elterlichen Verhaltens, das positive Engagement für die Erziehung der Kinder im Elternhaus und ein liberaler Erziehungsstil sind. Diese positiven Einflüsse zeigen sich bei den Kindern unabhängig davon, ob die Kinder überwiegend zu Hause oder ganztags in einer Krippe betreut werden (NICHD 2005, 411–417). Es zeigt sich aber auch, wie schon in vielen anderen Studien, dass die Einstellung der Mütter zu ihrer eigenen Arbeit von erheblicher Bedeutung für die kindliche Entwicklung ist. Sehen die Mütter den Wert ihrer Arbeit als positiv an, dann zeigen die Kinder in der Tagespflege insgesamt eine bessere Entwicklung

Eltern sind für die Sprachentwicklung ihrer Kinder zentral

Rollenzufriedenheit der Mütter wirkt sich positiv auf die kindliche Entwicklung aus

Es wird auch deutlich, dass Entscheidungen für die eine oder andere Form der Betreuung eine persönliche Entscheidung der betroffenen Mütter sein sollte, wenn das Wohl des Kindes als Ausgangspunkt für die Entscheidung von Betreuungsformen genommen werden soll. Entspricht die gewählte Betreuungssituation den Präferenzen der Mütter für ihre persönliche Lebensentscheidung in Bezug auf Beruf und Familie, dann hat dies ganz offenkundig positive Konsequenzen für die kindliche Entwicklung. Dieses im Grunde genommen sehr plausible Ergebnis weist aber auch noch einmal daraufhin, dass die Lebensumwelt von Familien in Nachbarschaften und Gemeinden auch so strukturiert sein muss, dass die entwickelten Konzepte, wie man als einzelne Mutter Beruf und Familie vereinbaren will, auch realisiert werden können. In Gemeinden, die bisher sehr wenig in eine Infrastruktur für

Präferenzen der Mütter bei Kinderbetreuung in die kommunale Planung mit einbeziehen

Kinder investiert haben, muss man davon ausgehen, dass solche Realisierungsmöglichkeiten auf große Schwierigkeiten stoßen. Gerade wenn man das Kindeswohl als Ausgangspunkt integrativer Dienstleistungsangebote nimmt, dann scheint es sehr sinnvoll zu sein, die Präferenzen der Mütter für die Betreuungsarrangements in die Planung einzubeziehen. Das setzt einerseits große Vielfalt voraus, andererseits aber auch eine enge Kooperation von Eltern, kommunalen Einrichtungen und Betrieben, um diesen Anforderungen genügen zu können.

Die große Bedeutung des familialen Anregungsmilieus für alle Aspekte der kindlichen Entwicklung führt die Autoren des NICHD-Reports dazu, die Bedeutung eines sozial-ökologischen Modellansatzes hervorzuheben und darauf zu verweisen, wie wichtig eine gemeinsame und kooperative Zusammenarbeit von Eltern und Erziehern im Interesse der kindlichen Entwicklung ist (NICHD 2005, 424). Die Bedeutung der häuslichen Unterstützung für die kindliche Entwicklung zeigt sich auch in der englische Studie (DfES 2004: 50), deren Autoren ausdrücklich darauf hinweisen, dass der sozioökonomische Hintergrund einer Familie das familiäre Anregungsmilieu nur moderat beeinflusst. Ähnlich wie in der Studie von Britto und Brooks-Gunn sprechen sich die Autoren dieses englischen Längsschnitts, auch dafür aus, Eltern anzuregen, die kindliche Entwicklung durch Spielen, Vorlesen und andere Aktivitäten positiv zu beeinflussen.

Bei den englischen Projekten in diesem Bereich ist eine klare politische Zieldefinition erkennbar. England hatte lange Zeit ähnlich wie Deutschland mit den Herausforderungen der Transformation von der Industriegesellschaft zu einer Dienstleistungsgesellschaft zu kämpfen und ist heute sicherlich in diesem Prozess weiter vorangeschritten als Deutschland. Viele Formen sozialer Ungleichheit, die sich in diesem Prozess eher vertieft als verringert haben, sind seitens der britischen Regierung zielgruppenorientiert angegangen worden. Nicht die Frage der horizontalen Gerechtigkeit zwischen Familien mit Kindern und Kinderlosen waren Gegenstand zentraler politischer Debatten und Maßnahmen, sondern ein großes Ziel in diesem Bereich war die Verminderung der Kinderarmut, die noch Mitte der Neunziger Jahre (UNICEF 2005) bei knapp über 16 Prozent lag und heute auf 12 Prozent gesunken ist.

Im Rahmen dieser zielgruppenorientierten Politik ging es vor allem darum, Kindern aus benachteiligten sozialen Gruppen und Kindern mit Migrationshintergrund Bildungschancen zu eröffnen, die diesen Kindern bisher nicht offenstanden. Angesichts der hier dargestellten Forschungser-

gebnisse war der damals gewählte Weg, in Projekten die Ressourcen der Eltern, der Nachbarschaft und der Gemeinden zu mobilisieren, in denen professionelle Sozialarbeiter, Psychologen, Erzieher und Pädagogen zusammen mit Eltern, Nachbarn und Freiwilligen versuchten, im Interesse der Kinder die Ressourcen zu bündeln und zu entwickeln, ein Erfolg versprechender Ansatz. Dieses gemeinsame Ziel, nämlich die Lebensbedingungen und Lebenschancen von Kindern zu verbessern, ruft in der Regel nicht nur bürgerschaftliches Engagement hervor, sondern gibt benachteiligten Eltern in prekären Lebenslagen die Möglichkeit, in ihren Anstrengungen für ihre Kinder auch wiederum einen persönlichen Lebenssinn und Zukunftshoffnung für sich selbst zu entwickeln – was in Regionen mit einer Arbeitslosigkeit von bis zu 50 Prozent eine großartige Leistung ist (Elschenbroich 2002).

Die heutige Weiterentwicklung geht auf die Konzeption der Early Excellence Centres und Sure Start Centres zurück. Die dafür initiierten sozialpolitischen Projekte wie „Community Regeneration, Education Action Zones und Early Excellence Centres“ dienten alle dazu, die in Armut lebenden Kinder mit ihren Eltern oder mit ihren allein erziehenden Müttern – im Wesentlichen bildungsferne Schichten – an eine Früherziehung und Familienbildung heranzuführen. Somit ist das Early Excellence Centres-Programm (EEC) ein wichtiges Element der breit angelegten Regierungsstrategie zur Verbesserung von Erziehungs- und Bildungsstandards, der Verbesserung von Chancen, der Unterstützung von Familien, zum Abbau sozialer Isolation, der Verbesserung der Gesundheit der Gesamtbevölkerung und zum Abbau der Kinderarmut. Innerhalb von zwei Jahren, von 1997 bis 1999, wurden 29 Pilot Centres etabliert und im Weiteren entwickelten sich bis heute 107 Early Excellence Centres, vor allem in bildungsferneren Regionen, und führten die bis dato bruchstückhaften und ungleichmäßig verteilten frühkindlichen Serviceangebote – sei es für frühkindliche Bildung oder Betreuung oder familiäre Unterstützung – zusammen (Bertram u. a. 2003). Ein Zentrum erreicht mit ca. 30 Mitarbeitern ca. 400 Familien. Die Mitarbeiter setzen sich aus professionellen Kräften zusammen, aber auch aus Eltern, die sich durch die Integration in ein Zentrum weiterqualifiziert haben. Jedes Zentrum hat in den Elterngruppen je nach Bedarf vor Ort eigene Akzente gesetzt, wie z. B. für werdende Eltern, für getrennte Eltern, für Eltern zur Weiterentwicklung ihrer Erziehungskompetenz oder auch für Hilfestellungen zum Wiedereinstieg in das Erwerbsleben (Elschenbroich 2002).

Die unter der Schirmherrschaft des EEC-Programms stehenden 29 Zentren stellten innovative

Early Excellence Centres-Programme insbesondere in benachteiligten Regionen

Early Excellence Centres-Programme: Je nach Bedarf vor Ort unterschiedliche Akzente

Zielgruppenorientierte Politik in England verringerte die Kinderarmut

Modelle integrierter Einrichtungen bereit. Die Evaluation dieser 29 Zentren zeigte, dass die hohe Anzahl qualifizierter Erziehungsfachkräfte in den EEC-Teams, zusammen mit qualifizierten Fachkräften anderer Disziplinen, z. B. Sozialarbeit und Gesundheitswesen, insbesondere auf Managementebene ermöglichte, dass EECs sektorübergreifend Bahnbrechendes bei der Entwicklung integrierter Angebote leisten konnten. So etwa beispielhaft mit dem Angebot frühkindlicher Serviceleistungen in der Praxis zu sein und als Katalysator für Veränderungen in diesem gesamten Bereich zu dienen, auch durch den Austausch guter Beispiele aus der Praxis und durch Schulungsprogramme für Praktiker/innen auf kommunaler Ebene (Bertram u. a. 2003). Frühere auswertende Berichte (Bertram u. a. 2000, 2001) zeigten, dass die Pilot EECs nicht immer den gleichen Ansatz bei Bereitstellung ihrer Angebote hatten und nicht nur ein Modell der Integration verfolgten. Damit konnte auf regional-spezifische Anforderungen bei der Entwicklung ihrer Angebote eingegangen werden und auch eine Vielfalt verschiedener Modelle integrierter Angebote exemplarisch aufgezeigt werden.

V.5.2 Ressourcen ländlicher Räume

Eine solche regionale Ausrichtung wäre auch in Deutschland wünschenswert, weil die Bundesrepublik seit der Wiedervereinigung eine Vielzahl von Regionen umfasst, die relativ bevölkerungsarm sind und in denen integrative Konzepte schwer zu realisieren sind. Sie verfügen häufig nicht über die Ressourcen wie die urbanen Zentren, für die es um eine Neuorganisation von Kinderbetreuung, Elternbildung, Jugendarbeit und Bildungseinrichtungen in Kombination mit Initiativen aus dem Bereich der Wirtschaft und anderer Organisationen geht. Bevölkerungarme Regionen, insbesondere in den neuen Bundesländern, aber auch im Südwesten der Republik, sind weniger mit Polarisierungstendenzen zwischen Innenstädten und Umlandgemeinden oder zwischen Bezirken innerhalb von Großstädten konfrontiert. Vielmehr mit der Frage, wie man in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit, geringer Bevölkerungsdichte und tendenziell einer hohen Abwanderungsbereitschaft insbesondere der jüngeren Generation attraktive Standortbedingungen schafft, die es für Eltern mit Kindern reizvoll macht, in den entsprechenden Regionen zu bleiben oder sogar dorthin zu wandern.

Folgt man den Analysen von Diemel/Gerloff/Lesske (2004), dann sind Elemente dieses Ansatzes auch in bevölkerungsarmen Regionen umsetzbar. Sie weist zwar darauf hin, dass natürlich auch in bevölkerungsarmen Regionen ein funktionierender Arbeitsmarkt ein wichtiges Element der wirtschaftlichen Entwicklung darstellt. Mindestens ebenso wichtig aber sind die „Investitio-

nen in die Köpfe“, und vielleicht sollte man ergänzen, „in die Herzen, den Mut und die Bürgerschaft der Bürger“ (Diemel/Gerloff/Lesske 2004, 2). Sie verweist nämlich darauf, dass Länder wie Finnland, die in ganz ähnlicher Weise bevölkerungsarme Regionen aufweisen wie ein Teil der neuen Bundesländer, sehr viel in die Bildungseinrichtungen in ländlichen Regionen investiert haben. Aber auch andere Regionen Europas, wie Portugal, Süditalien und Irland, haben längst erkannt, dass die Aufrechterhaltung von Bildungseinrichtungen in ländlichen Regionen ein wesentliches Element darstellt, wenn man Familien in ländlichen Regionen halten will, weil nur so deutlich gemacht werden kann, dass ein Leben mit Kindern in diesen Regionen überhaupt möglich und gewünscht wird. Im Grundsatz steht dahinter auch die Vorstellung, dass diese Investitionen in Humankapital und Bildung auch für jene Bürger und Bürgerinnen, die diese Einrichtungen selbst nicht unmittelbar nutzen, als Ausdruck der Zukunftsfähigkeit einer Region interpretiert werden. Ohne Zweifel besteht ein Konkurrenzverhältnis zwischen den ländlichen Regionen mit einer starken Abwanderung beziehungsweise Abwanderungstendenzen der jungen Bevölkerung und den großen urbanen Zentren. Die großen urbanen Zentren, die traditionell immer schon kinderarm waren, wuchsen durch den Zuzug junger Erwachsener. Heute bedeutet dies aber für die ländlichen Regionen aufgrund der dort auch sehr niedrigen Geburtenraten ein langsames Entvölkern ganzer Landstriche.

Die Investitionen in Bildungseinrichtungen, und zwar auch in weiter qualifizierende Bildungseinrichtungen in ländlichen Regionen, können natürlich auch als Anziehungspunkte für junge Erwachsene konzipiert werden, wenn sie sich bemühen, die Interessen der jungen Erwachsenen besonders zu berücksichtigen. Da Deutschland hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familiengründung und Ausbildung weit hinter anderen Ländern zurückliegt, ist durchaus vorstellbar, dass die ärmeren Regionen und Bundesländer versuchen, durch eine besonders familienfreundliche Hochschulpolitik sich gegenüber den großen traditionellen Standorten zu profilieren. Es gibt durchaus Regionen in der Bundesrepublik, die durch einen Mix aus familienfreundlichen Maßnahmen, wie z. B. außerordentlich billiges Bauland, integrative Familieninfrastrukturen bis hin zur exzellenten Betreuungsangeboten versuchen, für Familien mit Kindern so attraktiv zu sein, dass die Familien aus diesen ländlichen Räumen zumindest nicht abwandern. Dazu gehört auch, dass gerade in kleinen Gemeinden und Städten schon aufgrund der zurückgehenden Kinderzahlen die oben entwickelte Perspektive einer besseren Integration von Einrichtungen für Kinder und Jugendliche, der Elternbildung und

Statt Reduzierung von Angeboten stärkere Investition in ländlichen Räumen

Verstärkung der sozialen Kohäsion in Gemeinden durch gemeinsame Ziele

der Bildungsinstitutionen mit den Eltern als Partnerressourcen ernsthaft erwogen wird. Dies kann auch dazu beitragen, dass die soziale Kohäsion in solchen Regionen durch das gemeinsame Ziel, die Entwicklungschancen von Kindern zu verbessern, erhöht wird (Lewis 2004). Wie Pestoff/Strandbrink/Vamstadt (2004) in Bezug auf einige schwedische Projekte deutlich machen, führen integrative Dienstleistungsangebote im Bereich der Kinderbetreuung bei gleichzeitig verstärktem Engagement der Eltern zu einer Verstärkung der sozialen Kohäsion in Gemeinden, weil gemeinsame Ziele und gemeinsame Aufgaben auch das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Gemeinde stärken.

V.5.3 Partizipation, Kohäsion und regionale Familienpolitik

In der Bundesrepublik werden Zukunftsinvestitionen in der Regel als Investitionen in teure Geräte für die Forschung interpretiert, während die schwedischen Ansätze und das Modell der britischen Regierung versuchen, Zukunft im Wesentlichen über die Investitionen in Humankapital und dies heißt als Investitionen in die Kinder einer Gesellschaft zu interpretieren. Auf der Basis empirischer Forschungsprojekte können sie dabei für sich in Anspruch nehmen, dass solche gemeinsamen Ziele auch positive Effekte für das bürgerschaftliche Engagement in Gemeinden und Städten mit sich bringen und auch Familien – deren Teilhabe an der Gesellschaft aufgrund von Arbeitslosigkeit oder anderen Ursachen sehr gering geworden ist – motiviert werden können, sich wiederum im Interesse ihrer Kinder auch stärker zu engagieren.

Wenn man beispielsweise die Typologie von Familien, die in der Gießener „Armutstudie“ (Meier/Preuße/Sunnus 2003) entwickelt worden ist, als Grundlage für eine solche Strategie in Deutschland heranzieht, so kann man davon ausgehen, dass in Deutschland auch für einen großen Teil von Familien in prekären Lebenssituationen solche Strategien erfolgreich sein können, wenn entsprechende partizipative Strukturen entwickelt werden. Die Bündnisse für Familien auf kommunaler Ebene zeigen zudem, dass auch in Deutschland ein enormes Potenzial vorhanden ist, das Länder und Gemeinden teilweise schon nutzen, aber sicherlich noch weiter und intensiver nutzen können. Eine solche Familienpolitik, die Elemente der Vorstellungen des Fünften Familienberichts aufgreift, wie die der Erhaltung des Humanvermögens der Gesellschaft, und diese Perspektive um den Gedanken erweitert, dass solche partizipativen Strukturen – nämlich die Teilhabe von Familien und Kindern an gesellschaftlichen Entwicklungen – als Teil der Entwicklung gesellschaftlicher Kohäsion be- greifen, können nicht nur die Entwicklung des

Humankapitals in der Gesellschaft positiv beeinflussen, sondern im gleichen Umfang auch zur Entwicklung des Sozialkapitals moderner Gesellschaften beitragen. Voraussetzung für eine solche Perspektive ist allerdings, dass Städte, Gemeinden und Länder Familienpolitik auch als Teil der Gestaltung der Lebensbedingungen ihrer Bürger und damit als einen Aufgabenbereich be- greifen, der in vielen Bereichen auf Landes- und kommunaler Ebene konstruktiv gestaltet werden kann. Die Lebensverhältnisse in Deutschland zeichnen sich durch eine große Vielfalt aus, die ihrerseits als Ressource zu würdigen ist und die es zu erhalten gilt.

V.6 Wer investiert und wer hat welchen Ertrag?

Investitionen in Kinder – sowohl auf der Ebene der Länder als auch der Kommunen – erhöhen das Humankapital einer Gesellschaft, tragen zur Entwicklung des Sozialkapitals bei und sind wichtige Nutzenkomponenten dieser Investitionen. Ökonomisch betrachtet kommen weitere Nutzenkomponenten hinzu, die bei der Frage, wie viel in Kinder investiert werden soll, ebenfalls miteinbezogen werden müssen. Außerdem ist es – wie bei der Verteilung aller knappen Ressourcen – wichtig, den Nutzenkomponenten aus bestimmten Investitionen auch deren Kosten gegenüberzustellen. Erst dann, wenn von einem positiven Nettonutzen ausgegangen werden kann, wenn also alle Nutzenkomponenten zusammen die Kosten übersteigen, kann von einer rentablen Investition gesprochen werden.

Grundsätzlich können kurz-, mittel- und langfristige Nutzenkomponenten bei der Betreuung in Kindertageseinrichtungen unterschieden werden. Diese Nutzenkomponenten gehen zum einen primär vom betreuten Kind aus, oder sie können primär den Eltern, insbesondere den Müttern, oder auch anderen Wirtschaftsobjekten, zugeordnet werden. Nutzenkomponenten, die den Kindern zuzuordnen sind, sind jene Effekte, die die kindliche Entwicklung fördern und unterstützen; sie resultieren aus den Investitionen in das Humankapital von Kindern. Allerdings werden sie nur dann erzielt, sofern eine gute pädagogische Betreuungsqualität gewährleistet ist. Dies ist eine zentrale Voraussetzung.

Eine Förderung der kindlichen Entwicklung im vorschulischen Alter kann mittelfristig den Schulerfolg erhöhen. Dies kann z. B. damit verbunden sein, dass die Zahl der Schuljahrswiederholungen oder Sonderschulzuweisungen abnimmt, die ansonsten durch öffentliche Mittel finanziert werden. Auch öffentlich finanzierte Maßnahmen der Jugendhilfe können, was das notwendige Finanzvolumen angeht, verringert werden, wenn eine pädagogisch gute Betreuung in Kindertages-

Investition in die
Entwicklung der
Kinder als
Zukunftsaufgabe

Partizipative
Strukturen auch für
Familien in prekären
Lebenssituationen
wichtig

Förderung der Kin-
der schon im Vor-
schulalter wichtig

einrichtungen erfolgt. Sowohl den Ländern als auch den Kommunen kommen diese potentiellen Einsparungen zu Gute. Langfristige Nutzenkomponenten bestehen darin, dass pädagogisch gute Betreuungsqualitäten in früher Kindheit zu einem höheren Lebenseinkommen, einer geringeren Fürsorgeabhängigkeit oder aber einer geringeren Kriminalität führen können – alles dies führt zu öffentlichen Mehreinnahmen bzw. zu Einsparungen bei öffentlichen Haushalten.

Untersuchungen, die auf der Basis repräsentativer Daten empirische Hinweise auf diese Nutzenkomponenten geben, sind primär im US-amerikanischen Forschungsraum anzusiedeln.⁸² Es gibt eine Vielzahl von Studien, die sich mit den kurzfristigen Effekten einer Betreuung in Kindertageseinrichtungen beschäftigen. Sie zeigen, dass insbesondere die kognitive Entwicklung von Kindern aus Familien mit einem niedrigen sozioökonomischen Status und aus anregungsarmen Elternhäusern durch eine gute Betreuung in Kindertageseinrichtungen maßgeblich gefördert wird. Studien, die bis in die Schulzeit hinein die Effekte einer Betreuung in Kindertageseinrichtungen untersuchen, haben in jüngster Vergangenheit an Bedeutung gewonnen. In zwei groß angelegten empirischen Untersuchungen – der NICHD-Studie und der „Cost, Quality, and Outcomes“-Studie – konnten so z. B. weitere Hinweise dafür gefunden werden, dass eine gute vorschulische Betreuungsqualität schulische Leistungen erhöht, insbesondere für Kinder von Eltern mit einem niedrigen Bildungsniveau (NICHD Early Child Care Research Network 1996, Feinberg 1999).

Empirische Studien, die mittel- bis langfristige Effekte analysieren, gibt es dagegen wenige: Die wohl bekannteste unter den wenigen Studien ist das Perry Preschool-Projekt, das Kinder weit über ihr 19. Lebensjahr hinaus beobachtet hat (Schweinhart/Weihart 1993, Berrueta-Clement 1984). In diesem Projekt konnten dahingehend Effekte gefunden werden, dass sich eine pädagogisch gute frühkindliche Betreuung positiv auf das spätere Erwerbseinkommen und die Arbeitsmarktperformance auswirkt. Im europäischen und insbesondere deutschen Forschungsraum liegen dagegen wenige solcher Studien vor. In einer Studie für Deutschland können z. B. Spiess u. a. (2003) zeigen, dass sich der Besuch eines Kindergartens bei Kindern aus Migrantenfamilien positiv auf die Wahrscheinlichkeit auswirkt, eine weiterführende Schule zu besuchen. Dies legt nahe, dass eine gute außerhäusige Kinderbetreuung die Integration von Migrantenkindern erhöht und damit Ausgaben in anderen Bereichen, wie

z. B. dem Bereich von Integrationsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche aus Migrantenfamilien, verringert.

Neben diesen kindbezogenen Effekten verursacht der Besuch einer Kindertageseinrichtung auch einen Nutzen, der zunächst den Eltern, insbesondere den Müttern zuzuordnen ist. Kindertageseinrichtungen ermöglichen es grundsätzlich, dass beide Elternteile einer Erwerbsarbeit nachgehen können. Damit entsteht einer Volkswirtschaft ein Nutzen, indem durch eine höhere Elternerwerbstätigkeit dem Fiskus ein höheres Steueraufkommen und den Sozialversicherungen ein höheres Beitragsaufkommen zur Verfügung steht. Hinzu kommen weitere mögliche Einsparungen bei den Unterstützungsleistungen für Elternteile, die ohne eine Betreuung in Kindertageseinrichtungen nicht erwerbstätig sein könnten. In einer Studie von Spieß u. a. (2002) wurden diese Effekte in ihrem Volumen abgeschätzt: Sie zeigen, dass jährlich 1 bis 6 Mrd. Euro Mehreinnahmen bei der Einkommenssteuer und 1 bis etwa 9 Mrd. Euro Mehreinnahmen bei den Sozialversicherungsträgern erzielt werden könnten, wenn erwerbswillige Mütter ihre Erwerbswünsche tatsächlich realisieren könnten – dies setzt allerdings eine entsprechende Arbeitsnachfrage voraus. Außerdem kann eine Steigerung des Familieneinkommens durch eine Erwerbsbeteiligung der Mütter auch mit höheren Konsumausgaben von Familienhaushalten verbunden sein, was zu einem höheren Mehrwertsteueraufkommen führen würde.

Es ist ein Spezifikum der deutschen föderalen Finanz- und Aufgabenverteilung, dass diese Einnahmen jedoch nicht allein den Ländern und Kommunen zukommen, die in Deutschland für die Finanzierung von Kindertageseinrichtungen zuständig sind.⁸³ Bei den Einkommenssteuereinnahmen handelt es sich um so genannte Gemeinschaftssteuern, die sowohl an den Bund als auch an die Länder und Gemeinden fließen. Grundsätzlich stehen den Gemeinden 15 Prozent des Lohn- und Einkommenssteueraufkommens zu. Allerdings gilt für die regionale Verteilung des Einkommenssteueraufkommens das Wohnsitzprinzip. So profitieren „Umlandgemeinden“ erheblich von der Tatsache, dass Einkommen in den „Kernstädten“ geschaffen werden, der kommunale Anteil an der Einkommenssteuer wohnsitzabhängig verteilt wird und es insbesondere von einkommensstarken Bevölkerungsschichten eine Abwanderung ins Umland gab (Vesper 2004). Von den steigenden Sozialversicherungsbeiträgen profitieren die Sozialversicherungsträger

Nutzen der Kindertageseinrichtung sowohl für Eltern als auch für die Volkswirtschaft

Positive Effekte für die Entwicklung der Kinder durch Betreuung in Kindertageseinrichtungen

⁸² Vgl. z. B. Blau (2002), der aus ökonomischer und methodischer Sicht eine kritische Zusammenfassung US-amerikanischer Studien darstellt.

⁸³ Aus formaler Sicht sind die Ausgaben für die Kindertagesbetreuung pflichtige Ausgaben der Gemeinden, denen sie sich nicht entziehen können (DIW Berlin 2004 und Scheiwe 2004).

und nur indirekt der Bund, indem er geringere Zuweisungen an die Sozialversicherungen tätigen muss.

Gute pädagogische Kindertagesbetreuung als „weicher“ Standortfaktor

Vor diesem Hintergrund kann in Deutschland von einem Missverhältnis zwischen der Aufgaben- und der Ausgabenzuständigkeit einerseits und der Finanzmittelverteilung andererseits gesprochen werden. Allerdings gibt es auch Nutzeffekte aufgrund einer steigenden Elternerwerbstätigkeit, die auf kommunaler Ebene anzusiedeln sind. Eine pädagogisch gute Kindertagesbetreuung kann als „weicher“ Standortfaktor in das unternehmerische Entscheidungskalkül eingehen und so die potentielle Wertschöpfungs- und Wirtschaftskraft einer Gemeinde erhöhen. Vermehrte Wirtschaftsaktivitäten in einer Gemeinde beeinflussen auf zweierlei Wegen das kommunale Steueraufkommen: Zum einen nimmt die Gewinnsumme zu und damit der Gewerbeertrag und das Gewerbesteueraufkommen. In dem Maße, in dem neue Arbeitskräfte eingestellt werden vergrößert sich zudem das Einkommensteueraufkommen einer Gemeinde. Allerdings muss auch erwähnt werden, dass im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs die Verteilung der so genannten „Schlüsselmasse“ finanzkraftabhängig erfolgt. Eine Gemeinde kann u.U. nach Investitionen in den Ausbau von Kindertageseinrichtungen sogar schlechter dastehen als zuvor, wenn nämlich ein verbessertes Betreuungsangebot die Steuerkraft erhöht und sich dadurch der Anspruch auf „Schlüsselzuweisungen“ vermindert (DIW 2004).

Geringer Verlust des Humankapitals als Nutzeffekt eines guten Betreuungsangebots

Neben den genannten Nutzeneffekten durch eine erhöhte Elternerwerbstätigkeit wird eine Volkswirtschaft langfristig auch dahingehend Einsparungen und damit einen Nutzen erzielen können, da eine gute Betreuung in Kindertageseinrichtungen Eltern, insbesondere Müttern, eine kontinuierlichere Erwerbsarbeit ermöglicht. Damit können zum einen Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik reduziert werden, wie z. B. Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Mütter nach längeren Erwerbspausen. Zum anderen entstehen auch indirekte Nutzeneffekte darüber, dass bedarfsgerechte Möglichkeiten einer Betreuung in Kindertageseinrichtungen Einkommensverluste aufgrund einer Entwertung der Berufserfahrung, d. h. des Humankapitals, verhindern bzw. verringern können. Eine Untersuchung von Beblo/Wolf (2002) für Deutschland zeigt, dass bei Frauen die Entwertung der gesammelten Berufserfahrung aufgrund eines Ausstiegs aus der Vollerwerbstätigkeit etwa 60 Prozent pro Unterbrechungsjahr und 55 Prozent pro Teilzeitjahr beträgt. Mit dem Eintritt in die Elternzeit schlägt sich somit pro Unterbrechungsjahr z. B. eine vorangegangene zehnjährige Berufstätigkeit nur noch mit effektiv vier Jahren

lohnsteigernd zu Buche. Negative Einkommenseffekte fallen außerdem weniger dramatisch aus, wenn die Unterbrechung kurz ist. Alle diese Einkommenseffekte wirken sich ebenfalls auf die Einkommenssteuereinnahmen und das Sozialversicherungsaufkommen aus.

Ferner bedingt eine Betreuung in Tageseinrichtungen auch positive gesamtwirtschaftliche Arbeitsmarkteffekte dadurch, dass Kindertageseinrichtungen ein Arbeitsfeld für Erzieherinnen, Sozialpädagogen und andere soziale Berufe darstellen. Dies ist ein Beispiel für Nutzenkomponenten, die anderen Wirtschaftssubjekten zuzuordnen sind. Nach Abschätzungen würde eine Realisierung der Erwerbswünsche von erwerbswilligen Müttern eine zusätzliche Beschäftigung von mehr als 1 000 Fachkräften voraussetzen, die wiederum zu einer Erhöhung der Einkommenssteuer- und Sozialversicherungseinnahmen beitragen würden. Der Umfang einer solchen Erhöhung wird auf bis zu 5 Mrd. Euro geschätzt (vgl. Spieß u.a 2002).

Diesen und weiteren Nutzenkomponenten müssen bei einer Entscheidung darüber, wie viel in diesen Bereich investiert wird, die Kosten von Kindertageseinrichtungen gegenübergestellt werden. Auf den ersten Blick scheint es sehr viel einfacher diese zu beziffern. Allerdings variieren die Kosten für Tageseinrichtungen sehr stark regional und unterscheiden sich nach Bundesland, Träger oder auch einzelnen Einrichtungen (vgl. z. B. die Länderübersicht von „Kita-Finanzierungsregelungen“ des Landes Brandenburg, www.bildungsserver.de). Sie richten sich nach dem Betreuungsvolumen, nach der Qualifikation des Betreuungspersonals und vielen anderen Qualitätskriterien. Kostenbetrachtungen müssen – auch vor dem Hintergrund von entsprechenden Defiziten in der amtlichen Statistik – von daher auf die Ergebnisse von Einzelstudien zurückgreifen, die die Kosten für Kindertageseinrichtungen in ausgewählten Bundesländern ermittelt haben (vgl. Bock/Timmermann 2000). Für ökonomische Kostenbetrachtungen ist außerdem relevant, inwiefern indirekte volkswirtschaftliche Kosten dadurch entstehen, dass Eltern sich aufgrund zu hoher Elternbeiträge gegen eine Betreuung in Kindertageseinrichtungen entscheiden. Dann könnten einige der kindbezogenen Nutzenkomponenten nicht realisiert werden. Außerdem ist es bedeutsam, ob Eltern aufgrund der Höhe der Elternbeiträge ihre Erwerbstätigkeit anpassen. Für Deutschland zeigt z. B. die Expertise Steiner/Wrohlich (2004), dass mit steigenden Elternbeiträgen Mütter ihre Erwerbstätigkeit reduzieren. Dies würde dazu führen, dass entsprechende Nutzenkomponenten einer Erwerbstätigkeit von Müttern nicht vollständig realisiert werden können.

Positive gesamtwirtschaftliche Arbeitsmarkteffekte durch Kindertageseinrichtungen

Studien, welche die Kosten- und Nutzenbetrachtungen auf volkswirtschaftlicher Ebene zusammenfügen, d. h. Studien, die den öffentlich finanzierten Kostenanteilen einer Betreuung in Kindertageseinrichtungen explizit deren gesamtgesellschaftlichen Nutzen gegenüberstellen, existieren vorrangig im nordamerikanischen Raum. Dies steht mit der jahrzehntelangen US-amerikanischen Forschungstradition im Bereich der Ökonomie der Kinderbetreuung in Verbindung. Zu den wohl bekanntesten dieser Studien zählt die Kosten-Nutzen-Analyse für das US-amerikanische Perry-Preschool-Projekt. Die Kosten-Nutzen-Analyse für das Perry-Preschool-Projekt ergab, dass der Nutzen die Kosten des einjährigen Programms um das siebenfache und für das zweijährige Programm um das 3,6-fache übersteigt, zu einem Zeitpunkt, als die Mitglieder der Untersuchungsgruppe 19 Jahre alt waren. Auch als Ergebnis einer kanadischen Kosten-Nutzen-Analyse (Cleveland/Krashinsky 1998) kann festgehalten werden, dass bei einer guten Kinderbetreuungsqualität tatsächlich ein gesellschaftlicher Zusatznutzen entsteht – oder anders ausgedrückt, dass frühe Investitionen in die frühkindliche Erziehung langfristig tatsächlich rentabel sind. Weitere Kosten-Nutzen-Analysen umfassen die Arbeiten von Reynolds u. a. (2002) sowie Rolnick/Grunewald (2003). Als Konsens der US-amerikanischen Untersuchungen kann festgehalten werden, dass eine pädagogisch gute Betreuung in Kindertageseinrichtungen ökonomisch gesprochen sehr rentabel ist. Im europäischen Raum gibt es keine Tradition im Bereich der Ökonomie der Kinderbetreuung. Von daher ist es auch nicht überraschend, dass dort kaum entsprechende Kosten-Nutzen-Analysen zu finden sind. Zu den wenigen Ausnahmen zählt eine Untersuchung für die Stadt Zürich. Als Ergebnis der Untersuchung von Müller-Kucera/Bauer (2001) kann festgehalten werden, dass die Züricher Kindertagesstätten Kosten in Höhe von rund 39 Millionen Franken verursachten, denen ein Nutzen in einer Größenordnung von 137 bis 158 Millionen gegenüberstand. Pro einem Franken,

Frühe Investitionen in frühkindliche Erziehung sind langfristig rentabel

den die Gesellschaft in Kinderbetreuung investieren, flossen zwischen 3 und 4 Franken an die Gesellschaft zurück.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass bei der Betreuung von Kindern vielfältige Nutzen- und Kostenaspekte festzumachen sind, die in ihrer Bewertung darauf hindeuten, dass auf volkswirtschaftlicher Ebene ein positiver Nettonutzen festzumachen ist. Dies hat zur Folge, dass eine staatliche Förderung einer pädagogisch guten Betreuung in Kindertageseinrichtungen auch ökonomisch rational ist. Allerdings sind volkswirtschaftliche Kosten-Nutzen-Betrachtungen insofern mit Problemen verbunden, als die Kosten und der Nutzen häufig zeitlich versetzt „anfallen“, d. h. es kommt teilweise zu erheblichen zeitlichen Verzögerungen zwischen Investitionen und Ertrag. Dies betrifft insbesondere die kindbezogenen Nutzenkomponenten. Diese zeitlichen Verzögerungen sind oft nicht kompatibel mit den faktischen Zeitmaßstäben der politischen Entscheidungsträger und führen zu einer Prioritätensetzung im politischen Tagesgeschäft, die aus einer längerfristigen gesellschaftlichen Perspektive nicht rational ist. Bei der Frage, welcher politische Akteur Anreize hat, in die Betreuung von Kindern zu investieren, ist es außerdem von Interesse, auf welcher Ebene die Kosten und auf welcher Ebene der Nutzen anfällt. Im Sinne von Bronfenbrenner heißt dies, es ist von zentraler Bedeutung, in welchem System die Finanzierungsverantwortung liegt und welches System von den Erträgen in die Investition „Kinder“ profitiert.

Kindertageseinrichtungen – auch in Deutschland insgesamt ein positiver Nutzen

In Deutschland kommt es dabei zu einem Missverhältnis, indem ein Großteil der Kosten bei den Kommunen und Ländern angesiedelt sind, während der Nutzen insbesondere dem Bund sowie den Ländern und Kommunen zu Gute kommt. Dies legt nahe, entsprechende Änderungen im kommunalen Finanzausgleich oder viel grundsätzlicher bei der Finanzierung von Kindertageseinrichtungen durchzuführen (vgl. Spieß/Wrohlich 2005 und Kapitel VIII).